

HUCH

#90

INSIDE
STUDIENSTIFTUNG

VIEL KRACH
UM NICHTS

LEISTUNGSPRINZIP
UND HEIMATLIEBE

GELB SEHEN
IN GRÜN

DIE KLIMAKRISE
UND ICH

BRÜCKEN
IN DIE ZUKUNFT

HABEN WIR EINEN DEAL?

WIE
WENN NICHT
WIDERSPRÜCHLICH?

DIE
GEBURT
DES KAPITALISMUS

WELCHE FREIHEIT
FÜR
HONGKONG?

SCHLUSSTRICH
UNTER'M
SCHLUSSTRICH

SÄULENGANG

KINO
IN KOREA

PROLETARISCHER
TOURISMUS

EDITORIAL

Die Redaktion

Die *HUch* – *Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung* ist die kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie richtet ein besonderes Augenmerk auf die allgegenwärtigen Konflikte in unserer Gesellschaft und fragt nach der Rolle der Universität im sozialen Gefüge. Dabei geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Leben zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt. Dementsprechend will die *HUch* auch der Diskussion der Möglichkeiten emanzipatorischer Politik an der Uni und über sie hinaus ein Forum bieten. Zu diesem Zweck versammelt sie hochschulpolitische Artikel mit wissenschaftlich-kritischen Essays und ästhetischen Reflexionen.

Die »Anstalt«, unsere Rubrik für Hochschulpolitik, beherbergt in diesem Heft drei Beiträge, die mal mehr, mal weniger weit in die Zukunft zu blicken wagen.

Den Anfang macht Ben A. Avinu, der mit seinem Artikel *Inside Studententiftung* eine Innenansicht der akademischen Elite-Schmiede der Bundesrepublik liefert. Dort tummeln sich leider reaktionäre Typen, die man in Zukunft ungern in mächtigen Positionen sehen würde.

In *Viel Krach um nichts* beleuchten Juliane Ziegler und João Fidalgo vom Refrat die anstehende Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes in Hinblick auf sich bietende Gelegenheiten sowie sich wiederholende Versäumnisse.

Die Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen vergangenen Jahres nimmt Joshua Schultheis in *Leistungsprinzip und Heimatliebe* zum Anlass, nach den möglichen Folgen einer zukünftig zu befürchtenden Regierungsbeteiligung der AfD in Sachen Bildungspolitik zu fragen.

In unserer gesellschaftstheoretischen Rubrik »Aufsatz« legen wir in dieser Ausgabe einen Schwerpunkt auf die Bestimmung und vor allem Bewältigung des gegenwärtig vielleicht prominentesten Schreckensszenarios: der Klimakatastrophe.

Im Anschluss an die Auseinandersetzung mit den Gilets Jaunes in der *HUch* #89 nimmt Elio/Nora Hillermann in *Gelb sehen in grün* eine Neubetrachtung der Bewegung in Hinblick auf die Klimaproblematik vor, wobei Formen politischer Subjektivierung zutage treten, die für weite Teile der Klimabewegung jedoch noch ausstehen.

Subjektivierung ist auch das Thema von *Die Klimakrise und ich*. Darin berichtet Emilia Klein von ihrem Umgang mit Selbstzweifeln in Bezug auf das Klimathema und unterscheidet dabei hilfreichere von weniger hilfreichen Varianten der Selbstkritik.

In *Brücken in die Zukunft* gibt Lara von Ende Gelände Berlin einen Einblick in die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Kampf für den Kohleausstieg, der den Weg zu einer zugleich radikalen und populären Protestkultur vorzeichnet.

Tilman Bärwolff stellt in seinem Artikel *Haben wir einen Deal?* das Gesetzesvorhaben eines Green New Deal vor, das insbesondere in der US-amerikanischen Politik hohe Wellen geschlagen hat, langsam aber auch in die europäischen Debatten über Klimagerechtigkeit überschwappt.

In *Wie wenn nicht widersprüchlich?* rezensiert Thomas Zimmermann das Extinction-Rebellion-Handbuch, das vor allen Dingen einen Überblick über das weite Feld unterschiedlicher und widerstreitender Ansichten innerhalb der Bewegung schafft.

Mit *Die Geburt des Kapitalismus aus dem Geiste des »starken Mannes«* beginnen wir uns von unserem Fokus auf die Klimaproblematik zu lösen. Darin bespricht Kesire Xelef am Gegenstand des theoretischen Hauptwerks von Abdullah Öcalan die Philosophie des kurdischen Befreiungskampfs, in der Kapitalismus- und Staatskritik mit Feminismus und Ökologie Hand in Hand gehen.

In *Welche Freiheit für Hongkong?* liefert Marie Funke, die sich selbst als Austauschstudentin vor Ort befindet, einen Überblick über die Anstrengungen und Ambivalenzen der Demokratiebewegung in der ehemaligen britischen Kolonie und heutigen Sonderverwaltungszone der Volksrepublik China.

Zum Abschluss unserer zweiten Abteilung bespricht Friedemann Melcher in *Schlussstrich unter'm Schlussstrich* eine Studie, die ein dunkles und kaum bearbeitetes Kapitel der »Aufarbeitung« des Nationalsozialismus in der BRD behandelt: die staatliche Hilfe für im Ausland inhaftierte NS-Täter.

Unsere dritte Rubrik »Abspann« versucht, wie gewohnt, aus Phänomenen der Kultur schlau zu werden.

Beim Einsetzen unseres »Abspanns« finden wir uns neuerdings in einen *Säulengang* versetzt – die erste und einzige Kolumne in der *HUch*. Zum Auftakt widmet sich unsere Kolumnistin Charlie Cremer Jauregui dem Glanz und Elend des Kolumnenschreibens selbst.

Valentin Nikolaus Schettler untersucht in seinem Artikel *Über das Kino in Korea und den Klassenfeind im Keller* die wechselvolle und gesplante Filmgeschichte des Landes, das in den letzten Jahren mehr als nur ein Meisterwerk der Filmkunst hervorgebracht hat.

Zum Abschluss gibt uns Joana Splieth in *Proletarischer Tourismus* neben einer exemplarischen Betrachtung von Reisepraktiken der historischen Arbeiter_innenbewegung auch einige Überlegungen an die Hand, wie eine progressive Urlaubskultur heute aussehen könnte.

Wir wünschen eine gleichermaßen erholsame wie anregende Lektüre!

Eure HUch-Redaktion

INSIDE STUDIENSTIFTUNG

**Ben A.
Avinu**

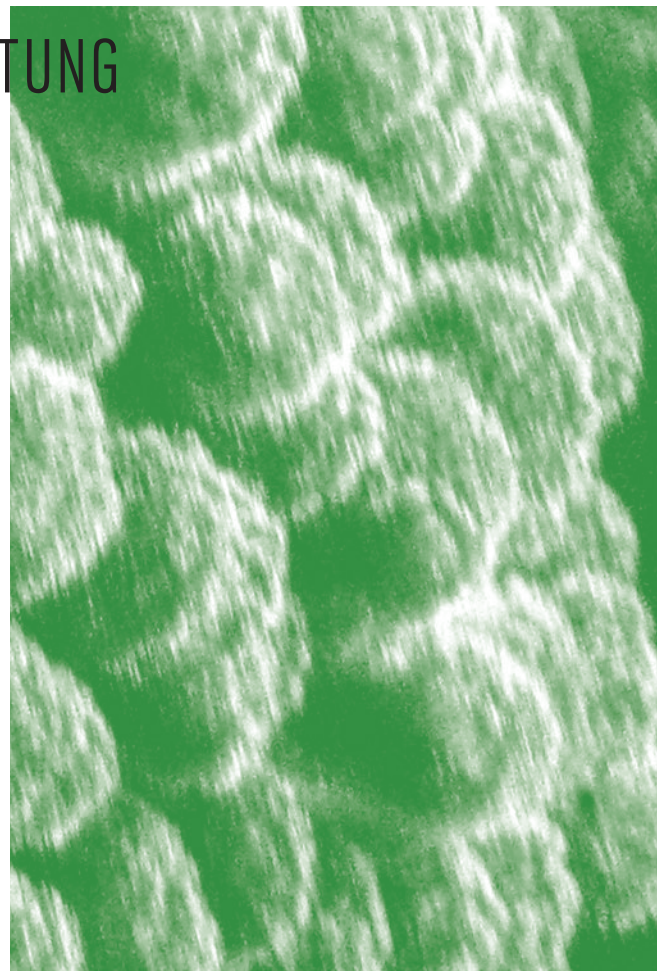
Die ›Studienstiftung des deutschen Volkes‹, das hierzulande größte und renommierteste Stipendienwerk, ist eine Art Zauberkegel: Sie zeigt uns die zukünftige Elite der Bundesrepublik. In ihr spiegelt sich schon heute, was morgen gesellschaftliche Realität sein könnte. Wagen wir einen Blick hinein.

1 Im Ausland gilt die Studienstiftung des deutschen Volkes als die heimliche Elite-Schmiede der Bundesrepublik. Hatte man hierzulande lange Zeit vermieden, dies laut auszusprechen, ist es heute, nachdem der Eliten-Begriff in den letzten zwanzig Jahren eine Aufwertung erfahren hat, nicht mehr allzu kontrovers, festzustellen, dass das tatsächlich der Fall ist. Unter dem Dreisatz »Leistung, Initiative, Verantwortung« fördert die Studienstiftung seit 1925 Studierende und Promovierende, »von denen besondere Leistungen im Dienst der Allgemeinheit zu erwarten sind«. Sich anzusehen, wen genau die Studienstiftung für in diesem Sinne förderungswürdig hält, hieße im Umkehrschluss, eine Ahnung vom Charakter der kommenden bundesrepublikanischen Notabeln zu erhalten. Ich selbst hatte dazu jüngst Gelegenheit. Auf Umwegen in diesen illustren Kreis gelangt, fand ich mich vergangenen Sommer auf einer von der Stiftung spendierten Sprachreise wieder — und nahm dies zum Anlass, unserer Elite in spe einmal auf den Zahn zu fühlen.

ERBARMUNGSLOSER LIBERALISMUS

Hier hält niemand mit seinen politischen Ansichten hinterm Berg, und um keinen Zweifel zu lassen, gibt man auch gleich sein selbstgewähltes Label aus wie eine Visitenkarte. So habe ich gleich am ersten Abend einige *neo-conservatives* und *classical liberals* kennengelernt. Ich hatte mich zuvor ausreichend auf youtube herumgetrieben, um zu ahnen, dass sich hinter diesen Bezeichnungen in erster Linie gutbürgerlicher Reaktionismus verbirgt, wollte es aber genauer wissen. Für die folgenden drei Wochen, die ich mit etwa drei Dutzend anderen ›Stiftis‹ im beschaulichen Broadstairs im Südosten Englands verbringen würde, nahm ich mir also vor, meine traditionsbewussten Peers einmal aus der Nähe anzusehen.

Da wäre zum Beispiel Adam. Charmant, einnehmend, extravertiert — und maßlos arrogant. Sein absoluter Mangel an Selbstzweifel ist atemberaubend. Als Liberaler alter Schule — so sein Selbstbild — ist für ihn die heilende Macht des freien Marktes über jeden Zweifel erhaben. Entgegen jeder historischen Evidenz flötet er munter das alte Märchen von der unverbrüchlichen Allianz von Kapitalismus und liberaler Demokratie, der Vernunft des Marktes und der Privatisierung als dem Königsweg zum Glück auf Erden. Dabei ist bezeichnend, an welchen Stellen dieser hartgesottene Liberale doch auch Ausnahmen machen kann.



Gegen eine flächendeckende Videoüberwachung hat er zum Beispiel nichts einzuwenden, schütze sie doch vor Verbrechen und — für ihn das unhintergehbare Argument schlechthin — er selbst habe ja nichts zu befürchten. Auch gegen strenge Grenzregime hat er nichts, solange sie seine eigene Freiheit nicht tangieren, und die Liebe zu seiner Heimat bringt er problemlos in Einklang mit einem globalen, (bis auf den Personenverkehr) unregulierten Kapitalismus, der anderswo die Heimat unzähliger Menschen zerstört.

Universalismus, Freiheit und Menschenrechte im Munde führend, wiederholt Adam lediglich die Lüge des Liberalismus, der von Allen redet, aber nur sehr wenige meint. Alle — das sind für Adam er selbst und die, die ihm ähnlich sind. Er liebt es, wie ein kleiner General von den kommenden Interventionen der überlegenen westlichen Armeen in die rückständigen Teile der Welt zu fabulieren, von deren Bewohnern er im Spaß auch mal als »Biomasse« redet. Aber der Sozialismus ist ihm ein Gräuel — wegen der Millionen von Toten. Dass es unter Stalin womöglich auch ihn selbst erwischt hätte, dürfte der eigentliche Grund für seine moralische Empörung sein. Einspruch gegen Gewalt und Vernichtung erhebt Adam nur dann, wenn seine beschränkte Phantasie es ihm erlaubt, sich selbst als deren Opfer vorzustellen. Morbide, zynisch, narzisstisch — mit diesen Zügen wäre eine künftige ‚liberale‘ Elite versehen, verständete man Adam als deren Prototyp. Welche Rolle könnte ihr in Zukunft zukommen? Sollte es auf der Erde so schlimm kommen, wie angesichts diverser sozialer und ökologischer Krisen zu befürchten ist, wäre sie wohl in der Lage, rhetorisch an humanistischen Werten festzuhalten und zugleich das zu tun, was getan werden müsste, um Europas Reichtum zu sichern — den Rest der Welt seinem Untergang preiszugeben. Gelte es, die unterlassene Hilfeleistung gegenüber Milliarden von Menschen als ein Gebot der Freiheit zu rechtfertigen, wäre Adam zur Stelle.

Ebenfalls mein Interesse geweckt hat Carl. Stets adrett gekleidet sieht er genau nach dem Spießherren aus, der er in politischer Hinsicht auch ist. Carl steht für eine Alternative zu Adams Liberalismus der Härte: die Rückbesinnung auf Tradition, Glaube und Familie — oder anders ausgedrückt: Nation, Autoritarismus und Patriarchat. Nun lässt sich über Carl durchaus Positives sagen. Während Adam alles, was nicht rein instrumentell gedacht ist, als unsinnig abtut, hat Carl noch eine Idee davon, dass nicht alles in Zweck-Mittel-Relationen aufgeht. Er leugnet die Verwerfungen nicht, die die Moderne kennzeichnen, und hat eine Ahnung von der schlechten Lage, in der wir uns befinden. Was er jedoch als Lösung für die Misere anbietet, sind der Muff und die Enge der Vergangenheit. Seine Alternative zur Kälte des Marktes ist letztlich die Hölle der Kleinfamilie. Alles in allem ist der Unterschied zwischen Carl und Adam jedoch gering im Vergleich zu ihren Gemeinsamkeiten.

Beiden gelten die Versprechen der Aufklärung als längst abgegolten: wer jetzt noch Ansprüche stellt, hat den Schuss nicht gehört. Als eine Teilnehmerin im Sprach-Unterricht einmal arglos von Sexismus im Krankenhausalltag erzählte, brach die Hölle los. Im Kreuzfeuer, Carl und Adam alternierend, wurde ihr »bewiesen«, dass es sowas wie Sexismus in unseren Breiten nicht mehr gäbe und dass ihre durch und durch subjektive Anekdote der Wissenschaft nicht standhalten würde. Eine Statistik nach der anderen schüttelten sie sich aus dem Ärmel — alle sollten sie belegen, dass nicht Vorurteile, sondern tatsächliche, natürliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern nur einen falschen Eindruck von Ungerechtigkeit erzeugten. Selbst wenn man davon absieht, dass Sexismus nicht nur pay gap, sondern auch Mord und Vergewaltigung bedeutet, sind es umgekehrt gerade die suggestiven Argumente von Carl und Adam, die einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhalten. Hier zeigt sich die Studienstiftung als keineswegs über den Rest der Gesellschaft erhaben: Wie Millionen anderer Hanswürste auch, ziehen unsere Top-Stipendiaten, von Jordan Peterson mit einer Handvoll alberner Thesen ausgestattet, in die Welt hinaus, um den vermeintlichen Gipfel abendländischer Weisheit zu verkünden: Frauen sind anders als Männer!

Den glühenden Anti-Feminismus teilen sich Adam und Carl also. Dasselbe gilt für ihren platten Positivismus, der jeden Widerspruch logisch ausschließt. Carl, der doch eigentlich Werte hat, unterscheidet sich hierin kaum von Adam, der sich aus vollster Überzeugung selbst des Denkens entledigt hat. Beide sind sie Verfechter eines Realitätsprinzips, das den Wunsch nach einer besseren Welt nicht mehr kennt und einen solchen bei anderen als reine Sentimentalität abtut. Wenn sich Carl, dem manchmal sogar das Wort »Gott« über die Lippen kommt, metaphysischer Kategorien bedient, dann in aller Regel nur um nicht über irdische Ungerechtigkeit reden zu müssen. Letztlich liegt den Anschauungen beider ein und dasselbe Prinzip zugrunde: Die Welt ist, wie sie ist. Ihre ganze Klugheit lässt sich auf diese Tautologie reduzieren.

Während Carl und Adam sich ihren knallharten Realitätssinn als Reife auslegen, sind sie paradoxerweise selbst die naiven Idealisten, über die sie glauben den Kopf zu schütteln. Ihrer Meinung nach werde die Welt nämlich von Gutmütigkeit und Moral regiert, und gerade das sei ihr Problem — so als könnte es in der Welt zu moralisch zugehen! Welche Rolle könnte eine derart verdrehte Weltsicht, in der die angeblichen Werte Europas gegen Moral und Emanzipation ausgespielt werden, in einer Zukunft spielen, in der Adams und Carls das Sagen haben? Mit ihrer Hilfe könnte vielleicht der Spagat gelingen, das herrschende System mit aller nötigen Härte und Brutalität zu verteidigen und dabei doch auch seine humanistische Fassade aufrecht zu erhalten. Carl und Adam stehen für Alternativen zum *offenen* Faschismus; sie sind etwas weniger hässlich und laut — seinen Job würden sie aber trotzdem erledigen.

Was aber ist mit den anderen Stipendiat_innen, die auch noch mit dabei waren? Die gute Nachricht ist: Die meisten von ihnen sind ziemlich in Ordnung. Politisch irgendwo leicht links der Mitte, sind sie noch empathiefähig und in der Lage, ihre Ansichten zu hinterfragen. Aber das Fehlen starker Überzeugungen paralyisiert sie, wenn es gilt, den Autoritären in der Gruppe Paroli zu bieten. Von jenen niedergeredet, lassen sie die Sache lieber auf sich beruhen und wechseln das Thema. Dass beschlossene politische Ansichten sozial sanktioniert werden müssen, leuchtet den meisten von ihnen leider ganz und gar nicht ein. Es reicht, dass man auch mal nett oder lustig sein kann, um nicht wegen seiner Menschenverachtung ausgeschlossen zu werden. Wer sucht schon den Konflikt, wenn das nur die Stimmung vermiest und man am Ende womöglich allein dasteht? Rechnet man diese Gruppe auf die Gesellschaft hoch, sind sie zwar die Träger_innen des Restes bürgerlicher Humanität, ein Bollwerk gegen eine schleichende Faschisierung bilden sie aber nicht.

Dann gibt es noch jene, die genauso denken wie Carl oder Adam, aber weniger eloquent sind, deshalb auch weniger reden und ihre Verachtung daher auf andere Weise pflegen. Wie die Bullys, die sie in der zehnten Klasse schon waren, machen sie sich auch heute noch über alle lustig, die irgendwie anders sind und deren Reaktion sie nicht fürchten müssen. Markiert man aber vor ihnen einmal ordentlich Revier, werden sie zu braven Schoßhündchen. Mit der zweiten Reihe zufrieden, suchen sie die Nähe der Alpha-Tierchen. In der Studienstiftung schließen künftige Demagog_innen mit ihren späteren Erfüllungsgehilf_innen auf diese Weise schon einmal Bekanntschaft.

Ein paar Linke, die sich von den Carls und Adams nichts vormachen lassen, gibt es natürlich auch noch. Dass sie aus ihrer Abneigung keinen Hehl machen, wird ihnen aber als Querulantenrum angekreidet. Aus der bürgerlichen Überzeugung heraus, dass man die politische Gesinnung des Menschen aus dem Urteil über seinen Charakter herauszuhalten habe, empfindet man ihre Kritik als übertrieben hart und verdächtig sie, nur von Resentiment getrieben zu sein. Weil sie nicht verstanden werden und ihre selbstgewählte Isolation niemanden beeindruckt, werden sie schnell so giftig und unnahbar, wie man es von ihnen von Anfang an erwartet hat.

Was sagt uns dieser Querschnitt durch unsere zukünftige Elite nun über das wichtigste Stipendien-Werk der BRD? Gelegentlich wird der Studienstiftung vorgehalten, dass sie sowohl jemanden wie Ulrike Meinhof als auch eine Frauke Petry für förderungswürdig befunden hat, so als hätte man damit einen wunden Punkt getroffen. Das ist aber alles andere als ein Versehen — die Studienstiftung des deutschen Volkes hält bloß Wort. Weltanschaulich neutral bildet sie Eliten für alle Fälle aus. Egal was kommt, es wird Studienstiftler_innen geben, die bereit sind zu tun, was »im Dienst der Allgemeinheit« getan werden muss. Zurzeit setzt die Studienstiftung dabei nicht zuletzt auf Typen wie Adam und Carl. Die Frage aber, ob es zum Wohle der Allgemeinheit nicht *eigentlich* geboten wäre, zu verhindern, dass die beiden ihren historischen Moment auch tatsächlich erhalten, stellt man sich in der Studienstiftung nicht. Somit verstärkt sie lediglich bereits herrschende politische Tendenzen, egal in welche Richtung diese weisen, anstatt Partei für diejenigen Bestrebungen zu ergreifen, die unsere Gesellschaft etwas humaner machen wollen.

VIEL KRACH UM NICHTS

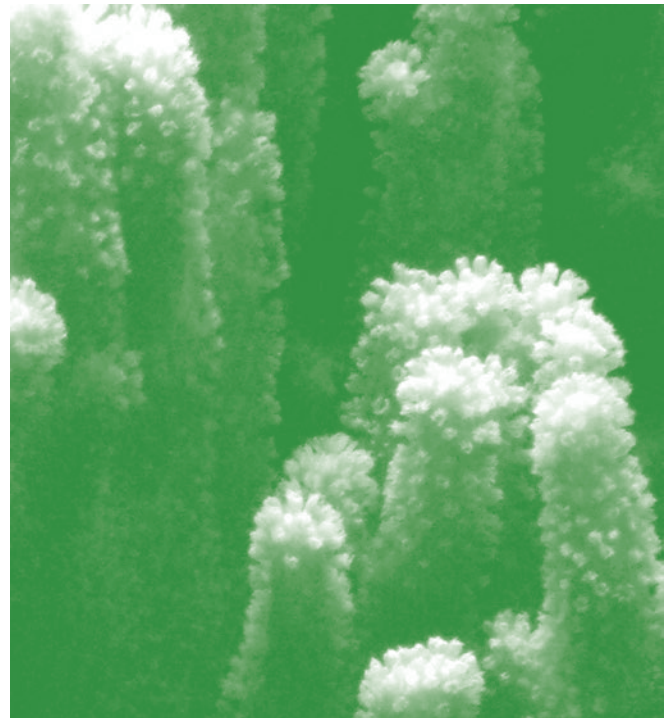
**Juliane Ziegler
&
João Fidalgo
für den RefRat**

Die anstehende Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes bietet die Möglichkeit, Probleme der geltenden Gesetzeslage zu beheben, die Hochschulen zu demokratisieren und die Bedingungen von Lehre und Studium zu verbessern. Doch sie droht, auf halber Strecke stehenzubleiben.

3 Selbstbestimmung, Flexibilität und Mobilität im Studium – das sind die Schlagworte, an denen sich die Leitlinien für die anstehende Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes (BerLHG) orientieren. Deutschlandweit ist das BerLHG zwar schon jetzt eines der studifreundlicheren Hochschulgesetze, was etwa an seiner großzügigen Teilzeitstudiumsregelung, der prinzipiellen Gebührenfreiheit des Studiums oder der für studentische Interessen vorteilhaften Besetzung der Kommissionen für Lehre und Studium deutlich wird. Dennoch bleibt einiges zu tun, um benachteiligende Hürden und repressive Regelungen abzuschaffen, die Gestaltung des Studiums an die Lebensrealitäten einer vielfältigen Studierendenschaft anzupassen und die Studienbedingungen für alle zu verbessern.

Dazu gehört zuallererst, den Zugang zum Studium für alle Studieninteressierten zu vereinheitlichen und strukturelle Benachteiligungen abzuschaffen. Das heißt, dass etwa die Gebührenfreiheit des Bewerbungsverfahrens auch für ausländische Studierende zu gelten hat. Das wird derzeit von den Hochschulen durch die Auslagerung der Zulassungsverfahren für Studienbewerber_innen ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung an den Verein uni-assist umgangen. Dieser wälzt nämlich die Kosten des Verfahrens wiederum auf die Bewerber_innen ab – und zwar selbst in Fällen, in denen Bewerbungen nicht einmal an die Hochschulen weitergeleitet werden. Auch sind bereits erbrachte Leistungen aus Ausbildungen, von anderen Bildungseinrichtungen und selbst von anderen Hochschulen auch im Fall ihrer prinzipiellen Gleichwertigkeit weiterhin nicht problemlos anrechenbar. Außerdem fehlt es bis heute an Möglichkeiten, fehlende Sprachkenntnisse unkompliziert nachzuholen.

Seit Jahrzehnten wissen wir, dass Repressalien nicht zum Studienerfolg beitragen – dass Prüfungsangst, Fristen und Leistungsdruck den erfolgreichen Studienabschluss nicht fördern, sondern in vielen Fällen verhindern. Das betrifft in erster Linie berufstätige Studierende, Studierende mit Kind(ern), Studierende mit Pflegeverantwortung, Studierende in finanzieller Abhängigkeit, Nichtmuttersprachler_innen und Studierende mit chronischen Krankheiten. Da fragt sich, wie ernst es die Hochschulen bisher damit meinten, ebenjene Studierenden zu unterstützen. Zumal Regelungen, die ursprünglich als verbindliche Vorgaben für die Hochschulen gedacht waren, sich zunehmend gegen die Studierenden kehren. Mit Bologna und der letzten großen Novelle 2011 wurde die Wahlfreiheit für das Studium Generale stark eingeschränkt. Regelstudienzeiten sind inzwischen keine Studienverlaufsgarantien mehr, sondern geben



Universitäten die Möglichkeit, Studierende über finanziellen Druck möglichst schnell zum Abschluss zu zwingen. Diese Regelungen müssen rückgängig gemacht werden. Das Studium muss sich durch eine echte Wahlfreiheit auszeichnen, bei der den Studierenden mindestens ein Drittel ihrer Studienpunkte zur freien Verfügung steht. Regelstudienzeiten müssen klar als Verpflichtung der Hochschulen angesehen werden und es muss Konsequenzen für schlechte Studienorganisation seitens der Hochschulen geben. Die bürokratisch aufwändigen und keinesfalls zum Studienerfolg beitragenden Anwesenheitskontrollen gehören (mit der üblichen Ausnahme von Praktika) abgeschafft. Ebenso müssen auch alle weiteren Hürden für erfolgreiches Studieren, wie etwa eine zu geringe Anzahl zur Verfügung stehender Prüfungsversuche, aufgehoben werden. Auch im Sinne einer Verringerung der Abbruchquoten ist es ratsam, von Zwangsinstrumenten, Zwangsberatungen und Zwangsexmatrikulationen wegzukommen und stattdessen ein gutes Beratungssystem aufzubauen, welches sowohl von Studierenden(schaften) als auch von den Hochschulen getragen wird und es Studierenden ermöglicht, die tatsächlichen Schwierigkeiten, die sie im Studium vorfinden, zu konfrontieren und zu überwinden. Erfahrungsgemäß ist das eher erfolgreich, wenn mit dem Besuch der Beratung keine Auflagen zu befürchten sind, sondern die gemeinsame Arbeit an Problemen im Mittelpunkt steht.

Einige dieser Vorschläge sind schon in den Leitlinien der rot-rot-grünen Koalition im Senat enthalten. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Sie werden hoffentlich im Gesetzgebungsverfahren nicht fallen gelassen, sondern bleiben für Berlin Priorität. Das Gesetz allein wird aber sicherlich nicht alle konkreten Probleme regeln können, die Studierende im Alltag ihres Studiums erleben. In vielen Fragen wird die Arbeit der Lehrenden und Studierenden in den einzelnen Hochschulen für den tatsächlichen Studienerfolg ausschlaggebend sein.

Um Probleme dort angehen zu können, wo sie entstehen, müssen die Gremien der Hochschulen gestärkt werden. Viele Möglichkeiten, die das Gesetz jetzt schon eröffnet, werden von den Hochschulen nicht genutzt, weil die Professor_innenmehrheit in den entscheidenden Gremien oder die Hochschulleitung dies nicht zulassen. Die Demokratisierung der Entscheidungsfindung an Hochschulen muss also für diese Novelle zentrales Anliegen sein. In Fragen von Lehre und Studium ist es zu begrüßen,

dass die Koalition sich darauf geeinigt hat, verpflichtend Kommissionen zu etablieren, die sich zur Hälfte aus Studierenden zusammensetzen. Solche Kommissionen für Lehre und Studium haben sich bereits in der Praxis bewährt, wenn es darum ging, die Studien- und Lehrorganisation zu verbessern, die Studierbarkeit zu fördern und die Interessen von Studierenden zu vertreten. Die Erweiterung der Kompetenzen dieser Kommissionen auch in Bezug auf Fragen der Evaluation von Modulen und Studiengängen kann zu einer nachhaltigeren Begleitung der entsprechenden Entwicklungen führen und ist aus unserer Sicht sehr zu begrüßen.

Leider hat der zuständige Staatssekretär Steffen Krach in der letzten Diskussionsveranstaltung der Koalition, in der die Leitlinien zum neuen Hochschulgesetz vorgestellt wurden, schon viele denkbare Ansätze zur Demokratisierung verworfen, die im letzten Jahr diskutiert worden sind. Mit ihm wird es wohl keine paritätischen Gremien geben. Diesen kategorischen Ausschluss halten wir für einen Fehler. Uns ist natürlich bewusst, dass Herr Krach komplizierte Diskussionen im Gesetzgebungsprozess lieber vermeiden möchte, jedoch ist uns unklar, was mit solchen Ausschlüssen erreicht werden kann. Wir fordern nach wie vor eine paritätische Besetzung des akademischen Senats. Ohne eine Gleichberechtigung der Mitgliedergruppen in Entscheidungsgremien werden nach wie vor professorale Interessen (die nicht so universell sind, wie sie sich geben) vorrangig berücksichtigt. Ein denkbarer Kompromiss läge darin, zumindest diejenigen Gremien, die für den Erlass der Grundordnung und für die Wahl der Leitung zuständig sind, paritätisch zu gestalten. Wenn die Leitungen spätestens bei ihrer Wiederwahl mit einem paritätischen Gremium konfrontiert wären, könnten sie sich schon nicht darauf beschränken, Klientelpolitik für die professorale Mehrheit zu betreiben, da sie nun auch der Stimmen der anderen Statusgruppen bedürften. Es ist schwer vorstellbar, dass Leitungen, die beispielsweise auf die Unterstützung von wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen angewiesen gewesen wären, die Prekarisierung der wissenschaftlichen Arbeit in dieser Weise betrieben hätten.

Eine echte Demokratisierung ist notwendig, um mögliche gesetzliche Verbesserungen in Fragen von Lehre und Studium sowie guter Arbeit an Hochschulen auch in der Lebensrealität der Hochschulen ankommen zu lassen. Dem Staatssekretär diese Verbindung deutlich zu machen und ihm den Mut zu geben, sich auch dafür einzusetzen, ist jetzt die Aufgabe der Studierendenvertretungen, Mittelbauvertretungen und Gewerkschaften, aber natürlich auch der drei Parteien, die sich diese Demokratisierung auf die Fahnen und in den Koalitionsvertrag geschrieben haben.

LEISTUNGSPRINZIP UND HEIMATLIEBE: DIE BILDUNGSPOLITIK DER AfD

**Joshua
Schultheis**

Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen zeigen:
Die AfD ist im Begriff, sich fest im Parteiensystem der BRD zu verankern.
Was es heißen könnte, wenn sie jemals Regierungsverantwortung bekäme,
soll hier am Beispiel der Bildungspolitik veranschaulicht werden.

5 In der taz-Ausgabe vom 2. Oktober spielt Philipp Rausch, bekannt als Gründer des Zentrums für politische Schönheit, ein düsteres Szenario durch. Man stelle sich vor, die AfD würde in der Bundestagswahl 2025 mit 33 Prozent aller Stimmen zur stärksten Kraft im Parlament gewählt: Obwohl sich alle anderen Parteien zu einer »Rettungskoalition« zusammenschließen, versinkt das Land im Chaos, gibt es bürgerkriegsähnliche Zustände auf den Straßen. Als auch Neuwahlen nichts an der Lage ändern, knickt zuerst die Presse und danach die CDU ein. Mit dem Rückenwind der wichtigsten Meinungsmacher_innen gehen die Christdemokraten schließlich ein Bündnis mit der AfD ein. Der Faschismus ist wieder an die Macht gekommen — auf genau dieselbe Art wie schon 1933. Und so beschließt Philipp Rausch seinen Essay mit einer Beschwörung: »Die AfD darf niemals an einer Regierung beteiligt werden. Daran dürfen wir nicht einmal denken.«

Doch leider wird daran sehr wohl gedacht. Während sich die Bundespartei der CDU nach wie vor unzweideutig gegen die AfD als Koalitionspartnerin ausspricht, bekommt dieser Konsens auf Landesebene erste Risse. In Sachsen-Anhalt etwa verlieren einige CDU-Mitglieder, der ungeliebten »Kenia-Koalition« überdrüssig, zunehmend ihre Berührungängste vor der AfD. Der Landtagsabgeordnete Frank Scheurell sagte unlängst, dass man mit allen demokratischen Parteien reden müsse und »dazu zählt auch die AfD«, und aus dem Kreisverband Harz kam ein Papier, in dem gefordert wird, dass die CDU zukünftig mit den Parteien koalieren solle, »mit denen die größten Schnittmengen vereinbar sind«. Diese bestehen allerdings in vielen Bereichen nicht mit Grünen oder Sozialdemokraten, sondern mit den Rechtspopulisten. Das gilt auch für das Politikfeld, mit dem man sich auf Landesebene am stärksten profilieren kann: der Bildungspolitik. Wenn in den nächsten Jahren die wackeligen Dreier-Bündnisse in den ostdeutschen Bundesländern scheitern sollten, wäre eine Regierungsbeteiligung der AfD durchaus denkbar. Um sich auszumalen, was es hieße, wenn die Rechten wieder über unsere Bildungsinstitutionen bestimmten, braucht es aber nicht das Gedankenexperiment eines Künstlers. Es reicht ein Blick in die Wahlprogramme der AfD, um eine Ahnung davon zu bekommen, was uns dann blüht.

Für die unbedarfte Wähler_in halten die Programme von Bundes- und Länder-AfD in Sachen Bildungs- und Wissenschaftspolitik einiges Unverfängliches bereit: Schulsanierungen, mehr Lehrer_innen, regionales Schulleben, Förderung ländlicher Kleinschulen, eine bessere Grundfinanzierung der Universitäten, größere Unabhängigkeit von Drittmitteln, mehr Festanstellungen

im Mittelbau etc. Wer an einer Uni oder Schule arbeitet, kommt kaum umhin, genau so wie die AfD die Verschulung des Studiums oder eine verfehlte Inklusionspolitik zu beklagen. Die AfD legt den Finger dahin, wo es weh tut. Für die Schule heißt das: Fehlende Anerkennung für Lehrer_innen, eine blinde Technisierung der Schulen, abfallendes Leistungsniveau in den Gymnasien und die Geringschätzung aller Bildungswege, die nicht zum Abitur führen. Für die Hochschulen: Unterfinanzierung, schlechte Arbeitsbedingungen, überfüllte Hörsäle, die schlechte Bilanz der Bologna-Reform und die Entkernung der Humboldtschen Universitätsidee. Die AfD setzt, durchaus scharfsinnig, mit ihrem Bildungsprogramm an Defiziten an, die manch andere Partei in der Tat nicht wagt, mit derselben Drastik anzusprechen. Ihre vernichtende Diagnose einer »darbende[n] Bildung« mag für viele daher etwas Verführerisches haben. Die Maßnahmen aber, die die AfD daraus ableitet, lassen keinen Zweifel daran, dass ihre Bildungspolitik vor allem durch autoritäres Denken sowie rassistische und sozialdarwinistische Vorstellungen motiviert ist.

Die Antwort der AfD auf die steigenden Abiturquoten und voller werdenden Universitäten besteht in der Rückkehr des dreigliedrigen Schulsystems und der alten Diplom- und Magister-Abschlüsse, höheren Leistungsansprüchen im Gymnasium sowie Aufnahmetests als zusätzlicher Hürde auf dem Weg zum Studium. Die Formeln hierzu lauten »Qualität vor Quantität« oder »Mut zu Leistung statt Akademisierungswahn«. Anstatt »Gleichmacherei« zu betreiben, sollen die Schüler_innen wieder gemäß ihrer individuellen Talente gefördert werden: das Studium soll nur noch für entsprechend »begabte und strebsame junge Menschen« offen stehen; für den größeren Teil der Schüler_innen hingegen, die »stärker praktisch als theoretisch begabt« sind, ist praxisorientierter Schulunterricht und eine Berufsausbildung vorgesehen. Der Umstand, dass »Inklusion« bisher vor allem als Vorwand benutzt wird, um durch die Zusammenlegung von Schulen Geld zu sparen, lässt die AfD nicht etwa kleinere Klassen und mehr Personal für die Regelschulen versprechen, sondern einen Ausbau der Sonderschulen. Während so einerseits Kinder mit Behinderungen wieder aus den regulären Schulen verschwinden sollen, plant die AfD andererseits eine stärkere Förderung »Hochbegabter«. Die krude Begründung für ein derart hierarchisiertes Bildungssystem: »Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.«

Die Bildungspolitik der AfD ist getrieben von naturalisierenden Vorstellungen von »Veranlagungen und Begabungen« von Kindern und Jugendlichen. Das größte Manko des aktuellen Schulsystems sieht sie darin, dass es den Menschen nicht mehr die Plätze zuweist, auf die sie »natürlicherweise« gehören. Deshalb befürwortet die AfD auch »uneingeschränkt das Leistungsprinzip«, demgemäß permanent ausgesiebt werden muss, wer nicht mithalten kann. In der Summe stellt das Programm der AfD nichts anderes dar, als die Zurücknahme der teilweisen Demokratisierung, die in unserem Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Aus den Gymnasien und Universitäten sollen jene Bevölkerungsteile wieder verjagt werden, die gerade erst dabei waren, sich ihr uneingeschränktes Recht auf Bildung zu erkämpfen. Die Partei, die sich »in der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989« wähnt, will am liebsten die Zeit dahin zurückdrehen, wo akademische Bildung noch ein Privileg der Wenigen war, in der Schule noch die »klassischen preußischen Tugenden« galten und niemand die »natürliche, ordnende Autorität« des Lehrers in Frage stellte.

Wohlgemerkt sollen in den Genuss dieses – der menschlichen Natur endlich wieder zu ihrem Recht verhelfenden – Schulsystems nur die deutschen Kinder kommen. Für die Kinder von Geflüchteten und Migrant_innen hat die AfD etwas anderes vorgesehen. Es seien nämlich überhaupt erst »Massenimmigration und Familiennachzug«, die die Bildungsmisere in Deutschland zu verantworten hätten. Nicht nur würde dadurch der Lehrer_innen mangel noch verschärft; es habe sich auch gezeigt, »dass diese Kinder, nicht zuletzt wegen ungenügender Sprachkenntnisse, dem Unterricht schlecht folgen können und dadurch einheimische Schüler in ihrem Lernfortschritt behindern.« Während daher die Schule den autochthonen Schüler_innen »Heimatliebe vermitteln« soll, gelte es, die Kinder der »weitgehend illegalen« Migrant_innen »auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland vorzubereiten.« Am wenigsten Zweifel daran, wem deutsche Schulen offen stehen sollten und wem nicht, lässt die Thüringen-AfD um den ehemaligen Geschichtslehrer Björn Höcke: »Thüringen braucht keine bildungsfernen Migranten. [...] Wir werden daher unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung eine massive Abschiebungsinitiative starten.«

Geht es um die hiesigen Universitäten, beschwört die AfD gerne den Mythos Humboldt. Sich den »Licht- wie auch Schattenseiten« der deutschen Geschichte stets bewusst, fühlt sie sich bemüht zu betonen, dass aufgrund der Ideen des preußischen Reformers »Deutschland jahrzehntelang die weltweit führende Bildungs- und Wissenschaftsnation war.« Wegen der unfähigen Studierenden, der Bologna-Reform und »planwirtschaftlichen Zielvorgaben« (etwa Frauenquoten) sei das heute aber nicht mehr so. Um den deutschen Hochschulen zu altem Glanz zu verhelfen, soll es in Zukunft vor allem weniger Studierende geben. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich das Versprechen der AfD verstehen, eine bessere Grundfinanzierung zu gewährleisten und die Drittmittelabhängigkeit zu verringern. Nimmt man die teilweise Öffnung der Universitäten zurück, die für viele die Chance auf einen gesellschaftlichen Aufstieg bedeutet, hat man genug Geld, um die so selektierte Elite großzügig zu finanzieren. Da Wilhelm von Humboldt für die Freiheit der Wissenschaft steht, sollen auch die Zivilklausen abgeschafft werden, setzen sie der Forschung doch Grenzen. Und weil Wissenschaftsfreiheit auch bedeutet, »frei von ideologischen Zwängen« zu sein, sollen außerdem die Lehrstühle für Gender Studies eingestampft werden. Bei der Vorstellung dieser Zurück-zu-Humboldt-Universität der AfD würde sich ihre unfreiwillige Gallionsfigur – man kann der AfD da durchaus Leichenfledderei vorwerfen – im Grabe umdrehen.

In Sachsen wie in Brandenburg bahnt sich nach den Landtagswahlen eine Koalition aus CDU, SPD und Grünen an.

Sachsen-Anhalt hat sie schon. Und die Wahlergebnisse in Thüringen machen ein Bündnis mit einer Mehrheit ohne die AfD praktisch unmöglich. Aller Voraussicht nach wird es also in fast allen ostdeutschen Bundesländern extrem instabile Regierungskoalitionen geben. Ohne Zweifel wird dann die Meinung, dass man das mit der AfD pragmatisch sehen müsse, nicht mehr nur von einigen CDU-Hinterbänklern gepflegt werden. Ist dieses Tabu erst einmal gebrochen, wird sich vermutlich zeigen, dass CDU und AfD eigentlich ganz gut miteinander können. In der Bildungspolitik etwa ließe sich einiges gemeinsam anpacken: dreigliedriges Schulsystem, Vermittlung konservativer Werte im Unterricht, Segregation von Kindern, »die nicht ausreichend Deutsch sprechen« (Regierungsprogramm der CDU Thüringen), Hochbegabtenförderung, weniger Akademiker_innen, Abschaffung der Zivilklausel. Selbstverständlich will die AfD noch deutlich weiter gehen als die CDU, begründet sie ihr bildungspolitisches Programm doch mit einem eindeutig rassistischen und verschwörungstheoretischen Weltbild. In der Sache aber sind für die Christdemokrat_innen die Schnittmengen mit der AfD viel größer als etwa mit den »linksradikalen Grünen«, wie es jüngst in einer Erklärung der Werteunion hieß.

Das Szenario eines rechts-außen Kultusministers in mindestens einem dieser Bundesländer muss also nicht, wie in dem Essay von Philipp Rausch, ins Jahr 2025 verlegt werden. Auch wird die AfD dafür keine 33 Prozent benötigen. Die Wahlergebnisse, die die Alternative für Deutschland in den letzten Landtagswahlen eingefahren hat, reichen bereits aus, und der Grundstein für eine Koalition mit der CDU wird heute schon von Christdemokrat_innen und Rechtspopulist_innen gleichermaßen gelegt. Man muss damit rechnen, dass der parlamentarischen Rechten bald nicht mehr nur Portale zur Denunziation von Lehrer_innen oder Kleine Anfragen als politisches Gestaltungsmittel zur Verfügung stehen, sondern sie auch direkte Weisungsbefugnis über Schulen und Universitäten erhält. Anstatt diese Möglichkeit aus den Gedanken zu verbannen, gilt es jetzt darüber nachzudenken, wie unter solchen Bedingungen Widerstand aussehen könnte, wie sich in Schulen und Universitäten oppositionelle Strukturen stärken ließen und welche Möglichkeiten es für Schüler_innen, Lehrer_innen, Studierende und Dozierende geben wird, sich zur Wehr zu setzen.

GELB SEHEN IN GRÜN

**Elio/Nora
Hillermann**

Rückblickend auf die Mobilisierungen der *Gilets Jaunes* lassen sich individuelle Politisierungsprozesse ausmachen, die Perspektiven für neue politische Handlungsspielräume offenlegen – und Anknüpfungspunkte für die Klimafrage darstellen.

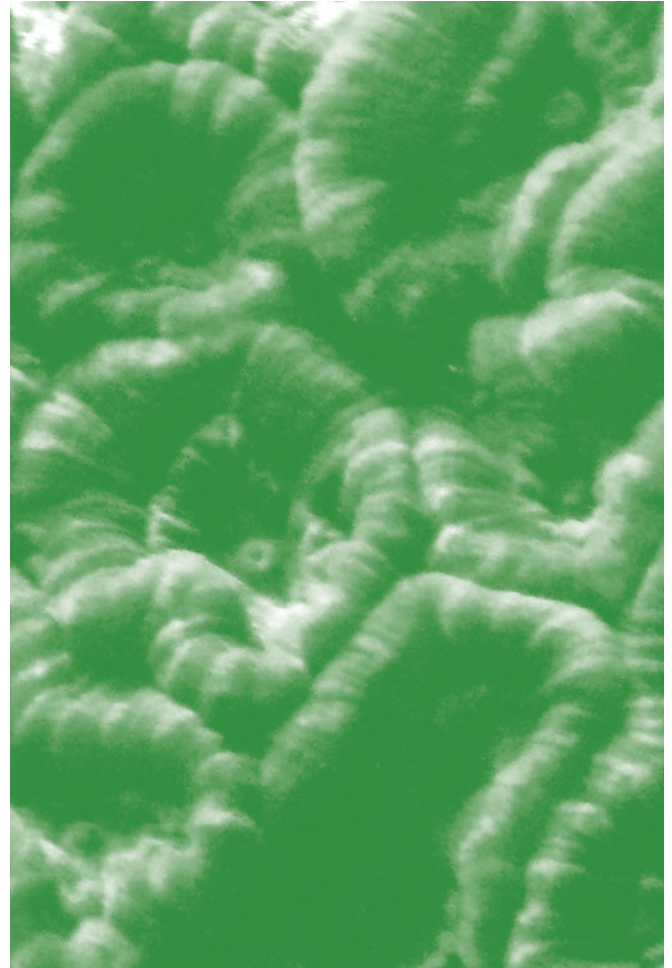
7

Seit mehr als einem Jahr widersetzen sich die *Gilets Jaunes* der bürgerlichen Hoffnung sowie der revolutionären Angst, dass sie vom Fenster der politischen Auseinandersetzungen in Frankreich verschwinden werden. Zeit für ein Update also: Im Anschluß an meinen in der *HUch#89* erschienenen Text zu den *Gilets Jaunes*, in dem ich deren Charakter einer *sozialen* Bewegung in der langen – und andauernden – Sequenz von Protesten, Aktionen und lokaler Organisation aufzuzeigen versuchte, möchte ich die soziale Frage, welche die *Gilets Jaunes* auf den Plan gerufen haben, hier wieder aufnehmen und sie in den Kontext der allgegenwärtigen Klimaproteste stellen. Anschließend an erste Überlegungen zur Verortung der *Gilets Jaunes* im Feld der Klimafragen- und -kämpfe möchte ich eine These zu Prozessen politischer Subjektivierung in der Bewegung der *Gilets Jaunes* vorschlagen, diese dann auf die Klimabewegung beziehen, um schließlich Parallelen und Divergenzen zwischen Klimabewegung und *Gilets Jaunes* auszumachen – und das Potential einer Konvergenz einzuschätzen.

SYSTEMSPRENGER_INNEN FÜRS KLIMA

Zunächst einmal mag es durchaus merkwürdig erscheinen, die Bewegung der *Gilets Jaunes* überhaupt mit den rasant wachsenden Klimakämpfen in Verbindung zu setzen. Denn die sich seit November 2018 unter dem Symbol der gelben Weste mobilisierenden Massen richteten sich zunächst gegen eine Erhöhung der Kraftstoffsteuer, einen Gesetzesentwurf der französischen Regierung, der einer Verringerung von Treibhausemissionen dienen sollte. Auf den ersten Blick wendeten sich die *Gilets Jaunes* also gegen eine klimapolitische Maßnahme, weshalb die Bewegung von der medialen Öffentlichkeit als Anti-Klima-Protest gebrandmarkt wurde. Es ist jedoch wichtig, zu unterstreichen, dass die Kritik der *Gilets Jaunes* an der Kraftstoffsteuer nicht den Klimaschutz in Frage stellte, sondern die neoliberale und anti-soziale Politik Emmanuel Macrons und seiner Regierung. Denn die Reform der Kraftstoffsteuer zielte letztlich darauf, über höhere Benzinpreise die Reduzierung des nationalen CO₂-Fußabdrucks auf die Autofahrer_innen in Frankreich abzuwälzen – eine Maßnahme ganz im Sinne des Green Capitalism, d.h. dem irrationalen Versuch, die Klimakrise innerhalb des Systems der auf Wachstum und Ressourcenausbeutung angewiesenen freien Marktwirtschaft zu bewältigen.

Dieser grundsätzliche Widerspruch zwischen Aufrechterhaltung kapitalistischer Wirtschaftsformen und dem Anspruch, unseren Planeten zu retten, lässt sich in Bezug auf die geplante



Gesetzesänderung konkret aufzeigen – denn diese Maßnahme zum Klimaschutz zu ergreifen, ist in ökologischer Hinsicht doppelt unsinnig. *Erstens* ist nämlich der größte Teil der Emissionen von Treibhausgasen nicht auf den Bereich der Konsumtion zurückzuführen, sondern auf jenen der Produktion, weshalb der erste Schritt zu ihrer Reduzierung eine scharfe Kontrolle der Industrie und der sie dominierenden großen, oft multi- oder internationalen Unternehmen beinhalten müsste. Eine Erhöhung von Kraftstoffsteuern ist *zweitens* insofern ökologisch unsinnig, als der größte Anteil der von Konsumverhalten – nicht von Produktion – herrührenden Emissionen auf einkommensstarke Schichten entfällt, auf soziale Gruppen also, denen höhere Kraftstoffpreise mehr oder weniger egal sein können, und die ihr Konsumverhalten entsprechend auch mit einem restriktiveren Gesetz nicht ändern würden.¹ Die Steuerreform repräsentierte also vornehmlich einen klimapolitisch sinnfreien Schritt einer Regierung, die ihr Image über die Klimafrage aufpolieren will, dabei aber an ihrer neoliberalen Schiene festhält und die Rechnung ohne die Bevölkerung macht, von der sie einfach erwartet, die Kosten ihrer Sperenzchen zu tragen.

Entsprechend stellte sich das Unterfangen der Steuerreform als politischer Suizidversuch heraus. Denn die bereits vor der neu angesetzten Steuererhöhung unglaublich hohen Benzinpreise hätten für alle prekär angestellten und auf ihr Auto angewiesenen Personen mit der neuen Steuer eine massive Existenzbedrohung dargestellt. Es handelte sich nämlich vornehmlich um Menschen, die ihr Auto entweder zur Ausübung ihres Berufs benötigen (beispielsweise Pflegekräfte, die den ganzen Tag von einem Privathaushalt zum nächsten fahren), oder nur mit dem Auto zur Arbeit kommen können, da sie in ländlichen, schlecht angebundenen Gegenden wohnen.² Und da für sie der Lohn gerade so ausreicht, um Grundbedürfnisse und das notwendige Benzin für einen solchen Arbeitsalltag zu bezahlen, war die

Perspektive eines aufgrund von Benzinpreisen immer größer werdenden Lochs in der Tasche eine so terrorisierende Vorstellung, dass sie sich zusammengeschlossen und gelbe Westen angezogen haben, dass sie massenhaft das Land blockiert und in spektakulären Demonstrationen ihrer Wut Ausdruck verliehen haben. Die geradezu regierungsverachtende Dynamik, welche die Gilets Jaunes damit entfesselt haben, zeigt, dass eine Klimapolitik, die bloß an kleinen Stellschräubchen innerhalb des Systems dreht, die eine Einhegung von Emissionen über Konsum erreichen will und damit die ohnehin schon zu prekären Schichten zusätzlich belastet, grundsätzlich falsch angelegt ist. Es positionierten sich also nicht die Gilets Jaunes gegen den Klimaschutz, sondern die neoliberale Regierung Macrons entschied sich sowohl gegen eine Politik, welche die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung ernst nimmt, als auch gegen tatsächlich *sinnvolle* klimapolitische Maßnahmen.

Mit dieser Kritik an der Steuerreform im Hinterkopf und damit auch mit einer über Konsumregulierung hinausgehenden Perspektive auf sinnvolle Klimapolitik, kann das Verhältnis der Gilets Jaunes zum Klimakampf neu gedacht werden. Es können so nämlich Dinge, welche die Gilets Jaunes in ihrer Praxis als soziale Bewegung angreifen – Knotenpunkte der kapitalistischen Warenzirkulation bei Blockaden, Symbole nationalstaatlicher Herrschaft bei Demonstrationen – als stellvertretend betrachtet werden für das System, welches bekämpft werden muss, wenn die endgültige Zerstörung der Erde aufgehalten werden soll. Und insofern können die Gilets Jaunes vielleicht sogar viel eher als die Climate Marches und Freitagsstreiks als eine Bewegung bezeichnet werden, welche das Klimaproblem an der Wurzel angeht. Denn die Gilets Jaunes haben sich insbesondere im Zuge der voranschreitenden Mobilisierungen über die Monate hinweg zunehmend zu einer Bewegung entwickelt, die das System – sowohl das wirtschaftliche, als auch das politische – ganz grundsätzlich in Frage stellt und anzugreifen versucht. Und dabei ist es keinesfalls so, dass die Rolle der Gilets Jaunes im Hinblick auf den Klimakampf eine unbewusste, nur aus einer prekären ökonomischen Situation heraus erwachsene wäre. Sie formulieren ganz deutlich, dass der Kampf gegen die Zerstörung des Planeten Teil ihres Kampfes ist. Auf unzähligen gelben Westen, Transparenten und Protestschildern liest man die Parole »Fin du monde, fin du mois, même système, même combat« (Ende der Welt, Ende des Monats, gleiches System, gleicher Kampf). Damit sind zwei politische Herausforderungen – Klimakampf gegen den Weltuntergang und sozialer Kampf gegen das finanzielle Zittern am Ende des Monats – in einer Formel auf den Punkt gebracht. Beide Probleme sind vom kapitalistischen System generiert, also kann der Kampf nur ein gemeinsamer sein – gegen das System.

POLITISCHE SUBJEKTIVIERUNG IN GELB

Dass die Gilets Jaunes nicht nur in ihrer radikalen, praxisverankerten Kritik an liberaler Demokratie und kapitalistischem Wirtschaftssystem eine politische Kraft im Klimakampf darstellen, sondern dies auch aktiv auf ihre Fahnen schreiben, ist eine Beobachtung aus den vergangenen Monaten der Mobilisierung. *Weshalb* dem so ist, soll im Folgenden nachvollziehbar werden. Die Menschen, die als Gilets Jaunes auf die Straße gehen, waren vor Beginn der Proteste mehrheitlich wenig politisiert, bezeichneten sich mitunter sogar als unpolitisch, und ihr Interesse an klimapolitischen Kämpfen war entsprechend gering. Um ihre Entwicklung hin zu dezidierten Klimaaktivist_innen zu verstehen, macht es Sinn, die Ebene individueller Subjektivierungsprozesse zu betrachten, die einzelne Personen als Teilnehmer_innen an dem kollektiven Geschehen durchlaufen haben.

Ein großer Teil der Gilets Jaunes ging ganz zu Anfang der Mobilisierungen mit der Überzeugung auf die Straße, dass die Regierung sich Ihrer Anliegen annehmen würde, dass sie als

Bürger_innen gehört und ernst genommen werden würden. Doch die angestaute Wut über die Politik der Regierung unter Macron, welche konsequent die Bedürfnisse der Bevölkerung übergangen hatte, brach sich von Anfang an in so heftigen und gewaltvollen Handlungsweisen seitens der Protestierenden Bahn, dass einerseits die Regierung eine harte Abwehrhaltung einnahm und die Proteste mit einer erbarmungslosen Repression niedezudrücken versuchte, dass sich aber andererseits in dieser Konfrontationsstellung die Gilets Jaunes den Raum nahmen, den sie sich eröffnet hatten, und Forderungen weit über den Rückzug der Kraftstoffsteuer hinaus auf den Plan riefen – allen voran jene nach einer direkteren Partizipation an politischen Entscheidungen, d.h. einem Abbau der repräsentativen Demokratie. Damit gingen sie weit über das hinaus, was die Regierung auch nur im Traum zuzugestehen bereit gewesen wäre. Entsprechend blieb die einzige Maßnahme der Regierung, die den Gilets Jaunes auf rechtlicher bzw. ökonomischer Ebene tatsächlich entgegenkam, der Rückzug der geplanten Kraftstoffsteuer. Alle weiteren Anliegen, die auf der Straße, in Fernsehshows, in veröffentlichten Forderungen von den Gilets Jaunes geäußert wurden, ignorierte die Regierung, ohne sich in ihrem neoliberalen Programm beirren zu lassen. Den anfangs fast naiv auf eine Reaktion der Regierung wartenden Gilets Jaunes wurde also in kürzester Zeit bewusst, dass man nicht nur ihre Anliegen ignorierte, sondern auch mit Gummigeschossen und Granaten auf sie zu schießen bereit war, wenn sie ihren Protest weiterführten. Die Erfahrung dieser physischen Gewalt, die in der schockierenden Bilanz von 11 Toten³, 25 Erblindungen, 5 zerfetzten Händen, und insgesamt zwischen 2 500 und 4 000 Verletzten ihren grausamsten Ausdruck findet⁴, ging an den Menschen nicht spurlos vorüber, sondern wurde zu einem zentralen Motiv der Bewegung.

Und mit der physischen Repression war es natürlich nicht genug – auf juristischer Ebene zeichnete sich sehr schnell eine ähnliche Entwicklung ab. Anstelle von Reformen im Sinne der Gilets Jaunes nahm die Regierung mit der Zeit Gesetzesänderungen vor, die sich spezifisch gegen die Gilets Jaunes richteten. Darunter fanden sich vornehmlich Einschnitte in die Versammlungsfreiheit und in das Recht auf freie Meinungsäußerung. So wurde etwa mit der sogenannten *Loi anti-casseurs* vom 10. April 2019 den Polizeipräfekturen ermöglicht, Einzelpersonen Demonstrationsverbote zu verhängen, und Menschen wegen Vermummung (die oft zum Schutz vor Tränengas notwendig ist) festzunehmen. Ein weiteres Element bestand darin, massenhaft von der Möglichkeit präventiver Festnahmen Gebrauch zu machen.⁵ Diese letztere Form juristisch-polizeilicher Repression geht so weit, dass es heute weitgehend unmöglich ist, in gelber Weste zu demonstrieren. Das Anmelden von Gilet-Jaunes-Demonstrationen wird von den Polizeipräfekturen selten gewährt, und wenn die Menschen versuchen, unangemeldet zu demonstrieren, sorgen spezifisch für Demonstrationstage erstellte Erlasse dafür, dass die Polizei jede Person, die eine gelbe Weste trägt oder auch nur im Rucksack hat, präventiv festnehmen darf. Damit werden die Proteste zunehmend zum Verstummen gebracht und das Symbol, welches ein Jahr lang die politische Opposition in Frankreich verkörpert hat, wird aus dem öffentlichen Raum verbannt. Die Regierung räumt also den politischen Gegner, der auf der Straße agiert, mit Methoden, die sich von Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit zunehmend entfernen, brutal aus dem Weg. Es ist beinahe unglaublich, dass die Gilets Jaunes auf diese Kombination aus politischem Ignoriertwerden, juristischer Drangsalierung und immenser physischer Polizeigewalt nicht mit Resignation reagierten, sondern mit einer immer offenkundiger werdenden Radikalisierung und zunehmender Bestimmtheit, den Kampf weiterzuführen. Die Repression, die vom Staat ausgeht, hatte eine Politisierung im Sinne der Bildung einer radikalen Opposition gegenüber dem Staatsapparat zur Folge – aus der Opposition gegen *eine* Reform wurde eine Opposition gegenüber dem repräsentativen Parteiensystem der liberalen

Demokratie *als solcher*. Die Stärke und das revolutionäre Potential der Gilets Jaunes scheinen also in genau diesem konsequenten Bestehen auf kompromisloser Kritik, und in der damit einhergehenden totalen Verweigerung von Kommunikation oder gar Kooperation mit der Regierung zu bestehen.⁶ Insofern kann gerade das fehlende Eingelöstwerden der politischen Forderungen der Gilets Jaunes als Erfolg verstanden werden — als ein Hinausweisen über den *status quo*. Repression und Radikalisierung stehen somit in einem dialektischen Verhältnis zueinander, in dem sich beide notwendig und gegenseitig intensivieren. Dabei erzeugen sie ein revolutionäres Potential, das sich konkret darin niederschlägt, dass sich Menschen politisch neu ausrichten, Interesse an revolutionären und emanzipatorischen Ideen und Handlungsweisen entwickeln und sich für zukünftige soziale Bewegungen sensibilisieren.

Auf individueller Ebene haben diese Entwicklungen dazu geführt, dass einzelne Personen durch die prägenden Erfahrungen der Proteste und der Repression, durch die Einsicht in die Gewalt des Systems und durch die kollektiven Erlebnisse gegenseitiger Unterstützung und Solidarität zu politischen Subjekten geworden sind. Sie haben Prozesse politischer Subjektivierung durchlaufen, die nicht mehr ungeschehen gemacht werden können. Die kollektive Macht, welche diese Menschen in vielen Momenten ihres Widerstands erlebten, hat ihnen deutlich gemacht, dass Politik für sie nicht bloß Kreuzchen machen bedeuten muss, sondern dass sie gemeinsam demokratische Gewalt aufbauen und politisch etwas bewegen können. Dabei blitzte die Möglichkeit, dass alles anders sein könnte, in gemeinsamen Aktionen und in den Ansätzen horizontaler Organisation, in Blockaden und Besetzungen, in gegenseitiger Unterstützung bei Demonstrationen, in unzähligen kleinen und großen Momenten auf. Zudem hat gerade die Erfahrung der Polizeigewalt dazu geführt, dass unglaublich viele Gilets Jaunes sich beispielsweise mit antirassistischen Kämpfen in den *Quartiers Populaires* solidarisiert haben — mit Kämpfen in den französischen Vorstädten also, die von sozialer Segregation, von Kriminalität und dadurch von konstanter, rassistischer Repression durch die Polizei geprägt sind.⁷

Es hat sich also eine große Gruppe an Menschen formiert, die als ‚neue‘ politische Subjekte zu bereits existierenden emanzipativen Kämpfen hinzustoßen und damit ermöglichen, dass punktuell eine sogenannte *convergence des luttes*, eine Konvergenz der Kämpfe, möglich wird. Und es ist diese Perspektive, aus welcher die Involviertheit der Gilets Jaunes im Klimakampf zu betrachten ist. Die Erfahrung eines bestimmten, radikalen Protests hat einzelne Individuen einer subjektiven Politisierung unterzogen, die sie für andere Kämpfe sensibel gemacht hat. Die Frage, *weshalb* einige Gilets Jaunes sich ganz explizit den Klimaprotesten anschließen, kann also mit dieser Analyse politischer Subjektivierung beantwortet werden.

GELBGRÜNE PARALLELEN?

Wenn die eben entwickelte These, dass ein bestimmter, auf ein spezifisches Thema fokussierter Protest die einzelnen an ihm teilnehmenden Individuen in einem Prozess politischer Subjektivierung radikalisieren und ihren politischen Handlungsraum erweitern kann, dann kann in der Folge die Frage gestellt werden, ob eben dieses Entwicklungsmuster nicht auch für die junge und bisher im Vergleich zu den Gilets Jaunes wenig radikale Klimabewegung gilt. Dies würde bedeuten, dass die jungen Menschen, die heute für den Planeten und für ihre Zukunft auf die Straße gehen, die streiken, sich organisieren und immer mehr Menschen mobilisieren — dass diese Individuen in ihrem kollektiven Handeln einen ähnlichen Prozess der Politisierung und potentiell auch der Radikalisierung durchlaufen, wie es bei den Gilets Jaunes der Fall war.

Nun gibt es zumindest einen Anhaltspunkt, der auf eine solche oder ähnliche Entwicklung verweist. Was bei den Gilets Jaunes als maßgeblicher Motor für die Politisierung der Bewegung gesorgt hat, war der Umstand, dass die Regierung ihre Anliegen weitgehend ignoriert hat, und dass mit diesem Ignoriertwerden eine Kritik an den institutionalisierten Mechanismen der repräsentativen Demokratie aufkam. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch in der Klimabewegung ab — zumindest in Deutschland ist die Regierung weit davon entfernt, *wirklich* auf die Forderungen der Klimabewegung einzugehen, sondern hat beispielsweise mit dem an allen Enden defizitären Klimapaket gezeigt, dass sie der Dringlichkeit radikalen klimapolitischen Handelns, das seit Monaten auf der Straße gefordert wird, keine große Wichtigkeit beimisst. Insofern ist es durchaus plausibel, wenn nicht sogar bereits absehbar, dass die jungen Menschen beginnen, die Strukturen grundsätzlich zu hinterfragen, mit denen sie aufgewachsen sind, und von denen ihnen vorgegaukelt wurde, dass sie genauso richtig wie natürlich seien — dass Demokratie nur als repräsentative und Wirtschaft nur als kapitalistische funktionieren könne. Dass aus den Reihen von Fridays for Future und zuweilen auch von Extinction Rebellion zunehmend Kritik am Kapitalismus zu hören ist, scheint dies zu belegen; die kritische Auseinandersetzung mit dem Klimawandel hat diese Menschen zumindest zu einer dezidierten Kapitalismuskritik geführt. Ein Schritt ist also getan.

Nun verhält es sich aber mit dem zweiten großen Faktor, der bei den Gilets Jaunes zu einer ruckartigen, heftigen Politisierung geführt hat — der Repression nämlich — bei der Klimabewegung durchaus anders. Während die Gilets Jaunes durch die Erfahrung physischer und juristischer Gewalt in einen Prozess des Hinterfragens staatlicher Strukturen taumelten und sich für viele von ihnen eine über diese Erfahrung vermittelte Einsicht in die strukturelle Gewalt des Systems auftat, ist dieser substanzielle Motor der Radikalisierung in der Klimabewegung verhältnismäßig abwesend. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die beiden Bewegungen durch Klassenunterschiede gekennzeichnet sind, aus denen sehr unterschiedliche Aktionsformen resultieren. Die Klimabewegung setzt sich überwiegend aus Personen der weißen Mittelschicht zusammen, aus Menschen der bürgerlichen Klasse also, die bei einem tatsächlich revolutionären Umsturz etwas zu verlieren hätten und entsprechend kein Interesse daran haben, das bestehende System grundsätzlich anzutasten. Ihre Forderungen bewegen sich also innerhalb des Rahmens der liberalen Demokratie, die das kapitalistische Wirtschaftssystem trägt, und dies schlägt sich in ihrer Praxis nieder. In den meisten Fällen demonstrieren sie in angemeldeten, legalen Demonstrationen und verurteilen Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele.

Dem gegenüber gehen die Gilets Jaunes, ihrerseits vornehmlich aus Menschen der unteren Mittel- und Unterschicht bestehend, aufgrund dringender materieller Zwänge auf die Straße, weil sie kollektiv festgestellt haben, dass sie nicht mehr über die Runden kommen, wenn sich nichts ändert. Es sind dies also Personen, die man einer Art heterogener proletarischer Klasse zuordnen kann: Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben. Sie sind entsprechend zu sehr viel mehr bereit und halten nicht unbedingt am System der liberalen Demokratie fest. Und auch hier schlagen sich diese ökonomisch-sozialen Vorbedingungen in der Praxis nieder — die Wut über eine herablassende und bevormundende Regierung brach sich bei den Gilets Jaunes in gewaltsamen Protesten Bahn, in massenhaftem Ungehorsam und Widerstand.

Im Gegensatz zu den Gilets Jaunes werden die bürgerlichen Klimaprotestler_innen also aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit wohl kaum einfach so anfangen, Banken anzuzünden und Barrikaden zu errichten — dazu geht ihnen der Klimawandel nicht heftig genug an den Kragen. Gleichzeitig werden Polizei und Justiz

keine Repression auf die Bewegung ausüben, solange sie keinen materiellen Druck ausübt, will heißen, solange sie die gegebene Ordnung nicht angreift und bei ihren pazifistischen Protestformen bleibt. Die Laufbahnen der Klimabewegung und der Bewegung der Gilets Jaunes scheinen also dort voneinander abzudriften, wo die Frage der (legitimen) Gewalt gestellt wird.

Die Frage nach der Möglichkeit einer Konvergenz der Kämpfe, die nötig ist, um eine möglichst große Schlagkraft gegen das System zu entfalten, welches unsere Lebensgrundlage zerstört, spitzt sich also an der Gewaltfrage zu. Das Zusammengehen von sozialem und ökologischem Kampf scheint dort auf der Kippe zu stehen, wo eine Seite zu Gewaltmitteln zu greifen bereit ist, und die andere diese ablehnt. Und doch erscheint es absurd, sich an dieser Frage zu scheiden, wenn es doch ein so eindeutiges gemeinsames Interesse gibt – nämlich das Aufhalten der Zerstörung dieses Planeten, um eine bessere Zukunft für *alle* zu ermöglichen. Einen Hauch von Hoffnung geben Situationen wie jene, in der Luisa Neubauer von Fridays for Future – Aushängeschild des friedlichen Klimaprotests – und Nike Mahlhaus von Ende Gelände – Gesicht des radikalen, antikapitalistischen Klimakampfes – in einem gemeinsamen Interview feststellen, dass sie sich über das Übel des Kapitalismus einig sind und deutlich machen, dass sie sich nicht spalten lassen.⁸ Vielleicht braucht es also langfristig mehr junge Klimastreikende in weißen Anzügen – oder besser noch: in gelben Westen.

1 Vgl. Guido Speckmann: *Schweigt von Flugscham und Veggieday!*, in: analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 652, 16.9.2019, online unter: www.akweb.de

2 Vgl. zur Rolle bestimmter Berufsgruppen in der Bewegung: Loïc Bonin und Pauline Liochon: *Gilets Jaunes: Des Fractions de classes particulièrement mobilisées, comment l'expliquer?*, Lundi Matin, 23. September 2019, online unter: www.lundi.am

3 Zehn der Todesfälle fallen in den Rahmen von Verkehrsunfällen bei Blockaden, lediglich eine Person starb bei einer Demonstration: während der Demonstration der Gilets Jaunes in Marseille am 1. Dezember 2018 schleuderte ein Polizist eine Tränengasgranate hinauf zu einem Fenster im vierten Stock, an dem Zineb Redouane stand. Die Granate explodierte in ihrem Gesicht und sie verstarb am Folgetag an den Folgen der Verletzungen.

4 Die genaue Anzahl der Verletzten ist nicht eindeutig ermittelbar, die Dunkelziffer hoch. Die Angaben zu den Erblindungen und zerfetzten Händen sind von verschiedenen Quellen bestätigt, jene zu den allgemeinen Verletzungen (hauptsächlich an Kopf, Armen und Beinen) variieren je nach Quelle: Vgl.: www.lemurjaune.fr

5 Zu der sukzessiven Anwendung antiterroristischer Gesetze auf oppositionelle Bewegungen: Raphaël Kempf, *Ennemis d'état, La Fabrique*, 2019.

6 Vgl. Michaelis Lianos: *Une politique expérimentelle (III)*, Lundi Matin, 26. Juni 2019, online unter: www.lundi.am

7 Vgl. Anna Mutelet: *Marche pour Adama Traoré: avec les gilets jaunes, «l'union fait la force»*, Libération, 21. Juli 2019, online unter: www.liberation.fr

8 Vgl. Luisa Neubauer, Nike Mahlhaus: »Wir lassen uns nicht spalten«, Taz, 28.11.2019, online unter: www.taz.de

DIE KLIMAKRISE UND ICH

Emilia Klein

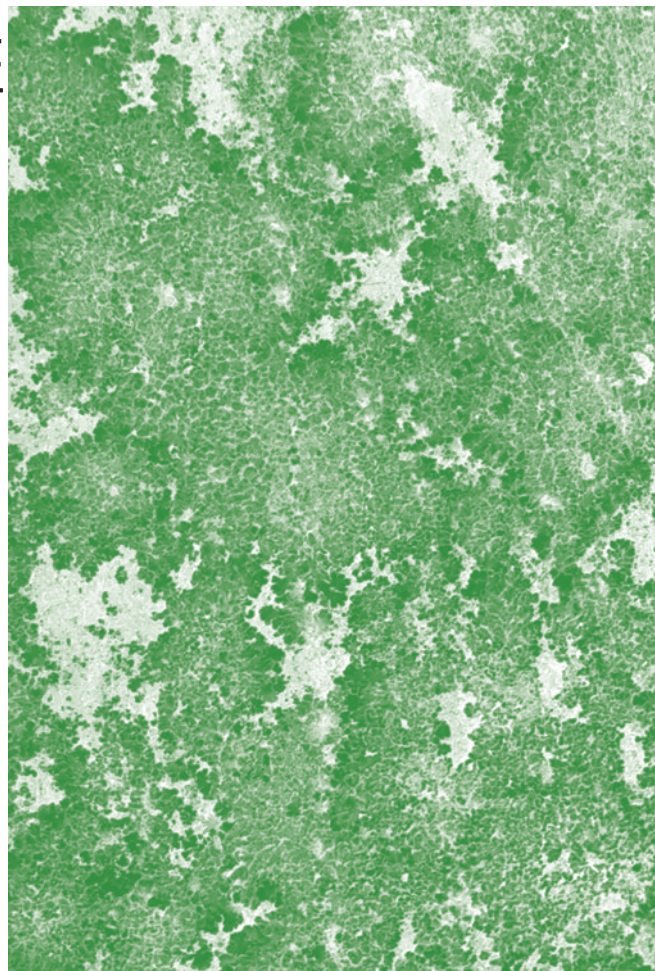
Bei sich selbst anzufangen, ist nicht immer hilfreich. Um das Ganze in den Blick zu bekommen, ist es besser, andere Perspektiven einzunehmen.

Jemand sagt: »Ich habe ein schlechtes Gewissen. Ich glaube, ich mache nichts für die Umwelt. Aber eigentlich hab' ich auch keine Ahnung, was ich überhaupt tun könnte... Also, ich probier's ja, aber ich weiß halt nicht wie.« Ich höre zu, denke mir nichts, fühle viel dazu, verurteile uns alle. Das Ganze ist irgendwie, irgendwo falsch. Ich versinke im Pessimismus, habe keinerlei Lust, mich mit diesem überhitzten Thema zu beschäftigen. Dann nervt mich meine Faulheit. Es stört mich, wie ich zum handlungsunfähigen Stein erkalte, der alles passieren lässt und glotzt. Jemand anderes sagt: »Es ist mir peinlich das auszusprechen – aber ich spüre so eine tiefgehende Verachtung für Menschen, die heutzutage noch Fleisch essen. Ich meine, es ist alles da, das Wissen, die Ersatzprodukte. Es ist wirklich nicht schwer, oder?« Am liebsten würde ich aufschnauben, wie ein Stier vor dem roten Tuch. Aber es fehlt mir wie so oft der Elan, mich in eine Diskussion zu stürzen, die damit endet, dass wir uns hoffnungslos und latent wütend mit den Augen ausweichen, nachdem uns die Worte verlassen haben.

Es stimmt einfach nicht, dass alles schnell gelöst wäre, wenn nur jeder Mensch bei sich selbst anfängt. Vieles hat nicht nur mit dem Wollen, sondern auch mit dem Können zu tun. Die moralische Keule wild umher zu schwingen, hilft lediglich dabei, den Frust über das eigene Dasein kurz auf jemand anderen zu schleudern. Statt mit großen Schuldzuweisungen voranzuschreiten, können wir auch umlenken. Am besten in eine Richtung, die uns so positioniert, dass wir sowohl unsere eigene Rolle in der Gesellschaft reflektieren, als auch das System hinterfragen, das zu diesem ganzen Übel geführt hat. Vielleicht wird es dann etwas einfacher, im Kreis der Geliebten über klimapolitische Themen zu sprechen, ohne dass Bitterkeit die Kinder frisst.

Zuerst lohnt es sich, das Blickfeld auszudehnen. Die Klimakrise ist kein singuläres, separiertes Problem. Als Phänomen der Moderne vernetzt sie sich mit anderen Phänomenen zu einer großen Verschlingung aus zusammenhängenden Problemen. Die Klimakrise existiert nicht unabhängig von Kolonialismus, Rassismus, Patriarchat und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sich auf klimapolitische Ziele allein zu konzentrieren, kann ein erster Anknüpfungspunkt sein. Dabei zu verbleiben ist jedoch nur insofern produktiv, wie es angenehm ist, im Freundeskreis mit verachtenden Blicken und Ernährungsbelehrungen belagert zu werden, weil der Vorwurf im Raum schwebt, man mache zu wenig, es ginge ja noch mehr.

Für die aktuellen Probleme einen einfachen Lösungsansatz zu finden, scheint fast unmöglich. Die Komplexität kommt stets hinterlistig um die Ecke, mal im Gewand der Theoriegrundlage, mal



als monströse praktische Umsetzung kostümiert. Auch wenn ich versuche, fleißig und strebsam die Liste der Themen abzuarbeiten, die mir notwendig erscheinen, um mir einen Überblick der zerstreuten Details zu verschaffen, wird es mir weiterhin passieren, dass ich etwas übersehe. Es scheint weder einen Anfang, noch ein klar definiertes Ende zu geben. Aber hey – kein Grund, den Kopf hängen zu lassen und zynisch meckernd den kleinsten Hoffnungsschimmer fort zu jagen, schließlich steht uns die großartige Welt des World Wide Web zur Verfügung. Während es im Kontext einiger Themen nützlich sein kann, mithilfe der raunenden Stimmen uralter Bücher Informationen zu sammeln, ist diese Herangehensweise für aktuelle Bewegungen, wie z.B. Fridays for Future oder Black Lives Matter überholt. Hierzu finden sich unzählige Personen und Kollektive, die ihre Ziele, Perspektiven und Hintergrundinformationen sehr gut aufgearbeitet über soziale Medien allen Menschen zugänglich machen. Zeit, sich durch das Internet zu schlängeln und ab und an einen neuen Blickwinkel kennenzulernen.

Bei dem Versuch, meine Bildung nicht völlig im Sand versacken zu lassen, bin ich über Instagram auf Ericka Hart gestoßen. They ist Non-Binary und Black PoC. Neben ihrer alltäglichen Arbeit als Sexualpädagog_in in den USA mit einem Schwerpunkt auf Antirassismus und Antisexismus klärt Hart zusätzlich auf Twitter und Instagram zu besagten Themen auf. In einem Beitrag vom 24. September 2019 teilt they folgenden Tweet: »I want y'all to keep that same energy you have for Greta Thunberg's anger when black people of all ages express theirs...« They ergänzt in der Bildbeschreibung, dass they keinen Moment in their Erinnerung findet, in dem their Tonfall nicht überwacht und verurteilt wurde. Im Gegensatz dazu wird die Wut von Greta Thunberg von vielen Menschen anerkannt und mitgeföhlt. Mithilfe der eigenen, individuellen Erfahrung beschreibt Ericka Hart ein gesamtgesellschaftliches Problem. Denn die Auswirkungen der

Klimakrise betreffen zuerst Indigene und PoC, gleichzeitig wird ihren Stimmen, ihrer Wut und ihrer Perspektive wenig bis gar kein Raum geboten. Zum Symbol der Klimabewegung wurde jemand anderes erklärt; jemand, mit dem der Rattenschwanz von Zusatzproblemen der Klimakrise außer Acht gelassen werden kann.

Ein Problem, das von einer anderen Seite in dieselbe Kerbe schlägt, stellt die Extinction Rebellion Bewegung dar. Obwohl sie in ihrem Handbuch durchaus davon sprechen, in der Theorie ihre Position zu reflektieren und das Leid global zu betrachten, hapert es in der Praxis mit der Umsetzung. Es ist ärgerlich, wenn via Facebook Äußerungen von Roger Hallam, einem Mitbegründer, auftauchen, in denen er sich in ignorantem Tonfall über seinen Gefängnisaufenthalt äußert. Es ist auch ärgerlich, dass Hallam in seiner Rolle als Mitbegründer eine Art Vorbildfunktion erfüllt. Demnach ist es potentiell einfacher, seine Aussagen einerseits mit der Haltung von Extinction Rebellion gleichzusetzen, andererseits ihnen eine große Auswirkung zu unterstellen, indem er als öffentliche Person ein anderes Interesse erzeugt als eine Privatperson.

Hallam beschreibt die Zeit im Gefängnis als angenehme Erfahrung, mit kostenlosem Essen und viel Zeit zum Lesen. Fünf Sterne, gerne wieder. Das kann nur jemand sagen, der seine Privilegien aus dem Blickfeld geschoben hat. Weiter spricht er davon, dass das Gefängnis gar nicht so schlimm sei, und fordert andere dazu auf, Handlungen nicht aufgrund der Angst vor einer Gefängnisstrafe zu unterlassen. »Ach, wenn es doch nur so leicht wäre...«, denke ich mir. Wenn man einfach das Glück hat, nicht unter den klassistischen, rassistischen und gesundheitlich schädigenden Zuständen der Gefängnisse zu leiden, sondern es als Zwischenaufenthalt begreifen kann. Wenn man seine eigenen Voraussetzungen als etwas versteht, das für alle Menschen im gleichen Maß gilt. Es ist nur leider nicht so.

Hallam habe ich als Beispiel angeführt, da nach einer Menge Trubel um Fridays for Future kurze Zeit Extinction Rebellion zu einem neuen Aushängeschild der Klimabewegung gemacht wurde. Mit fancy-minimalistischem Design und dem Ansatz, eine breite Masse zu erreichen, wehte ihnen zunächst ein positiver Medienwind entgegen, der inzwischen seine Richtung gedreht hat. Extinction Rebellion zeichnet ein dramatisches Zukunftsbild und kriegt viele Menschen bei ihrer Angst gepackt: Das zukünftige Leben wird im Wert sinken, sobald die Natur nicht mehr mitspielt. Niemand wünscht sich, bald den eigenen Komfort aufzugeben und dann unter Bedingungen den Alltag zu bestreiten, die ein Leben kaum noch ermöglichen. Davon ausgehend gelang es Extinction Rebellion, eine Vielzahl von Menschen zu mobilisieren und dadurch Aufmerksamkeit zu erregen.

Während ich die Aktionen durch das Medienteleskop beobachtete, beschleicht mich der Eindruck, dass zumindest in der praktischen Ausübung der Blick über den eigenen Tellerrand hinaus nur schattenhaft passiert. So wie ich es von außen wahrnehme, scheint es, als würden klimapolitische Ziele alleinstehend betrachtet, ungeachtet der Tatsache, dass auch jetzt schon viele Menschen zu einem Leben gezwungen sind, das von Extinction Rebellion als Horroszenario der Zukunft ausgemalt wird. In meiner Vermutung wurde ich bestätigt, als ich über Facebook auf einen an Extinction Rebellion adressierten offenen Brief von The Wretched of the Earth in Kooperation mit 48 internationalen Bündnissen aufmerksam wurde. The Wretched of the Earth beschreibt sich selbst als Initiative, die unter anderem für Gruppen der indigenen und der schwarzen Diaspora eintritt, für klimapolitische Gerechtigkeit und für solidarische Handeln in Großbritannien und im Globalen Süden. In dem offenen Brief stellen sie heraus, dass sie den Protest und die Mobilisierung befürworten. Dennoch solle dieses Potential jetzt dafür genutzt werden, um Forderungen aufzustellen, die für die globale Gerechtigkeit vor

dem Hintergrund der Klimapolitik unabdingbar sind. Zum Beispiel, dass ein Global Green New Deal auch den Globalen Süden beinhaltet und mithilfe von internationaler Kooperation für Finanzierung und Technologien gesorgt wird, die dazu beitragen, dass alle Regionen daran teilnehmen können. Ein Vorschlag, der zeigt, wie es auch anders geht.

Wenn wir also über die Klimakrise reden und Vorschläge, Gedanken und Lösungsansätze miteinander austauschen wollen, dann gibt es Dinge, die wir erst für uns und dann im gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachten und beachten müssen. Ganz vorne mit dabei ist eine Aufgabe, die von allen Seiten in unterschiedlichen Stimmlagen erklingt: Check deine Privilegien! Damit ist nicht der kapitalisierende Weg gemeint, der uns mithilfe von Reflexion zur holy Erleuchtung des Seins bringen soll, um zu hypereffizienten Maschinen mutieren zu können. Ebenfalls heißt es nicht, sich auf gewisse Privilegien zu berufen und über andere zu stellen. Viel eher kann ich darüber nachdenken, in welchen Situationen des Lebens ich das Glück hatte, nicht diskriminiert zu werden. Wenn ich mir beispielsweise darüber im Klaren bin, dass ich allein durch das Geld, das ich zur Verfügung habe, in einer anderen Position stecke, als jemand, dem es an Geld mangelt, dann kann ich das im Gespräch mitdenken. Es erlaubt mir, denjenigen etwas weniger auf die Füße zu trampeln, denen sowieso schon alles auf die Füße gestellt wird. Auch wenn wir manchmal in unserer eingeschränkten Perspektive festhängen, schadet es nicht, den Blickwinkel zu wechseln. Das ist nicht immer angenehm, und oft tritt das unbehagliche Gefühl ein, vieles gesagt und getan zu haben, was ich mir anders von mir selbst erhoffen würde. Aber sich dem zu stellen, zusammen daran zu arbeiten und vor allem es zu verändern, ist eine gute Basis, um gemeinsam den gesellschaftlichen Wandel zu befördern.

Für unseren Alltag können wir viel daraus lernen. Statt es Roger Hallam gleichzutun, können wir mehr Beiträge wie z.B. von Erica Hart oder The Wretched of the Earth verbreiten und in den Vordergrund stellen. Zuhören, lernen, es im eigenen Kreis anwenden, dann weiter treiben. Je nachdem, wie wir unsere eigenen Kapazitäten einschätzen. Wenn wir uns über all das bewusst werden, adressieren wir neben der individuellen Verantwortung vor allem auch das System als Störfaktor, der verändert werden muss. Insgesamt heißt es, gemeinsam etwas zu verändern und nicht zu Steinen zu verkommen, sondern zusammen zu reflektieren und zu kritisieren. Denn wie Audre Lorde – schwarze, lesbische, feministische Mutter, Poetin und Kämpferin – gesagt hat, kann Befreiung nicht ohne Gemeinschaft passieren, aber Gemeinschaft heißt, weder unsere Unterschiedlichkeit abzustreifen, noch pathetisch so zu tun, als gäbe es sie nicht.

BRÜCKEN IN DIE ZUKUNFT

Lara
Ende Gelände
Berlin

Die jüngste Aktion von »Ende Gelände!« im November in Ostdeutschland hat deutlich gemacht: Kohle stoppen und Kapitalismus überwinden ist möglich, aber es braucht die kleinen und die großen Schritte gleichzeitig dafür – und breite Bündnisse.

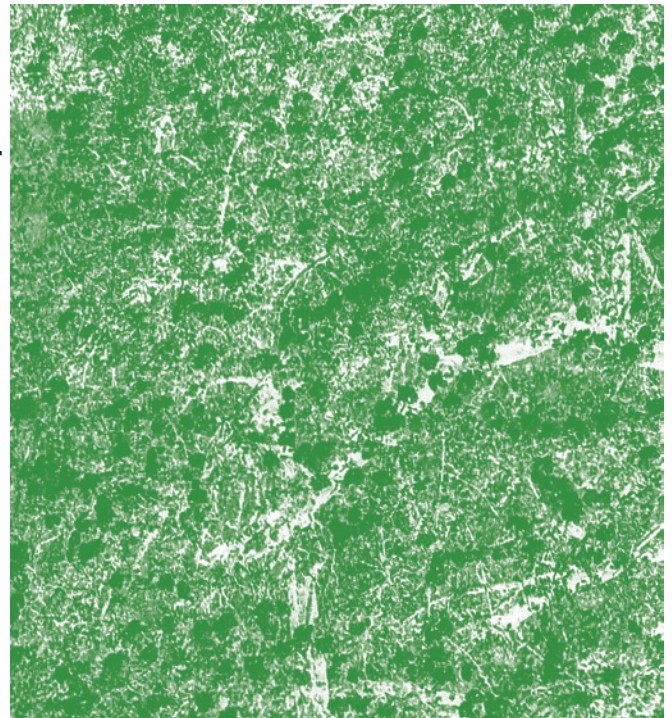
Irgendetwas fehlt. Ich sitze auf den Schienen direkt vor dem Kraftwerk Jänschwalde, einem der dreckigsten Kohle-Kraftwerke in ganz Europa. Um mich herum hunderte Leute in weißen Anzügen, die sich über die gelungene Aktion freuen. Wir blockieren gerade mit 4.000 Menschen Kohle-Infrastruktur im Lausitzer und Leipziger Revier, machen bundesweit Schlagzeilen. Doch ich denke nur: Und jetzt?

Seit 2015 blockiert das Aktionsbündnis Ende Gelände jedes Jahr mit spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams Kohle-Bagger und Kraftwerke. Seit vier Jahren und sieben Aktionen fordern wir den Kohleausstieg als Sofortmaßnahme für Klimagerechtigkeit. Wir schleppen das »Sofort« mit von Aktion zu Aktion. Aber kommen wir ihm überhaupt näher?

Wir erleben das heißeste Jahrzehnt der Weltgeschichte. Der Amazonas brennt, die Permafrostböden tauen auf, Inselstaaten drohen unterzugehen. Und die politische Situation hierzulande? Festgefahren. Erst 2038 soll der Kohleausstieg kommen, wenn es nach der aktuellen Regierung geht. Eine Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die schon jetzt unter den katastrophalen Folgen der Klimakrise leiden: die Ärmsten und Marginalisier-testen dieser Welt, vor allem im Globalen Süden. Und wir wollen ja nicht nur den Kohleausstieg. Wir sitzen hier auf den Schienen, weil wir einen grundlegenden Systemwandel wollen. Ein neues Wirtschaftssystem, in dem Menschenleben mehr zählen als Konzernprofite. Das Ziel ist groß – aber was ist der Weg dorthin?

Dank Fridays for Future ist die Bewegung für Klimagerechtigkeit so stark wie nie: Millionen Menschen sind dieses Jahr fürs Klima auf die Straße gegangen, Politik und Medien kommen an dem Thema nicht mehr vorbei. Gleichzeitig hat die Regierung ein Klimapäckchen geschnürt, das lächerlich klein ist und keinerlei Lenkungswirkung entfalten wird. Außerdem verschleppt die Große Koalition den Kohleausstieg und verspricht Kohle-Konzernen Milliardenzahlungen für die freiwillige Stilllegung ihrer Schrottmeiler. Und wir sitzen hier auf den Schienen und rufen: »We are unstoppable, another world is possible!«

Während ich auf den kalten Kohle-Schienen irgendwo in der Lausitz sitze, kommt mir dieser Satz schrecklich hohl vor. Aber abends, zurück in Berlin, als sich in Puzzleteilen aus Fotos, Videos und Berichten die gesamte Aktion langsam zusammenfügt, da beginne ich zu begreifen: Es kann möglich sein. Denn nachdem wir im Sommer schon im Rheinland »Ende Gelände!« gesagt haben, hat diese zweite Aktion des Jahres im Lausitzer



und Leipziger Revier die zuvor schon begonnenen Brücken fertiggestellt: Brücken in vier Richtungen der Gesellschaft, die wir brauchen, um im Jahr 2020 das Ruder wirklich herumzureißen:

Erstens hat Ende Gelände den Schulterchluss mit Fridays for Future vollendet: Freitag auf die Straße, Samstag in die Grube; Fridays for Future, Saturdays for System Change: das gehört jetzt endlich unteilbar zusammen. Ende Gelände hat gelernt, größer zu denken; Fridays for Future hat gelernt, radikaler zu denken. Jetzt haben wir eine gemeinsame Sprache gefunden: »Raus aus der Kohle, rein in die Zukunft« steht auf einem riesigen Banner im Tagebau und in der gemeinsamen Pressemitteilung.

Zweitens ist die Zusammenarbeit mit antifaschistischen Gruppen zur Höchstform gediehen: Rassistische Drohungen, Hass und Hetze im Vorfeld der Aktion – auch vonseiten der Polizei – sollten uns abschrecken. Stattdessen sind wir enger zusammengedrückt. Antifaschistische Jugendgruppen aus Berlin haben zusammen mit Fridays for Future einen eigenen Aktionsfinger in der Lausitz gestellt – die »Anti Kohle Kidz« – und klar gemacht: Die coolen Kids von heute sind fürs Klima und gegen Nazis. Denn es geht nicht um Dreadlocks vs. North-Face-Jacken, sondern um Klimagerechtigkeit statt Faschismus. Und nur gemeinsam können wir diesen Kampf gewinnen.

Drittens haben wir gesehen, dass lokale Vernetzung mit Anwohner_innen in Kohle-Revieren möglich ist, auch ohne dass wir dafür unsere radikalen Forderungen oder Aktionsformen aufgeben müssen. Nicht nur überregionale Medien haben mit Worten wie »sofortiger Kohleausstieg« und »Systemwandel« über die Aktion berichtet, auch die uns eigentlich immer feindlich gesinnte Lokalpresse begrüßte die Aktion als Initiative des Dialogs und betonte gemeinsame Ziele wie den gerechten Strukturwandel. Während Polizeibeamte vor einem rechtsradikalen Graffiti posierten, distanzierte sich die Kohle-Gewerkschaft IG BCE klar von der AfD. Die Aktion hat also gezeigt: wir können sowohl radikale Aktionen als auch lokale Vernetzungsarbeit machen, nacheinander oder auch gleichzeitig.

Und viertens bilden auch Inklusivität und Radikalität keinen Widerspruch: Bereits zum zweiten Mal gab es im bunten Aktionsfinger von Ende Gelände auch für Menschen im Rollstuhl und alle, die nicht so gut weite Strecken laufen können, die

Möglichkeit, effektiv Kohle-Infrastruktur zu blockieren. So ein Rolli auf den Schienen der Kohle-Bahn ist sogar eine ganz besonders stabile Blockade. Wir brauchen mehr solcher inklusiver Aktionsformen, damit noch mehr Menschen ermächtigt werden, zivilen Ungehorsam gegen Ungerechtigkeit zu leisten, die sie nicht länger hinnehmen wollen.

Ende Gelände ist noch immer ein Sammelbecken verschiedenster Akteure, eine brodelnde Mischung unterschiedlicher politischer Ansichten, voller nicht zu Ende diskutierter Fragen darüber, wie der gesamtgesellschaftliche Wandel, den wir uns alle wünschen, eigentlich passieren soll – also wie genau wir von der Kohle-Schiene zum Post-Kapitalismus kommen. Das Gute ist aber: es gibt auf diese Fragen keine finalen Antworten. Wir brauchen alles: Zusammenarbeit mit Fridays for Future und mit Antifa-Gruppen, lokale Vernetzung und direkte Aktionen, Inklusivität und Radikalität.

Wir werden als Ende Gelände weiter an die Orte der Klima-Zerstörung gehen und mit unseren Blockaden den Kohleausstieg und den Systemwandel im Kleinen schon umsetzen. Wenn beispielsweise 2020 in Datteln im Ruhrgebiet ein neues Kohle-Kraftwerk ans Netz gehen soll, dann werden wir das nicht einfach so hinnehmen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat sich schon einmal mit der Bewegung für Klimagerechtigkeit angelegt - und verloren: Der Hambacher Forst steht immer noch! Heute, ein Jahr nach »Hambi bleibt!«, ist unsere Bewegung so stark wie nie. Jetzt gilt mehr als je zuvor: Wenn wir uns in konkrete Kämpfe einmischen, dann können wir auch gewinnen!

Kein Weg führt von der Kohle-Schiene direkt zum Systemwandel. Aber wenn wir Kraftwerk für Kraftwerk abschalten, können wir damit auch den fossilen Kapitalismus ins Wanken bringen. Die Kunst besteht darin, gleichzeitig groß zu denken und die kleinen, konkreten Schritte zu machen. Dann sind wir unstoppable. Und dann ist eine andere Welt doch noch möglich.

Wer Lust hat, diese Welt mit uns aufzubauen, ist herzlich eingeladen, zu den offenen Treffen von *Ende Gelände Berlin* zu kommen: jeden vierten Mittwoch im Monat in der Kinzigstraße 9.

Aktuelle Infos auch über Social Media und auf: www.eg-berlin.org

HABEN WIR EINEN DEAL?

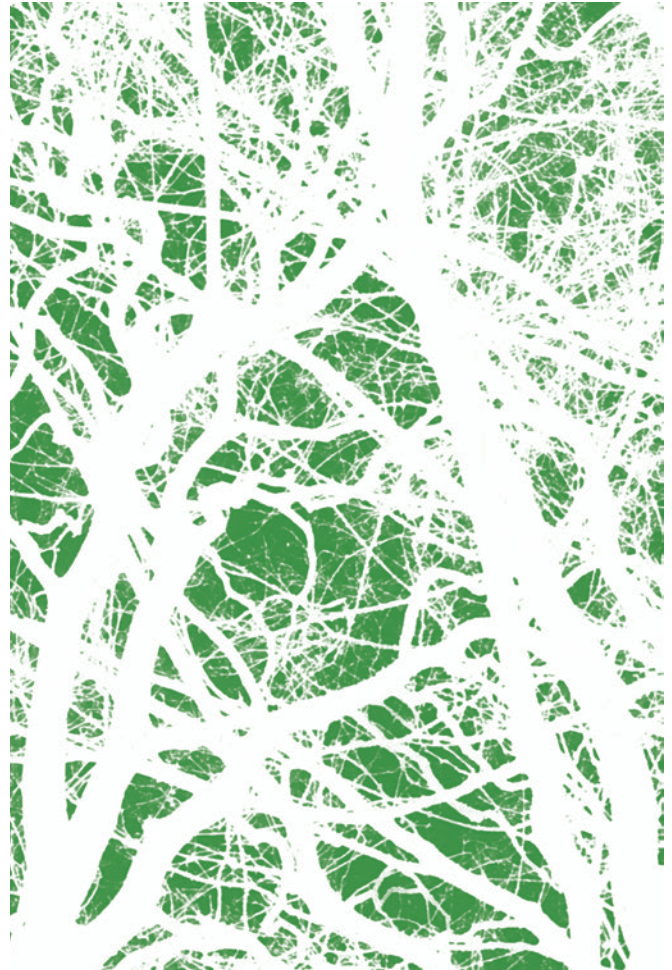
Tilman
Bärwolff

In den USA sehen viele Linke den Green New Deal als Ausweg aus der Klimakrise. In Europa ist noch wenig über ihn bekannt. Was hat es mit dem Konzept auf sich?

Der Gefahr der drohenden Klimakatastrophe und einer sich zuspitzenden Trennung von Arm und Reich steht die globale Linke aktuell ohne Antwort gegenüber. Abgesehen von einer akademisierten Kapitalismuskritik fehlen progressiven Strömungen europaweit, aber auch in großen Teilen der Welt konkrete Lösungsvorschläge, um rechtzeitig auf den Klimawandel zu reagieren und das Fundament für eine befreite Gesellschaft zu legen.

Wie ein Hoffnungsschimmer erschien daher vielen progressiven Aktivist_innen das durch die US-amerikanische Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez popularisierte Konzept eines Green New Deal. In einer Resolution, die sie gemeinsam mit dem Senator Edward Markey zu Beginn des Jahres 2019 veröffentlichte, wird zu einer zehnjährigen Mobilisierung aufgerufen, in der die Ziele des Green New Deals erreicht werden sollen. Sowohl dem Namen nach als auch in ihrem Inhalt ist die Resolution an den New Deal unter Franklin D. Roosevelt angelehnt, der nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA durch massive Investitionen und den Aufbau eines Sozialstaates das Land zu wirtschaftlicher Prosperität führte. Ähnlich wie bei seinem geistigen Vater ist der Green New Deal allerdings kein festgezurrttes Paket. Vielmehr ist die hervorgebrachte Resolution als erster Schritt in einer zehnjährigen Phase des ökonomischen, sozialen und ökologischen Wandels zu verstehen.

Zu Beginn der Resolution machen die Verfasser_innen deutlich, welche Rolle die für einen überproportionalen Anteil an Treibhausgasemissionen verantwortlichen USA¹ für das globale Klima spielen und schlüsseln auf, was ein Ansteigen der durchschnittlichen globalen Temperatur um 2 Grad Celsius für die USA bedeuten würde: einen Verlust von 500 Milliarden Dollar in der jährlichen Wirtschaftsleistung im Jahr 2100, eine Massenimmigration aus Ländern, die noch härter vom Klimawandel betroffen sind, massive Waldbrände sowie das Risiko eines Schadens an der öffentlichen Infrastruktur der USA in Höhe von bis zu einer Trillion Dollar. Der Klimawandel wird damit als direkte Gefahr für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten charakterisiert. Gleichzeitig erkennen die Verfasser_innen, dass die Veränderung des Klimas schon jetzt vor allem den ärmsten und schutzlosesten Teilen der US-amerikanischen Gesellschaft schadet. Denn klar ist: wenn Küstenregionen überschwemmt werden, Wälder abbrennen oder Stürme die Städte heimsuchen, sind es die Armen, die von diesen Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sind. Um diesen verheerenden Konsequenzen im Zuge einer Lösung der Klimakrise entgegenzuwirken, schlagen Ocasio-Cortez und Markey eine massive Investition in die Infrastruktur und Industrie des Landes vor, mit welcher der Ausbau erneuerbarer Energien ermöglicht und die Schaffung von Millionen gut bezahlter Jobs



vorangetrieben würde. Dabei sollen diejenigen industriellen Zweige bevorzugt werden, die emissionsarm und kollektiv arbeiten und lokal verankert sind.

In den USA stieß der Vorschlag eines Green New Deals eine breite Diskussion an und löste vor allem in aktivistischen Kreisen Begeisterung aus. Die Graswurzelorganisation Sunrise Movement, welche in den vergangenen Jahren mehrere Sit-Ins in den Büros ranghoher Politiker_innen der Demokratischen Partei durchführte, machte den Green New Deal bereits 2018 zur Basis ihrer politischen Arbeit.

Während sich im amerikanischen Kongress viele Abgeordnete der Demokratischen Partei hinter den Green New Deal stellen, wird ihm vor allem von der Parteispitze mit Skepsis bis Ablehnung begegnet. So bezeichnete die Sprecherin des House of Representatives und ranghohe Demokratin Nancy Pelosi im Juli 2019 dem Onlinemagazin *Politico* zufolge den Green New Deal als einen »green dream«, zu dem eine Reihe von Alternativen im Gespräch seien.

Trotz bisheriger Ignoranz seitens der Parteispitze wird der Green New Deal im Vorwahlkampf der Demokratischen Partei für die kommende Präsidentschaftswahl heiß diskutiert. So veröffentlichten bereits mehrere der Kandidat_innen – darunter Bernie Sanders und Elizabeth Warren – fundierte Pläne davon, wie sie einen Green New Deal verwirklichen würden. Sanders Plan sticht dabei am deutlichsten heraus. So bewerteten Umweltorganisationen wie Greenpeace in einem vom *Guardian* zusammengestellten Ranking im September 2019 den demokratischen Sozialisten hinsichtlich seiner Klimapolitik sehr positiv, während seine Gegenkandidat_innen Warren und vor allem Joe Biden im selben Ranking leicht bis deutlich schlechter abschnitten. In vielen Medien wird Sanders bereits als der

Klima-Kandidat gehandelt. Dieser Titel überrascht kaum, will Sanders doch 16,3 Billionen Dollar in seine Version des Green New Deal investieren, fünfmal mehr als Warren, die im Ranking knapp unter ihm steht. Auch übertrifft Sanders Plan den seiner Gegenkandidat_innen deutlich in seiner Radikalität. Um den Green New Deal zu finanzieren, schlägt Sanders vor, die fossile Brennstoffindustrie und umsatzstarke Unternehmen massiv zu besteuern, sowie die Militärausgaben herunterzufahren. Ziel soll es weiterhin sein, 20 Millionen Jobs zu schaffen.

Carl Beijer stellte im sozialistischen *Jacobin Magazine* einen weiteren Punkt heraus, der Bernie Sanders Deal von anderen unterscheidet: Während Sanders durch einen Klimafond Länder des Globalen Südens beim Wechsel auf erneuerbare Technologien unterstützen will, setzt Elizabeth Warren auf einen »economic patriotism«. Zwei Billionen Dollar, also knapp zwei Drittel der für ihre Version des Green New Deal angesetzten Investitionen sollen in »green research, manufacturing and exporting« fließen. Beijers sieht darin den geplanten Aufbau einer neuen Exportindustrie, mit der grüne Technologie an ärmere Länder für Profit verkauft werden solle.²

Wenn der Vorwahlkampf der Demokratischen Partei auch ein Klimawahlkampf ist, so ist doch fraglich, inwieweit ein_e potenzielle_r Präsident_in einen Green New Deal umsetzen könnte. Denn viele demokratische Abgeordnete im Kongress erhalten massive Spenden vonseiten der fossilen Brennstoffindustrie. So berichtete das Magazin *Mother Jones* im Februar 2019, dass 9 Demokrat_innen, die von Nancy Pelosi für das Klimakomitee des House of Representatives bestimmt wurden, im Jahr 2018 insgesamt knapp 200.000 Dollar Spenden von Lobbygruppen aus der Gas-, Stromversorgungs- und Bergbaubranche erhielten.³

EIN GREEN NEW DEAL FÜR EUROPA

Während in den USA trotz aller Widrigkeiten zumindest ein konkreter Plan zur Überwindung der Klimakrise in der öffentlichen Diskussion steht, ist der Green New Deal in Deutschland und in vielen Teilen Europa bisher eher ein politisches Nischenprojekt. So wird innerhalb der Grünen schon länger über das Konzept diskutiert, eine programmatische Formulierung blieb bisher aber aus. Innerhalb der Linken brachte der Parteivorsitzende Bernd Riexinger kürzlich den Green New Deal auf einem Parteitag zur Sprache. Auch hier geht die Idee aber noch nicht über Worte hinaus. Lediglich die Kleinstpartei DiEM25 machte den Green New Deal bereits zur Europawahl 2019 zu einem Schwerpunkt ihrer Kampagne.

Tatsächlich ist das Konzept auf der Verwaltungsebene der Europäischen Union bekannter als in ihren Mitgliedsstaaten. Anfang Dezember schlug EU-Kommissionchefin Ursula von der Leyen einen »European Green Deal« vor, der unter anderem eine klimaneutrale Wirtschaft aller EU-Staaten bis 2050 und eine höhere CO₂-Steuer einfordert. Obwohl einige Expert_innen den Deal für einen guten ersten Schritt hielten, ging er vielen – insbesondere im Vergleich zum US-amerikanischen Green New Deal – nicht weit genug. Denn die Unterschiede zu seinem Pendant hören beim Namen nicht auf. Gänzlich fehlt dem europäischen Deal die Anerkennung des Zusammengangs zwischen kapitalistischem Wachstum und Klimakrise. Weder soll die fossile Brennstoffindustrie zur Kasse gebeten werden, noch ist der Versuch eines Umbaus der Wirtschaft hin zu kollektiven und ressourcenschonenden Methoden vorgesehen. Vielmehr ist eine Industriepolitik vorgesehen, mit der – ähnlich dem Plan Elizabeth Warrens – Europa zum Marktführer für klimafreundliche Produkte werden soll, wie die *Taz* Anfang Dezember berichtete.⁴ Um der Klimakatastrophe auch in Europa rechtzeitig entgegenzutreten, versucht die internationale Initiative Green New Deal for Europe von der Leyens Green Deal eine Alternative entgegenzusetzen. Die Kampagne, die von DiEM25 gegründet wurde,

beschreibt zehn Säulen, auf denen ein Green New Deal in Europa ruhen müsste. Ihre Vorstellungen ähneln dabei denen von Ocasio-Cortez. So soll die Lösung der Klimakrise mit einer Demokratisierung staatlicher Strukturen sowie der Schaffung zahlreicher Jobs einhergehen. Auch ein offensiveres Vorgehen gegen das Kapital und die Abkehr vom Dogma des Wirtschaftswachstums wird gefordert. Die Macher_innen des Deals verstehen sich dabei als Keynesianer_innen, fordern also staatliche Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft, jedoch nicht die Überwindung derselben.

ZWISCHEN KRITIK UND HOFFNUNG

An diesem Punkt setzen viele Kritiker_innen eines Green New Deal an. So argumentierte Shamus Cooke im Onlinemagazin *Counterpunch*, dass Unterstützer_innen des Green New Deal die antagonistische Rolle des Staates gegenüber Arbeiter_innen und seine Verquickung mit kapitalistischen Interessen unterschätzen würden. Würde der Deal nämlich durch einen kapitalistischen Staat implementiert, wäre die Konsequenz eine Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Die Möglichkeit des Übergangs in eine alternative Wirtschaftsweise sieht er nur in einem sozialistischen Green New Deal gegeben, bei dem die den Klimawandel verursachenden Unternehmen und Banken in öffentliche Einrichtungen überführt und der bisherige undemokratische Staat durch einen neuen ersetzt würde.⁵ Auch Tomasz Konieczny sieht in seinem Artikel für die Zeitung *analyse & kritik* im Green New Deal lediglich eine »sozialdemokratische Hoffnung auf eine neue Etappe des Kapitalismus«. Er argumentiert zudem, dass sich für den Kapitalismus Investitionen in die Branche der Green Economy schlicht nicht lohnen würden, da aufgrund des aktuellen hyperproduktiven Stadiums des Kapitalismus die gewünschten Beschäftigungseffekte nicht eintreten würden. Die Hoffnung darauf, dass der Green New Deal die Menschheit vor dem Klimawandel bewahren und die Wirtschaft in gleicher Weise stimulieren könnte, wie es seinerzeit mit dem New Deal gelang, wäre somit utopisch.⁶

Trotz aller berechtigten Kritik sind die bisherigen Modelle eines Green New Deal zumindest konkrete und populäre Vorschläge, wie der aktuelle status quo im Ansatz überwunden werden kann. Das ist bereits mehr, als die radikale Linke in den letzten Jahren erreicht hat. Nachdem Bewegungen wie Fridays for Future oder Ende Gelände die Gefahr des Klimawandels in die Öffentlichkeit trugen, sind Gesetzesvorhaben wie der Green New Deal nun erste konkrete Folgen aktivistischer Mobilisierung. Inwiefern er tatsächlich die Erde vor der Klimakatastrophe retten kann, wird die Zukunft zeigen. Eine radikale Linke würde gut daran tun, an die vorgeschlagenen Ideen anzuknüpfen, um sie dann um einen dezidierten Antikapitalismus zu ergänzen. Denn die Zeit drängt. Und ohnehin ist klar: Ohne eine bewohnbare Erde ist jeder Versuch einer gerechteren Gesellschaft zum Scheitern verurteilt.

1 »[...] the United States has historically been responsible for a disproportionate amount of greenhouse gas emissions, having emitted 20 percent of global greenhouse gas emissions through 2014«; Alexandra Ocasio-Cortez: *Resolution – Recognizing the Duty of the Federal Government to create a Green New Deal*, 116th Congress, First Session.

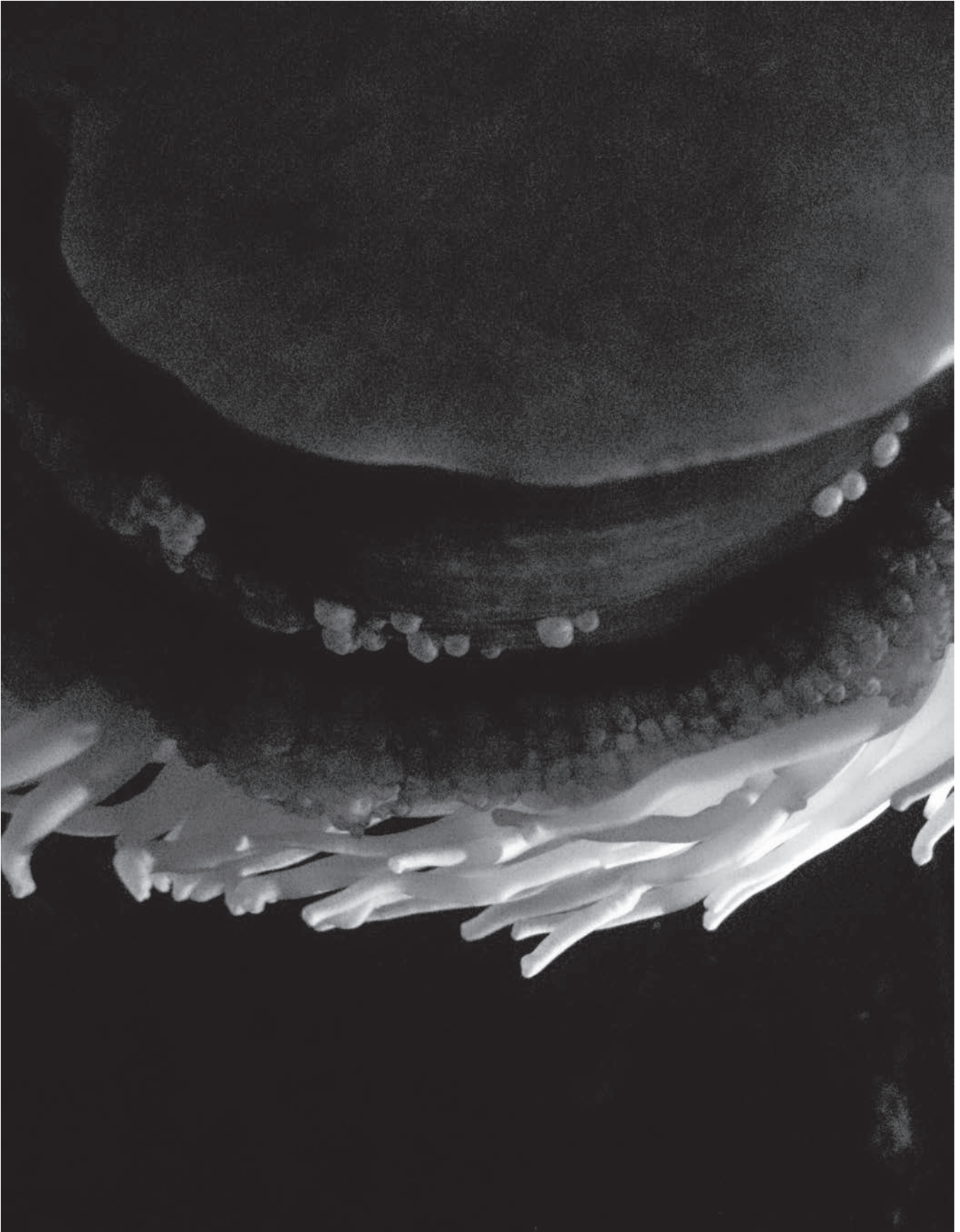
2 Carl Beijers: *The Sanders Plan Can Work. Warren's Can't.*, online unter: www.jacobinmag.com

3 Paul Blumenthal, Alexander C. Kaufman: *House Climate Panel Democrats got nearly \$200,000 in Fossil Fuel Industry Donations*, online unter: www.motherjones.com

4 Eric Bonse: *Von der Leyens Green New Deal – Nicht alle an Bord*, online unter: www.taz.de

5 Shamus Cooke: *Will A Green New Deal Save the Climate, or Save Capitalism?*, online unter: www.counterpunch.org

6 Tomasz Konicz: *Kann ein Green New Deal den Klimawandel aufhalten?*, online unter: www.akweb.de



WIE WENN NICHT WIDERSPRÜCHLICH?

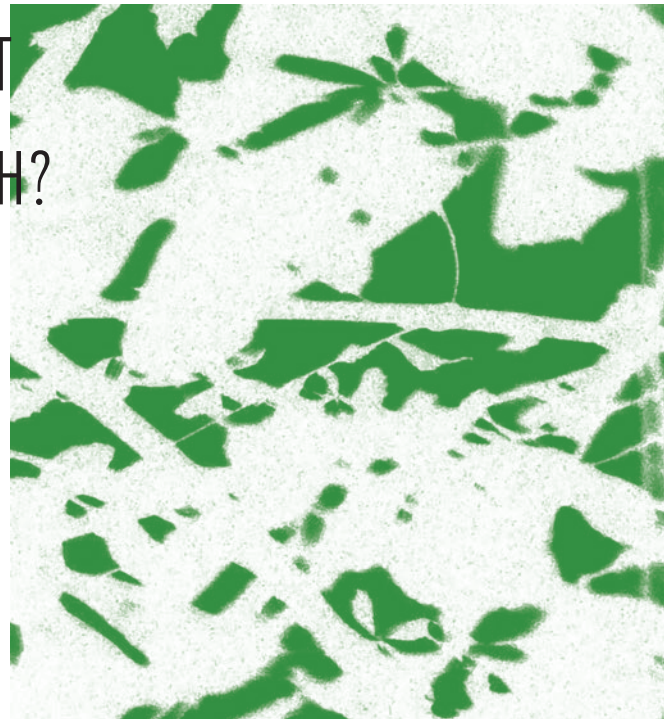
**Thomas
Zimmermann**

Das Extinction Rebellion Handbuch gibt Aufschluss über die verschiedenen Denkansätze, von denen die Bewegung beseelt ist.

2018 in Großbritannien gegründet, hat die Umweltbewegung Extinction Rebellion vor allem im vergangenen Jahr mit einer Reihe zum Teil theatralischer Aktionen und insbesondere mit Blockaden von Verkehrsknotenpunkten auf sich und darüber auf die Klimakrise aufmerksam gemacht. Im Vorfeld ihrer Aktionswochen im Oktober 2019 ist bei Fischer unter dem Titel *Wann wenn nicht wir** ein Extinction Rebellion Handbuch erschienen. Was mit diesem Band vorliegt, ist eine Sammlung verschiedener und sich zum Teil widersprechender Vorstellungen und Ansätze – was einer Bewegung, die sich betont multiperspektivisch gibt, jedoch nicht wirklich zum Vorwurf gemacht werden kann. Nichtsdestotrotz kann es interessant sein, einige dieser Widersprüche nachzuvollziehen.

Auffällig ist zunächst, wie sich die Bewegung davor hütet, sich selbst als »links« zu bezeichnen. Zwar gilt dasselbe auch für das politische Label »rechts« – womit sie sich genau genommen, wie vor ihnen schon die Bewegung der Gilets Jaunes in Frankreich, von der Links-Rechts-Dichotomie als solcher zu distanzieren versucht. Allerdings ist die Zurückweisung der Kategorie »rechts« insofern von geringerer Bedeutung, als niemand vom Programm oder Auftreten von Extinction Rebellion darauf schließen würde, dass es sich um einen rechten Mob handeln müsse. Bei der Beueuerung, nicht links zu sein, handelt es sich wohl am ehesten um eine strategische Vorsichtsmaßnahme, die verhindern soll, dass Menschen, die sich vom Label »links« abgeschreckt fühlen, aus diesem Grund den Protesten fernbleiben. Personen wiederum, die sich von einer demonstrativen Nicht-Abgrenzung zum Label »rechts« abgeschreckt fühlen, seien jedoch an dieser Stelle beruhigt: im Großen und Ganzen beziehen sich zumindest die Beiträge des Extinction Rebellion Handbuchs, wenn auch oftmals unausgesprochen, auf Traditionen proletarischer und indigener, antirassistischer und antikolonialer sowie feministischer Bewegungen.

Wenn die Umweltrechtlerin Farhana Yamin in ihrem Beitrag von der Notwendigkeit spricht, »dass alle sich zusammenschließen – Linke, Rechte und jede politische Couleur dazwischen«, so verlangt dieser Zusammenschluss in Anbetracht der Programmatik von Extinction Rebellion zwar von Rechten, dass sie aufhören, Rechte zu sein, nicht aber von Linken, dass sie aufhören, Linke zu sein. So müssen »Leugner des Klimawandels« – ihres Zeichens zumeist Rechte – natürlich damit aufhören, den Klimawandel zu leugnen, wenn sie sich ihm stellen wollen. Ganz zu schweigen von der Überwindung, die es sie kosten dürfte, den »Kampf für Klimagerechtigkeit« als einen »Kampf gegen Rassismus und für Genderngleichstellung sowie sexuelle und wirtschaftliche Gleichberechtigung« zu begreifen.



Mohamed Nasheed, der bis zu einem Putsch der Polizei im Jahr 2012 als Staatspräsident der Malediven amtierte und heute in Großbritannien im Exil lebt, mahnt in seinem Beitrag, dieser Kampf dürfe außerdem »nicht als ein Kampf zwischen der arbeitenden Bevölkerung und der Rettung des Planeten« gedeutet und gestaltet werden. Nicht nur wäre ein zu Ungunsten von Arbeiter_innen durchgesetzter Klimaschutz Nasheed zufolge ungerecht – vielmehr sei er ohne ihre aktive Unterstützung überhaupt nicht zu erreichen. Erst wenn die Klimabewegung »Hand in Hand mit den Bergleuten und Erdölarbeiterinnen durch die Straßen ziehen« könnte, würde es der extraktiven Industrie samt den auf sie gestützten Autokratien an den Kragen gehen. Um dieses Bündnis zu schmieden, müsste die Bewegung jedoch Sorge dafür tragen, dass diese Arbeiter_innen »als erste von der neuen, sauberen Wirtschaft profitieren«.

Neben dieserart offenen Bekenntnissen zur Arbeiter_innenbewegung findet sich in dem Beitrag von Nasheed auch noch eine unterschwellige, womöglich sogar unbeabsichtigte Variation auf ein Motiv auch ihres theoretischen Erbes: So wie es bei Marx das Proletariat ist, das, weil die gesamte Gesellschaft auf ihm lastet, sich nur selbst befreien kann, indem es auch die gesamte Gesellschaft revolutioniert, so ist es nämlich bei Nasheed die Bevölkerung der Malediven, die sich selbst nur retten kann, indem sie die ganze Welt rettet – schließlich liegt der höchste Punkt des Inselarchipels nur 1,80 Meter über dem Meeresspiegel: »Wir können als Nation nur überleben, wenn wir auch als Planet überleben.«

Unbewusst bleibt dieses Erbe auch da, wo es eigentlich auf der Hand liegen sollte. So skizziert die Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth in ihrem Beitrag drei Herausforderungen, denen sich der Kampf gegen den Klimawandel auf Gebiet der Ökonomie zu stellen habe: erstens den Übergang von einer »degenerativen« zu einer »regenerativen« Wirtschaftsordnung, zweitens die Ablösung des Wirtschaftens vom Paradigma des Wachstums und drittens die Überwindung der »spaltenden« zugunsten einer »distributiven Ökonomie«. Dabei kritisiert sie zu recht »die Fokussierung des vorigen Jahrhunderts auf eine [blöße] Einkommensverteilung« und preist es als die »erstmalig in der Menschheitsgeschichte bestehende« Chance des 21. Jahrhunderts an, »die Quellen des Wertschöpfungs vorab zu verteilen« – als hätte der Marxismus nicht die vergangenen 150 Jahre

für eine »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« gestritten. Im Bewusstsein der immanenten Komik des Unterfangens, über das Urheberrecht an der Forderung nach Vergesellschaftung zu streiten, sei ihnen dieser Punkt jedoch hiermit geschenkt.

In welchem Maße die »spaltende Ökonomie« des Kapitalismus nicht einfach nur den Reichtum ungleich verteilt, sondern, indem sie das tat, auch tatsächlich die Welt in zwei gespalten hat, offenbart der Beitrag des Medientheoretikers Douglas Rushkoff. Darin berichtet er, wie er einmal auf ein Luxusanwesen eingeladen wurde, um zum Thema »Zukunft der Technologie« zu sprechen, sich dann aber in der Situation wiederfand, fünf extrem reiche Hedgefonds-Manager in Fragen der herannahenden Klimakatastrophe zu beraten. Und zwar zeigen Rushkoffs Ausführungen, dass sich ihnen diese Problematik durchaus anders darstellt als etwa der Bevölkerung der Malediven. Sie denken nämlich nicht etwa darüber nach, wie sie ihr vieles Geld am besten einsetzen können, um die Katastrophe noch abzuwenden – vielmehr interessiert sie, wie sie sich am besten gegen sie abschirmen und ihren luxuriösen Lebensstil aufrecht erhalten können, während der Rest der Menschheit im postapokalyptischen Chaos versinkt. Daran schließt sich für sie wiederum die Frage an, wie sie sich der Loyalität der »bewaffneten Wachleute« versichern können, die sie zweifellos benötigen werden, um ihre Anwesen gegen den »wütenden Mob« der Elenden zu schützen, der ihnen ihr Leben im Überfluss missgönnt. Sie denken dabei etwa daran, die Wachen »mit irgendeiner Art von disziplinierendem Halsband auszustatten« – soviel zum Thema »Zukunft der Technologie«. Rushkoff jedoch empfiehlt ihnen: »Am besten wäre es, sie würden diese Leute schon jetzt wirklich gut behandeln. Sie sollten mit ihren Sicherheitskräften umgehen, als gehörten sie zu ihrer eigenen Familie.« Ein Vorschlag, mit dem die fünf Hedgefonds-Manager selbstredend nicht viel anzufangen wissen.

Bei der Fraternisierung mit bewaffneten Sicherheitskräften handelt es sich um ein immer wiederkehrendes Motiv bei Extinction Rebellion. Insbesondere das Argument, dass offene Konfrontation mit der Polizei nicht zielführend sei, kommt in einer Vielzahl verschiedener Ausführungen vor, die mal mehr, mal weniger wasserdicht sind. Einen der triftigeren Punkte bildet etwa der Verweis auf die Pariser Kommune, die wohl nie zustande gekommen wäre, wenn sich die am Morgen des 18. März 1871 mit der Entwaffnung der aufständischen Bevölkerung beauftragten Soldaten nicht stattdessen mit ihr verbündet hätten. Allerdings gerät dieses Argument auf Abwege, wenn es etwa die Autorin Jay Griffiths in ihrem Beitrag so darstellt, als wäre das in ihrer Erfahrung milde Vorgehen der Polizei gegenüber Aktivist_innen von Extinction Rebellion selbst schon ein Zeichen für die Zukunftsträchtigkeit der Bewegung. Daraus, dass sie ein Polizist bei ihrer Entlassung aus dem Polizeigewahrsam mit den Worten »Gott schütze Sie. Und viel Glück.« verabschiedet, schließt sie kurzerhand: »Das ist gute Rebellion.« Eine gewagte Konklusion. Denn wenn das zuträfe, so wären in Anbetracht der bekannten Milde der Polizei gegenüber rechten Demonstrationen und mal heimlicher, mal offenkundiger Kameradschaft so mancher Polizeibeamter mit so manchen Vaterlandsverrückten auch deren Aktionen als »gute Rebellionen« zu bewerten. Demgegenüber sollten wir darauf bestehen, dass das Urteil über den emanzipatorischen Gehalt einer jeden Bewegung stets immanent an deren Aussagen und Aktionen bemessen und keinesfalls der Polizei überlassen werden sollte.

Aber es geht auch noch abwegiger: Eva Ebenhöf – ihres Zeichens Trainerin für gewaltfreie Kommunikation – spricht sich in ihrem Beitrag dafür aus, »die Logik des Gegeneinanders zu verlassen und in eine Logik des Miteinanders einzutreten« und wählt dafür folgendes Beispiel: »Während die Polizistinnen dich wegtragen, bist du mit dem guten Grund für unseren Protest ebenso verbunden wie mit der Wertschätzung für Polizistinnen,

die ebenfalls gute Gründe für ihr Handeln haben, um für etwas zu sorgen, was ihnen wichtig ist – also was sie als ihre Pflicht betrachten.« Während Griffith den Anspruch, über richtig und falsch zu entscheiden, bereitwillig der Polizei überantwortet, gibt Ebenhöf ihn also rundheraus auf – offenbar ohne zu begreifen, dass ihre Logik, konsequent durchgeführt, die Grundannahme und -motivation von Extinction Rebellion aushebeln würde: Schließlich mögen, so gesehen, auch die Bosse in der extraktiven Wirtschaft und die auf Erdöl gestützten Autokraten ihre »guten Gründe« dafür haben, dass sie die Welt in Schutt und Asche legen.

Glücklicherweise kann man feststellen, dass sich bei Extinction Rebellion wenigstens jene die Kontrolle über ihre Urteilskraft vorbehalten, für deren Arbeit sie unabdingbar ist. So beginnt das Rechtsteam von Extinction Rebellion seinen Beitrag mit den deutlichen Worten: »Extinction Rebellion ist klar, dass die Polizei weiterhin strukturell rassistisch, ungerecht und gewalttätig ist, vor allem gegenüber unterdrückten Gruppen. Solche diskriminierenden Praktiken lehnen wir rundweg ab.« Auch stellt es in seinem Beitrag klar, dass der Verzicht auf Provokationen gegenüber der Polizei der strategischen Annahme geschuldet ist, damit möglichst vielen Menschen die Teilnahme an den Aktionen und Demonstrationen zu ermöglichen und deren möglichst ungestörte Durchführung zu gewährleisten. Über die tatsächlich gefühlte oder auch nur gespielte Sympathie gegenüber der Polizei sei jedoch nicht zu vergessen, dass man ihr nie Vertrauen schenken oder »Informationen über die Bewegung oder einzelne Teilnehmerinnen geben« dürfe, sondern stets »freundlich aber bestimmt vom Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen« sollte.

Wie bei wahrscheinlich jeder Bewegung gibt es also auch bei Extinction Rebellion sowohl vernünftiger als auch weniger vernünftige Leute. Indem es diese wie jene zu Wort kommen lässt, ist das Extinction Rebellion Handbuch, wenn auch nicht immer aufschlussreich für das eigene Denken, so doch in jedem Fall informativ in Hinblick auf eine realistische Einschätzung der verschiedenen Richtungen und Widersprüche, die in der Bewegung am Wirken sind. Bleibt zu hoffen, dass sie sich auf die richtige und nicht auf die falsche Weise lösen.

REFROT

zum Kampf





zum Kampf

DIE GEBURT DES KAPITALISMUS AUS DEM GEISTE DES »STARKEN MANNES«

Kesire Xelef

Das theoretische Hauptwerk von Abdullah Öcalan gewährt Einblick in die zugrundeliegende (Geschichts-)philosophie des in Rojava praktizierten Demokratischen Konföderalismus.

21 Mit dem Einmarsch der türkischen Armee und ihrem Fußvolk jihadistischer Milizionäre in Rojava wurde die sogenannte »Kurdfrage« in all ihrer Brutalität wieder auf die politische Welttagesordnung gesetzt. Die internationale Solidarität mit den Kurdinnen erwächst allerdings nicht nur aufgrund ihrer rassistischen Unterdrückung. Denn der von Abdullah Öcalan entworfene und unter den widrigen Bedingungen des Bürgerkriegs in Nordsyrien realisierte Demokratische Konföderalismus beansprucht keineswegs nur die falsch gestellte »Kurdfrage« zu lösen, sondern zugleich die der allgemeinen Emanzipation der Menschheit. Dabei ist der Demokratische Konföderalismus, der die instrumentelle Logik von Mittel und Zweck zurückweist, gleichzeitig Form und Inhalt der Emanzipation. Nah- und Fernziel der Befreiung greifen in vier Paradigmen unauflöslich ineinander: Basisdemokratie, Kommunismus, Feminismus und Ökologie.

Mit diesem ambitionierten und umfassenden Entwurf einer befreiten Gesellschaft gilt es sich eingehend auseinanderzusetzen. Einerseits, weil er in Rojava bereits den Schritt von der Idee zur Wirklichkeit gegangen ist, wenngleich eben diese gerade in den Territorialkämpfen der Großmächte ausgelöscht zu werden droht. Andererseits, weil es der gedanken- und fantasielosen westlichen Linken an Entwürfen mangelt, die das abstrakte »eine andere Welt ist möglich« konkretisieren, ohne sich in einer kleinteiligen Realpolitik zu erschöpfen, für die sich außer Bürokraten niemand erwärmen mag.

Allerdings steht hinter dem *politischen* Entwurf des Demokratischen Konföderalismus ein viel umfassenderer *philosophischer* Ansatz. Denn Öcalan hat seit seiner Inhaftierung im Jahr 1999 ein beachtliches philosophisch-politisches Werk geschaffen. Dessen theoretisch ambitioniertester Teil – man könnte auch sagen Öcalans *opus magnum* – trägt den Titel *Manifest der demokratischen Zivilisation*. Der Titel führt in die Irre, denn hier liegt kein Manifest vor, sondern ein fünfbändiges Werk der Philosophie, welches inspiriert vom Historischen Materialismus und Walter Benjamins Geschichtsphilosophie die Geschichte der menschlichen Zivilisation von ihren mesopotamischen Anfängen bis heute gegen den Strich bürstet, um der Entstehung der staatlich-kapitalistischen Herrschaft an die Wurzel zu gehen und jene Momente freizulegen, die ihr bis heute zu widerstehen vermochten.

Von diesem Werk ist inzwischen bereits der zweite Band *Die kapitalistische Zivilisation – Unmaskierte Götter und nackte Könige* auf Deutsch erschienen – und zwar bei Unrast anstatt im

Mezopotamien-Verlag, der nämlich im Februar 2019 auf Geheiß des selbsternannten Heimatministers Horst Seehofer aufgrund vermeintlicher Verbindungen zur PKK und d.h. zur Freude des autoritären Regimes in der Türkei verboten wurde. Die deutsche Schützenhilfe für die rassistische Lösung der »Kurdfrage« beschränkt sich also nicht allein auf millionenschwere Waffenlieferungen und öffentlichkeitswirksames Stillhalten auf der weltpolitischen Bühne, sondern ergeht sich darüberhinaus in der absurden Zensur eines gesamten Verlagsprogramms, die unterschiedlos Kinder-, Sach- und Wörterbücher, Romane, Musik und politisch-philosophische Schriften unter Terrorverdacht stellt – darunter auch das Werk von Öcalan. Dessen Kerngedanke – aus dem wie bei jeder erstzunehmenden Philosophie ein Weltbegriff erwächst – ist zu größter Kürze konzentrierbar: »Kapitalismus ist nicht Wirtschaft, sondern Herrschaft.« (S. 150)

Diese Formel enthält bereits das dialektische Verhältnis kritischer Treue zum Historischen Materialismus von Marx und Engels. Laut Öcalan barg der Marxismus den fatalen Mangel, das Kapital allein als ökonomisches Ausbeutungsverhältnis zu fassen und gegenüber den Kategorien von Macht, Herrschaft und Staat einen blinden Fleck zu lassen. So konnte der Staat als Mittel, das die Ausbeutung abschaffen könnte, missverstanden werden. Das Scheitern des Staatssozialismus an sich selbst war in der Folge unausweichlich. Aus der Erfahrung des Scheiterns der kommunistischen wie der nationalen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts heraus will Öcalan ihren blinden Fleck erhellen, um eine Wiederholung dieses Scheiterns in künftigen Befreiungsversuchen zu vermeiden. Das impliziert für ihn die Auflösung der Fixierung auf die politische Ökonomie zugunsten eines Ansatzes, der die Gesamtheit der Macht- und Herrschaftsformen der kapitalistischen Moderne in den Blick bekommt.

Inspiziert vor allem von Adornos und Horkheimers Ansatz aus der *Dialektik der Aufklärung* verfolgt Öcalan die Urformen der kapitalistischen Moderne bis zu den Ursprüngen der menschlichen Zivilisation. Die elementare Kategorie der Kritik, aus der er die je spezifischen, historischen Herrschaftsformen ableitet, bildet dabei nicht mehr die Ware, sondern der »starke Mann«. Der »starke Mann« ist das an dem Übergang vom Matriarchat zum Patriarchat lokalisierte Prinzip der Naturbeherrschung, das jene Dialektik der Aufklärung lostrat, die in der aufgeklärten Barbarei der Moderne ihren Kulminationspunkt gefunden hat. Aus dieser Kategorie entfaltet Öcalan historisch wie logisch die maßgeblichen Formen gewaltsamer Herrschaft und Ausbeutung. In Form einer ersten ursprünglichen Akkumulation unterwirft sich der »starke Mann« die Frau, reduziert sie auf Sexual- und Reproduktionsfunktionen und eignet sich die vorher um sie gruppierte gesellschaftliche Akkumulation an. Die Natur geriet analog zur Frau zu einem ausschließlich auszubeutenden und mit Vernunft und Technik, nicht Magie, zu beherrschenden Gegenstand. Generell ist die Kategorie des »starken Mannes« nicht so sehr an das biologische Geschlecht gebunden, als vielmehr auf diese Art ausbeuterischen Weltbezugs und herrschaftlicher Lebensweise bezogen, der letztlich jeder Mensch anheim fallen kann. Mit Marx ließe sich sagen, dass es sich beim »starken Mann« also nicht um einen Wesenszug, sondern um eine »Charaktermaske« handelt.

Mit der Aufrichtung göttlicher Vaterfiguren, die als Schöpfer und Beherrscher der Welt inthronisiert wurden, gelangte die Spaltung der Gesellschaft in Herrscher und Beherrschte zu ihrer religiösen Sanktionierung. Gleichzeitig institutionalisiert sich erstmals im sumerischen Priesterstaat um den Tempel herum nicht nur die ideelle, sondern auch die materielle Herrschaft und Abschöpfung des Mehrproduktes. »Wenn wir den Tempel als ersten Prototypen, als Gebärmutter der Stadt, des Staates und der Klassen bezeichnen, haben wir damit die Systematik der gesamten Zivilisation in eine Formel gegossen.« (S. 144) Für Öcalan stellt die in Europa entsprungene kapitalistische Moderne nur eine Radikalisierung dieser Herrschaftselemente dar, die sich bereits in den ersten mesopotamischen Staaten konzentrierten. Das Zusammenspiel von brutaler Kolonisierung und Plünderung, Ausdehnung des Handels zum Welthandel, Entstehung der modernen Nationalstaaten, Industrialisierung und Weiterentwicklung der analytischen Intelligenz zu Positivismus und Rationalismus lässt schließlich aus der staatlichen Zivilisation die heute global herrschende kapitalistische Moderne entspringen. Den Kapitalismus konzipiert Öcalan nicht als Wirtschaftsform, sondern als deren Gegenteil: die Ausplünderung der Gesellschaft insbesondere durch staatliche Macht- und Gewaltmittel. Die Befreiung vom Kapitalismus kann sich Öcalan zufolge daher nicht vollziehen, ohne alle seine Herrschaftsformen, insbesondere aber den Staat zu überwinden. Als Negation der vom »starken Mann« ausgehenden Herrschaft umfasst sie vier Paradigmen: nicht-staatliche Basisdemokratie, Befreiung der Frau, Aufhebung der Klassenspaltung (Kommunismus) und Abkehr von der Naturbeherrschung. Dieser Befreiung springt allerdings keine objektive Entwicklung der Produktivkräfte mehr helfend zur Seite, auf deren sprengende Wirkung man vertrauen könnte, wie es beispielsweise die Freunde des Akzelerationismus tun. Die Revolutionärinnen sind letztlich ganz auf ihren Zusammenschluss und ihre kritische Einbildungskraft angewiesen. Denn selbst die bisherige Konzeption der Revolution als »Ergreifung der Macht« oder »Erlangung der Hegemonie« sowie die ihnen entsprechenden Mittel erwiesen sich als unbrauchbar, weil sie dem Paradigma des »starken Mannes« in der Wahl ihrer Waffen verhaftet blieben und so dessen Herrschaft nur in anderer Form erneuerten.

Auch gegen überstürztes und blindes Handeln, das als Alarmismus gerade in der ökologischen Linken grassiert, wendet sich Öcalan. Selbst wenn »das System an sein Ende gelangt« ist und nur noch Katastrophen in Form der ökologischen Krise, dauerhaftem Bürgerkrieg und daraus resultierenden massenhaften Fluchtbewegungen produziert, müssen »wir beim Aufbau der Gesellschaftlichkeit besonders sorgfältig vorgehen«. (S. 35) Die Gefahr, durch Ausfälle von Analyse, Reflexion und Einbildungskraft das Alte einfach zu reproduzieren, ist zu groß – denn der bloße Untergang des Kapitals bedeutet keinesfalls automatisch die befreite Gesellschaft.

Was dem Staat und dem Kapital widersteht und einen Ausweg aus ihrer Ordnung von Herrschaft und Plünderung zu weisen vermag, nennt Öcalan die »demokratische Zivilisation«. Für ihn stehen »die Gesellschaft«, »die Demokratie« (und übrigens auch »die Wirtschaft«) »als ein völlig anderes System der staatlichen Zivilisation gegenüber – ja der Kampf zwischen Staat und Demokratie bildet den »Hauptwiderspruch, der im Innern aller Gesellschaften existiert.« Dabei bleibt die Demokratie in diesem Band – verständlicherweise, denn sie ist nicht sein Gegenstand – stark unterbestimmt. Letztlich ist es die Selbstverwaltung der »kommunalen Ordnung«, die die Demokratie vor allen Formalismen wie etwa Wahlen auszeichnet: »Die Demokratie [...] schlägt vor oder gewährleistet, dass diese gemeinsamen Angelegenheiten von der Gesellschaft selbst erledigt werden. Das ist der grundlegende Unterschied zwischen staatlicher Zivilisation und demokratischer Zivilisation.« (S. 358)

Was mit Öcalans *Manifest der demokratischen Zivilisation* vorliegt, ist nichts weniger als ein *systematischer* philosophisch-politischer Entwurf der Befreiung. Dies macht seinen schlagenden Vorteil gegenüber fast allen aktuellen linken Ansätzen aus. Denn diese bestehen, ob in Praxis oder Theorie, zumeist in entweder nur disparat oder gleich gar nicht zusammenhängenden Versatzstücken. Isoliert voneinander oder dürftig in Bündnissen zusammen geschlossen, wurschtelt jedes Grüppchen in seinem Themenfeld vor sich hin und glänzt meist durch Ideen- und Phantasielosigkeit. Diesem Elend der Linken auf allen Ebenen begegnet Öcalan mit einem Ansatz, der in kategorialer Weise all diese verstreuten Elemente des Kampfes – von der Ökologie über den Feminismus und Antifaschismus sowie die Selbstverwaltung bis hin zu Fragen der Geschichtsschreibung, Staatskritik, Kulturindustrie und letztlich sogar der Metaphysik – zusammen bindet, die vergangenen Befreiungsversuche einer Kritik unterzieht und so einen neuen Blick auf die zu bewältigende Aufgabe der Befreiung ermöglicht. Was Öcalan damit gleichzeitig gesetzt hat, ist der Imperativ, dass sich jeder Befreiungsversuch auf das Niveau eines solch umfassenden Ansatzes erheben muss, wenn er nicht zum Scheitern verurteilt sein will.

Das bedeutet auch, dass sich sämtliche Kritiken, die an seinem Ansatz zu formulieren sind – und derer gibt es nicht wenige – ebenfalls auf dieses Niveau erheben müssen. So zieht sich, um nur die größte und gefährlichste Unzulänglichkeit zu nennen, ein struktureller, wenn auch nicht expliziter Antisemitismus durch das gesamte Werk. Zwar tritt Öcalan etwas gönnerhaft »entschieden für einen Platz der Juden im Mittleren Osten« ein. (S. 258) Allerdings erklärt er gleichzeitig rundheraus, die Jüdinnen seien quasi selbst am Holocaust schuld, da sie den Nationalismus in und über die Welt gebracht hätten – quasi eine linke Spiegelverkehrung des antisemitischen Wahns von der jüdisch-kosmopolitischen Weltverschwörung *gegen* die einzelnen Nationalstaaten: »Der jüdische Nationalismus ist nicht der Nationalismus einer kleinen Nation, er ist der Weltnationalismus, der Urahn aller Nationalismen und Nationalstaaten. Tragischerweise wurden die Juden sein größtes Opfer, das in der Weltgeschichte unvergleichbar ist.« (S. 256) Dergleichen strukturell antisemitische Motive sollten jedoch nicht zum Anlass genommen werden, das gesamte Werk zu disqualifizieren. Vielmehr muss mit ihnen auf dieselbe Weise verfahren werden, in der Öcalan selbst mit den linken Altlasten des Etatismus, Ökonomismus und Machismus umgeht – nämlich indem man die Fehler des emanzipatorischen Projekts beseitigt, dessen universelle Ambition jedoch aufnimmt und fortschreibt. Öcalans eigene Fortschreibung seines Projekts, der dritte Band des *Manifests der Demokratischen Zivilisation*, ist unter dem Titel *Soziologie der Freiheit* für März 2020 angekündigt.

Abdullah Öcalan: *Manifest der demokratischen Zivilisation* – Bd. II: *Die Kapitalistische Zivilisation – Unmaskierte Götter und nackte Könige.*

Unrast Verlag. 384 Seiten, 18 Euro.

WELCHE FREIHEIT FÜR HONGKONG?

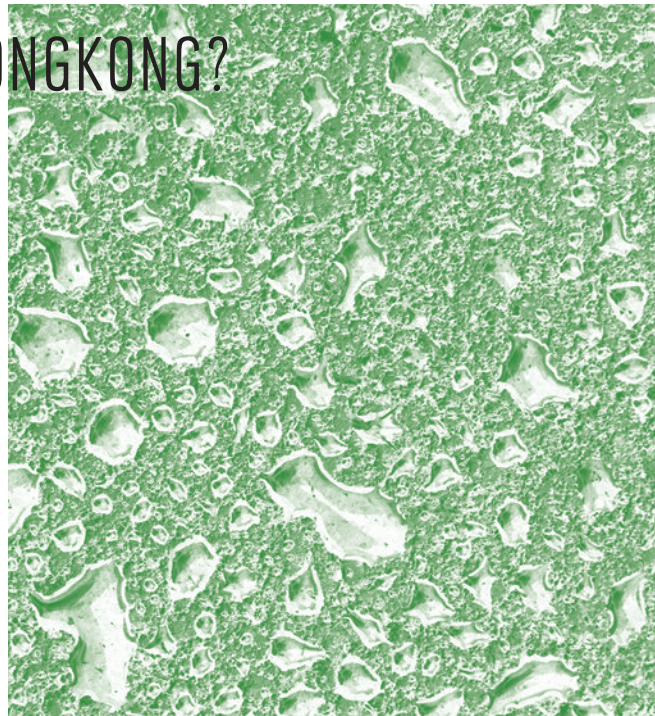
Marie
Funke

Die Menschen in Hongkong kämpfen für mehr Demokratie, die Jugend politisiert sich, auch die Universitäten spielen eine tragende Rolle. Doch suchen sich die Protestierenden im Westen die falschen Freunde? Ein Bericht aus dem Herzen eines Systemkonflikts.

»When dictatorship becomes truth, revolution becomes duty.« Man könnte sich leicht über diesen etwas pathetisch daherkommenden Satz mokieren, der sich wie ein Mantra in schwarzer Farbe in die Hauswände und Gehwege Hongkongs eingeschrieben hat. Ein autorloses Zitat, das auf dem Weg zur Lohnarbeit oder in die Schule die Passant_innen aus ihrem durchgetakteten Alltag in einer gehetzten Millionenstadt reißen soll. Doch der Alltag in Hongkong verläuft schon längst nicht mehr in seinen gewohnten Bahnen. Er ist gewissermaßen entgleist – wie ein Zug der MTR, Hongkongs Hauptverkehrsmittel – und wird zerrissen von den mittlerweile täglich stattfindenden Tränengas-Einsätzen. Die Frustration der Zivilbevölkerung, die weiterhin irgendwie versucht, das eigene Leben zu bestreiten, wächst.

Seit mittlerweile fünf Monaten befindet sich die Stadt in einem Ausnahmezustand. Wen kümmert da schon der eine oder andere simplifizierende und revolutionsromantische Ton in der Flut von Plakaten, Graffiti und Post-Its, die an allen Enden der Sieben-Millionen-Metropole in den sogenannten *Lennon-Walls* kulminieren. Visuelle Monumente der Wut gegenüber Regierung und Polizeigewalt. Begonnen hatte alles Anfang Juni 2019 mit den ersten friedlichen Protesten gegen die sogenannte *Extradition Bill* (dt.: Auslieferungsabkommen). Der exzessive Einsatz von Tränengas gegen die Bevölkerung in den darauffolgenden Tagen rief schließlich am 16. Juni mit über eine Million Teilnehmer_innen die größten Demonstrationen in Hongkongs Geschichte hervor. Bei dem Versuch einer Erklärung der andauernden Demokratiebewegung darf der Kontext der von Fremdbestimmung geprägten Stadtgeschichte nicht vernachlässigt werden. Eine Wiedergabe der über ein Jahrhundert andauernden Kolonialgeschichte und des anschließenden diplomatischen Drahtseilakts der Rückgabe Hongkongs an China kann hier nur unvollständig vorgenommen werden – daher der Versuch, sich im Folgenden auf das Wesentliche zu beschränken.

Der Gesetzesvorschlag der *Extradition Bill* sah die Implementierung eines rechtlichen Kanals vor, durch den Menschen, die sich auf dem Gebiet Hongkongs befinden und gegen die ein Tatverdacht bzw. ein Strafbefehl besteht, neben Taiwan und Macau auch an die Volksrepublik China ausgeliefert werden können. Diese Möglichkeit ist in der bestehenden Gesetzeslage nicht vorgesehen. Als Hongkong 1997 vom Vereinigten Königreich nach über 150 Jahren der Kolonialherrschaft und langen Verhandlungen unter Margaret Thatcher an China zurückgegeben wurde, wurde die Stadt zu einer Sonderverwaltungszone (*Special Administrative Region / SAR*). Dieser Sonderstatus gilt für



fünfzig Jahre und läuft somit 2047 aus. Ob es danach eine vollständige Angliederung Hongkongs an die Volksrepublik geben wird, bleibt ungeklärt. Zentraler Bestandteil des Abkommens zwischen Großbritannien und China sind die Sonderrechte und Regelungen, festgehalten im *Basic Law* und zusammengefasst in der Formel »one country, two systems«, welches dem Gebiet Hongkong diverse Autonomierechte gegenüber der Volksrepublik zusichert. Dazu gehören unter anderem die für Hongkong als globales Finanzzentrum wichtige Autonomie in Zoll- und Steuerfragen – d.h. die Absicherung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems – als auch Freiheitsrechte wie Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit. Universelles Wahlrecht ist jedoch nicht gewährleistet, da das höchste politische Amt der *Chief Executive* (zurzeit Carrie Lam) formal von der Regierung der Volksrepublik Chinas ernannt wird und auch das *Legislative Council* nur zu einem Teil direkt demokratisch von der Bevölkerung Hongkongs gewählt wird.

Der Gesetzesvorschlag der *Extradition Bill* bedeutete in den Augen vieler Hongkonger_innen eine direkte Gefährdung der durch »one country, two systems« gewährleisteten Autonomierechte Hongkongs. Insbesondere die Gewährleistung der Freiheitsrechte wird von vielen Hongkonger_innen zunehmend mit Sorge betrachtet und durch die Einflussnahme Chinas als akut gefährdet angesehen. Dieser Verdacht ist nicht unbegründet, wie Gesetzesänderungsvorschläge der Volksrepublik bezüglich des Wahlsystems Hongkongs aus der Vergangenheit zeigen. Diese führten bereits 2014 zu Massenprotesten, die als *Umbrella Revolution* oder auch als Hongkongs Regenschirm-Bewegung bekannt geworden sind. Konkreten Argwohn gegenüber dem Vorschlag des Auslieferungsabkommen weckten zudem Vorfälle im Jahr 2015, als fünf Hongkonger Verleger auf dem Gebiet Hongkongs und im nahen Ausland verschwanden, nach dem sie China- und Parteikritische Publikationen veröffentlicht hatten. Nicht zu vernachlässigen ist in diesem Zusammenhang allerdings auch das Interesse der wirtschaftlichen Elite Hongkongs, den Status der Stadt als Steueroase und Zufluchtsort für aus China fliehende Wirtschaftskriminelle zu erhalten.

Die Proteste der letzten Monate sind also nicht nur als unmittelbare Reaktion auf einen Gesetzesvorschlag zu verstehen, der die potentielle Beschneidung einer lauten China-kritischen Opposition bedeuten könnte und die wirtschaftliche Interessen der

Elite Hongkongs gefährden würde, sondern sie müssen auch vor dem Hintergrund einer Stadt eingeordnet werden, deren Bevölkerung seit Generationen fremdbestimmt wird. Eine Stadt, deren Identität sich über eine deutliche Abgrenzung zum Festland Chinas formuliert. »Hongkong ist nicht China«, tönt es aus tausenden Mündern.¹

ZWISCHEN HIGH-SPEED-INTERNET UND GELEBTER SOLIDARITÄT

Wie schafft es eine Bewegung ohne Anführer_innen, sich über Monate hinweg zu organisieren, internationale Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und wöchentlich Millionen von Menschen zu mobilisieren? Eine stabile Internetverbindung ist der erste Schlüssel zur Teilhabe an Hongkongs Protesten. Die junge Generation der Stadt zeigt eindrucksvoll, wie sich ihre Internetaffinität an die Bedürfnisse einer Bewegung anpassen lässt, die nach dem Motto *be like water* durch die Spontaneität der Aktionen und die Anonymität ihrer Teilnehmer_innen agiert. Das Individuum verschwindet in der Masse, wie ein Tropfen im Ozean oder ein weiterer Account im Reddit Demo-Thread. Ohne die Kommunikation über den Telegram-Messenger, Twitter und Portale wie LIHKG wäre die Organisation der schieren Masse an Menschen wohl kaum möglich. Das Internet ermöglicht in Hongkongs Protesten eine neue virtuelle Form der Teilhabe an Entscheidungsprozessen und den Zugang zu Informationen in Echtzeit. Die tägliche Informationsflut ist dabei ebenso beeindruckend wie erdrückend. In Telegram-Kanälen mit über 25.000 Mitgliedern werden im Minutentakt Updates aus allen Teilen der Stadt veröffentlicht, während Livestreams ermöglichen, das aktuelle Geschehen von Zuhause, auf der Arbeit oder aus dem Hörsaal mitzuverfolgen. Live-Karten der Stadt unterfüttern die Informationslage zudem mit einer Übersicht zu Straßenblockaden, Tränengaseinsatz oder hoher Polizeikonzentration. Ein wichtiger Teil der täglichen Arbeit, die die Bewegung am Leben erhält, ist daher der Einsatz von hunderten Freiwilligen, die vierundzwanzig Stunden am Tag als Administrator_innen die neusten Demonstrationsaufrufe verbreiten, minutiös die Ereignisse des letzten Tages dokumentieren, Livestreams produzieren und die Standortkarten aktualisieren. Die Ausstattung mit einem internetfähigen Handy gehört so ganz selbstverständlich zum Demo-Einmaleins.

Neben dem Zugang zu einer stabilen Internetverbindung ist es aber vor allem die große Unterstützung in der Bevölkerung, welche die Proteste wie auf einer Welle unermüdlich gen der Sechs-Monats-Marke reiten lässt. Auch wenn die Gruppe der *frontliners* der Bewegung vor allem aus Schüler_innen und Studierenden besteht, ist es die generationsübergreifende Versorgungsarbeit im Hintergrund, durch die sich Hongkongs Demokratiebewegung auszeichnet. Nicht jede_r muss sich als Teil des Schwarzen Blocks ausgerüstet mit selbstgebauten Schilden, Gasmasken und Sichtschutz den Spezialeinheiten der Polizei in den Weg stellen um seinen/ihren Beitrag zu leisten. Ein Teil der Bewegung lässt sich auf viele Weisen sein. Dies zeigt sich ganz konkret in den überaus erfolgreichen Crowdfunding-Kampagnen, deren Ziele meist innerhalb weniger Stunden erreicht werden, da vor allem die älteren Generationen ihre Unterstützung durch Spenden ausdrücken. Als die Chinese University of Hong Kong nach gewaltvollen Auseinandersetzungen mit der Polizei Anfang November von den Studierenden besetzt wurde, strömten auch hier bereits in der ersten Nacht hunderte Anwohner_innen und Eltern trotz der Barrikaden und der mit Tränengas getränkten Luft auf den Campus, um die Demonstrierenden mit dem Nötigsten zu versorgen. Nahrungsmittel, Benzin, Verbandskästen, Regenschirme und Kleidung türmten sich binnen Stunden in riesigen Stapeln auf dem Gelände, während Menschen mit ihren Privatautos und Mopeds die ganze Nacht hindurch den kostenlosen Transport von Presse, Personen und Waren organisierten. So spiegelt sich der Gemeinschaftssinn und

die Verbundenheit der Demonstrierenden auch in ihren Slogans wider. Egal ob Teenager in Schuluniform oder Büroangestellte mit Aktentaschen in ihrer Mittagspause – wenn sie gemeinsam auf die Straße gehen, rufen sie sich ermutigend zu: »Hongkongers add oil!« und »Hongkongers resist!«. Insbesondere die Selbstorganisation der zumeist jungen Demonstrierenden und der Zusammenhalt innerhalb der Bewegung bestimmen das Momentum der letzten Monate. Gleichzeitig ist es dieser Aspekt der Bewegung, der in den von Polizeigewalt und Vandalismus dominierten Medienberichten am wenigsten Beachtung findet.

REPRESSION – WIE GEGEN EINE WAND DER IGNORANZ

Eine Sieben-Millionen-Stadt sechs Monate lang zu mobilisieren und dabei immer wieder neue Mittel und Wege einzusetzen, damit die internationale Aufmerksamkeit nicht abreißt, ist eine beachtliche Leistung. Sechs Monate anhaltender Auseinandersetzungen sind aber auch verdammt kräftezehrend. Die Frustration und Hilflosigkeit im Angesicht der politischen Lage, die sich zunehmend als ausweglos präsentiert, und die exponentiell ansteigende Polizeigewalt fügen der Stadt und insbesondere ihrer jungen Generation irreparable Schäden zu. Von hier aus wird der Weg zurück in irgendeine Form des Alltags steinig. Die Chance, den Forderungen der Demonstrierenden durch Dialog und Verhandlungen zu begegnen, scheint längst verspielt, das Gefühl, nicht gehört und mutwillig ignoriert zu werden, ist der alles begleitende Beigeschmack der Proteste. Denn was sich in der Umbrella Revolution von 2014 bereits andeutete, wurde diesen Sommer noch einmal nachdrücklich demonstriert: Mit friedlichen Demonstrationen und legalen Mitteln der demokratischen Meinungsäußerung trifft die Hongkonger Bevölkerung bei ihrer Regierung auf taube Ohren. Die Politik Carrie Lams zeichnet sich stattdessen durch eine nicht enden wollende Abfolge von Versuchen aus, das sich längst in voller Fahrt befindende Ringen um Mitbestimmung mit aller Gewalt zu einem Halt zu zwingen. Bisher bewirkten diese Versuche jedoch ausnahmslos das Gegenteil. Als die Regierung beispielsweise am 4. Oktober die aus der Kolonialzeit stammende Ausnahmezustandsregelung (Emergency Regulation Ordinance) benutzte, um das »Anti-Mask Law« zu verabschieden, wurde das Tragen eines Mundschutzes als Akt des zivilen Ungehorsams in den folgenden Tagen zum zentralen Symbol der Bewegung. Die Beschneidung der demokratischen Rechte hat dabei System, wie auch die Disqualifizierung einiger prominenter pro-demokratischer Politiker_innen und Aktivist_innen bei den Bezirkswahlen Ende November zeigte. Diese sind eine der wenigen direktdemokratischen Wahlen, die Hongkongs Bevölkerung zustehen.

Die Repression durch Hongkongs Polizei, deren einstiger inoffizieller Titel als *Asia's Finest* binnen Monaten zur zynischen Häme für die Zivilbevölkerung wurde, ließ auch vermehrt die Bezeichnung Hongkongs als eines Polizeistaats laut werden. Die meisten öffentlichen Versammlungen sind inzwischen verboten, Bedrohungen von Presseangehörigen (mitunter mit Schusswaffen) durch die Einsatzkräfte sind gut dokumentiert und das bloße Tragen von schwarzer Kleidung in der Öffentlichkeit reichte in vielen Fällen bereits für die Schikane und Festnahme durch Polizeibeamte aus. Einen neuen Höhepunkt der Proteste markierte schließlich das Vorgehen gegen die Bewegung, wo es sie am härtesten trifft: an den Universitäten. Angefangen mit Ausschreitungen an der Chinese University of Hong Kong am 12. November folgte in den darauffolgenden Tagen die Besetzung der Baptist University, der Hong Kong University, der City University und der Polytechnic University. Die Situation hat inzwischen zur frühzeitigen Beendigung des Wintersemesters geführt, viele Universitäten wurden zwischenzeitlich evakuiert. Nur die entschlossensten *frontliners* verblieben auf den Geländen der Universitäten – bereit, die Spezialkräfte der Polizei mit allen ihnen zu Verfügung stehenden Mitteln am Eindringen zu hindern.

In der Polytechnischen Universität verschanzten sich einige Studierende mehrere Tage in den Universitätsgebäuden, während sich draußen Demonstrant_innen mit den Einsatzkräften Straßenschlachten lieferten. Wäre die Lage nicht so verzweifelt, könnte man über die Absurdität der Situation fast lachen: Bewaffnet mit Pfeil und Bogen, entwendeten Baggern oder Ketensägen verteidigten die Student_innen die Zugänge zu ihren Universitäten.

REVOLUTION — FÜR WEN ODER WAS?

Offensichtlich ist, dass es schon längst nicht mehr um den formalen Rückzug der *Extradition Bill* geht. Längst ist aus den Protesten etwas größeres erwachsen — der Kampf um Selbstbestimmung, der Kampf um Demokratie in Hongkong. Fünf Forderungen bilden dabei den Kern der Bewegung. Ihre inhaltliche Einfachheit macht sie massentauglich — in einer Bewegung ohne Anführer_innen bilden sie das Rückgrat, auf das man sich einigen und stützen kann. Inhaltliche Diskussionen über Strategien und die Sinnhaftigkeit der politischen Forderungen werden dabei eher im kleinen Rahmen geführt — das oberste Gebot ist es, die Bewegung nicht zu spalten. Man hat von 2014 gelernt, als sich die Bewegung schließlich aufgrund von Strategiefragen inhaltlich überwarf und nach der Festnahme ihrer prominentesten Gesichter auflöste. Die fünf Forderungen sind 1. die vollständige formale Rücknahme des Auslieferungsgesetzes, 2. die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Polizeigewalt, 3. die Freilassung aller festgenommenen Demonstrant_innen sowie deren Amnestie, 4. dass die Proteste von der Regierung nicht mehr als Aufstand (Riot) bezeichnet werden sollen und 5. die Einführung allgemeiner, freier und demokratischer Wahlen.

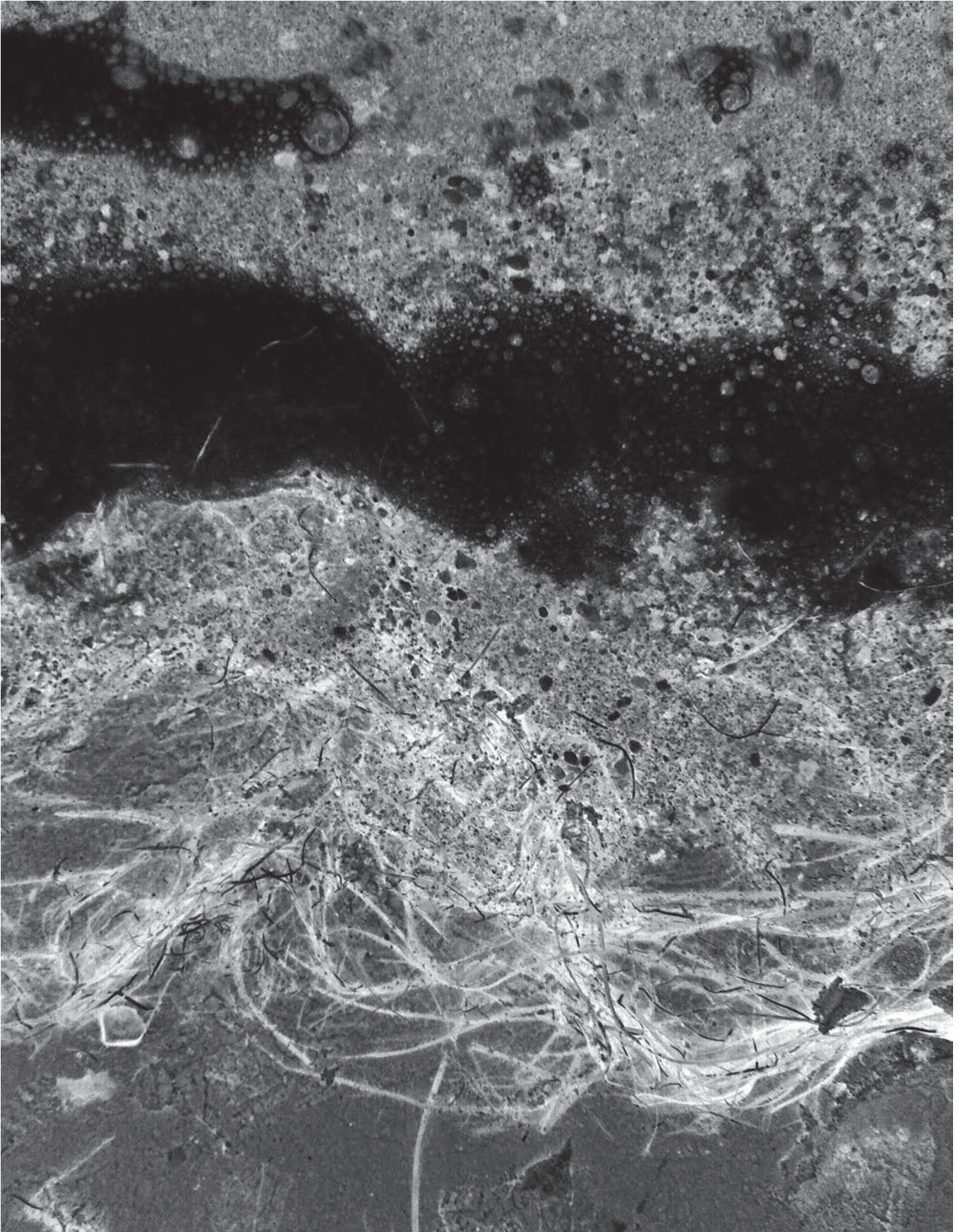
25

Die inhaltliche Argumentation im größeren Diskurs der Proteste verläuft mehrheitlich nach einem einfachen Schema von Begehren nach Demokratie auf der einen Seite und dem durch Hongkongs und Chinas Regierungen verkörperten Autoritarismus auf der anderen. Zur Untermauerung dieses Dualismus werden unterdessen auch gerne fragwürdige Vergleiche der kommunistischen Partei Chinas mit dem Nationalsozialismus herbeigezogen — siehe die beliebte Verwendung der Bezeichnung »Chinazi«. Was genau die Demokratie für Hongkong über die Forderung nach einem universellem Wahlrecht hinaus ausmachen soll, bleibt derweil weitestgehend unklar. Die lauten Rufe nach Freiheit für Hongkong werden kaum durch eine inhaltliche Diskussion über die genaue Ausgestaltung dieser Freiheit begleitet. Was bedeutet Freiheit für Hongkong über die Erfüllung der fünf Forderungen hinaus? Die bloße Wiederherstellung des Status quo? In Hongkong regiert seit Jahrzehnten ein aggressiver Neoliberalismus, angetrieben durch den Mythos einer Ära der Tycoons, einer Generation von Selfmade-Männern und Frauen, die in der Stadt zu Milliardär_innen wurden und Hongkongs Weg zum Wohlstand ebneten. Zumindest für Einige. Die Schere zwischen Arm und Reich wächst stetig, das Einkommen der obersten zehn Prozent ist inzwischen fast vierundvierzig Mal so hoch wie das der ärmsten zehn Prozent. Die Mieten sind derweil für die Mehrheit der Menschen kaum noch bezahlbar und der Wohnraum ist so knapp, dass junge Leute meist erst bei ihren Eltern ausziehen können, wenn sie mit Ende zwanzig heiraten. Unterdessen lastet der Niedriglohnsektor und die Pflegearbeit zumeist auf dem Rücken südostasiatischer Einwanderer, die in der Prekarität ihrer Lohnverhältnisse verschwinden und an den Rand der Stadt gedrängt werden. Der Status quo sieht also alles andere als rosig aus. Trotz der zahlreichen politisch-sozialen Probleme der Stadt verschwinden kritische Stimmen über Verteilung von Wohlstand und der Beziehungen von ökonomischer Elite und Regime in den Hintergrund. Ein liberales Demokratieverständnis überwiegt gegenüber dem Klassenbewusstsein.

Nichtsdestotrotz sollte sich die zumeist von europäischen oder US-amerikanischen Linken geäußerte Kritik an den Strategien und Inhalten der Proteste auch der Gefahren der eigenen Überheblichkeit bewusst sein. Die Bewegung und die Mehrheit ihrer *frontliner* sind unglaublich jung, im wahrsten Sinne des Wortes. Eine ganze Generation hat sich binnen kürzester Zeit und durch die Eindrücke teils traumatischer Erfahrungen politisiert, radikalisiert und ist nun tagtäglich auf den Straßen. Die Ausgangsbedingungen Hongkongs sind daher nicht damit vergleichbar, was man in Europa oder in den USA vorfindet. Eine Stadt mit blutiger Kolonialgeschichte, in der heute das Kapital wie kaum anderswo regiert und die erst vor wenigen Jahrzehnten an China zurückgefallen ist, bringt nunmal andere Politisierungsbedingungen hervor, als es sich eine westliche Linke vielleicht wünschen würde. Trotzdem gelingt in Hongkong gerade etwas, das andernorts bereits in den Anfängen scheitert: die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Front gegen staatliche Repression. Diese zeigt sich zunehmend auch solidarisch mit Kämpfen für mehr Autonomie andernorts (siehe der wachsende Bezug auf Tibet und die Uiguren) und heizt den Widerstand gegen Chinas Einflussnahme in alten Konflikten an, wie jüngst die Wahlergebnisse in Taiwan verdeutlichen.

Die als fragwürdig zu bezeichnende Hoffnung der Protestierenden in die USA — und dort vor allem in republikanische Abgeordnete — ist, ebenso wie der teils positive Bezug auf das Vereinigte Königreich als ehemalige Kolonialmacht, kritikwürdig. Viele der Hongkonger Aktivist_innen vertreten trotzdem die Auffassung, man könne sich in diesem Kampf seine Verbündeten nunmal nicht aussuchen und so kommt es mitunter zum enthusiastischen Schwenken des Union Jack an den *frontlines*. Tatsächlich sind die USA — nicht zuletzt vor dem Hintergrund des anhaltenden Handelskriegs mit China — leider einer der wenigen Akteure, die auch noch nach Monaten der Auseinandersetzungen in Hongkong ein ernsthaftes Interesse an den Geschehnissen vor Ort aufzubringen scheinen. Erst Ende November wurde der seit Monaten unermüdlich von Hongkonger Aktivist_innen forcierte *Hong Kong Human Rights and Democracy Act* mit einer deutlichen Mehrheit im US-amerikanischen Senat verabschiedet. Nichtsdestotrotz stellt sich schnell der Verdacht ein, Hongkong sei auch in dieser Beziehung wieder einmal nur Spielball im größeren Schauspiel globaler Wirtschaftsinteressen zweier Großmächte. Eines scheint jedoch nach sechs Monaten anhaltender Proteste festzustehen: deren baldiges Ende und Freiheit für Hongkong — wie auch immer diese aussehen mag — ist noch lange nicht in Sicht.

1 Dazu möchte ich anmerken, dass ich mit meinen Einschätzungen eine Perspektive einnehme, die stark von meinen subjektiven Erlebnissen und Gesprächen der letzten drei Monate geprägt ist. Ich befinde mich als Studentin an einer der Universitäten mit der aktivsten Studierendenschaft in Hongkongs Demokratiebewegung (CUHK). Ich spreche kein Kantonesisch und bleibe daher immer Außenstehende in einer Stadt mit tief verwurzelten Kolonialerfahrungen.



SCHLUSSSTRICH UNTER'M SCHLUSSSTRICH

Friedemann
Melcher

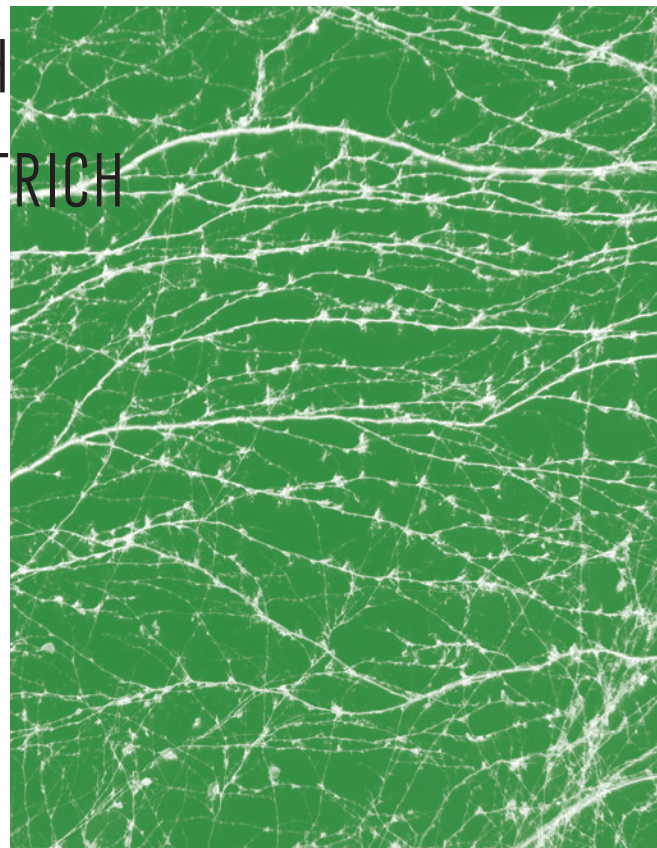
Felix Bohrs Studie über die Unterstützung im Ausland inhaftierter NS-Täter durch die BRD wirft Fragen über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus auf, die auch die Gegenwart betreffen.

Zum siebzigsten Jahrestag der Gründung der Bonner Republik beschwor der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet gegenüber der dpa die Bonner Tugenden von »Maß und Mitte«. Anlässlich dieses Jubiläums lohnt es sich in der 2018 bei Suhrkamp erschienenen Studie *Die Kriegsverbrecherlobby: Bundesdeutsche Hilfe für im Ausland inhaftierte NS-Täter* von Felix Bohr nachzulesen, was es mit jener »Mitte« und jenem »Maß« der Bonner Republik auf sich hatte. Die »Tugendhaftigkeit« der wechselnden westdeutschen Regierungen der Jahre 1949–1990 erscheint nach der Lektüre in einem anderen Licht.

27

Wie der Untertitel bereits ankündigt, berichtet das Buch von der bundesdeutschen Unterstützung für verurteilte NS-Verbrecher, in diesem Fall von den letzten in Haft Verbliebenen im westeuropäischen Ausland, die sogenannten »Vier von Breda« in den Niederlanden und Herbert Kappler in Italien. Kappler, Leiter des SD in Rom während der deutschen Besatzungszeit, sorgte nicht nur durch Razzien für die Deportation von über tausend Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Roms, sondern organisierte 1944 auch das Massaker in den Ardeatinischen Höhlen, bei dem er und andere SS-Männer 335 Menschen ermordeten. Nach seiner Festnahme 1945 und der Verurteilung zu lebenslanger Haft war er der »prominenteste deutsche Kriegsverbrecher in italienischem Gewahrsam« und ab 1951 auch der einzige. Bei den »Vier von Breda« handelt es sich um drei Geheimdienstler und Organisatoren von Massendeportationen und Razzien, sowie den stellvertretenden Kommandanten eines Konzentrationslagers, die maßgeblich an den Schrecken der Schoah in den Niederlanden beteiligt waren. Alle Vier – Franz Fischer, Ferdinand aus der Fünfen, Willy Lages und Joseph Kotalla – wurden zu lebenslanger Haft verurteilt, die sie im Gefängnis von Breda absitzen sollten.

Anhand der Geschichten dieser Täter nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs untersucht Felix Bohr das Verhältnis der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu den Verbrechen der NS-Zeit. Minutiös und mit einer Vielzahl von Quellen zeichnet Bohr die Bemühungen der Kirchen, der Unterstützungsnetzwerke und des Staates nach, auf eine Haftentlassung und Rehabilitation von NS-Verbrechern hinzuwirken, was, bis auf die fünf Genannten, ausgesprochen erfolgreich war. In Anlehnung an die Studien des Jenaer Historikers Norbert Frei, der als Teil der Unabhängigen Historikerkommission die Vergangenheit des Auswärtigen Amtes im NS und in der jungen Bundesrepublik untersuchte, kann Bohr zeigen, warum sich die Bonner Regierungen, trotz einer sich wandelnden Erinnerungskultur konstant für die Freilassung der NS-Täter einsetzten. Das Bestreben der Adenauer-Regierung, im Spannungsfeld zwischen den westeuropäischen Bündnispartnern und der titelgebenden »Lobby«,



die ehemaligen Anhänger_innen des Nationalsozialismus zügig zu integrieren, verhinderte die juristische und historische Aufarbeitung ihrer Verbrechen.

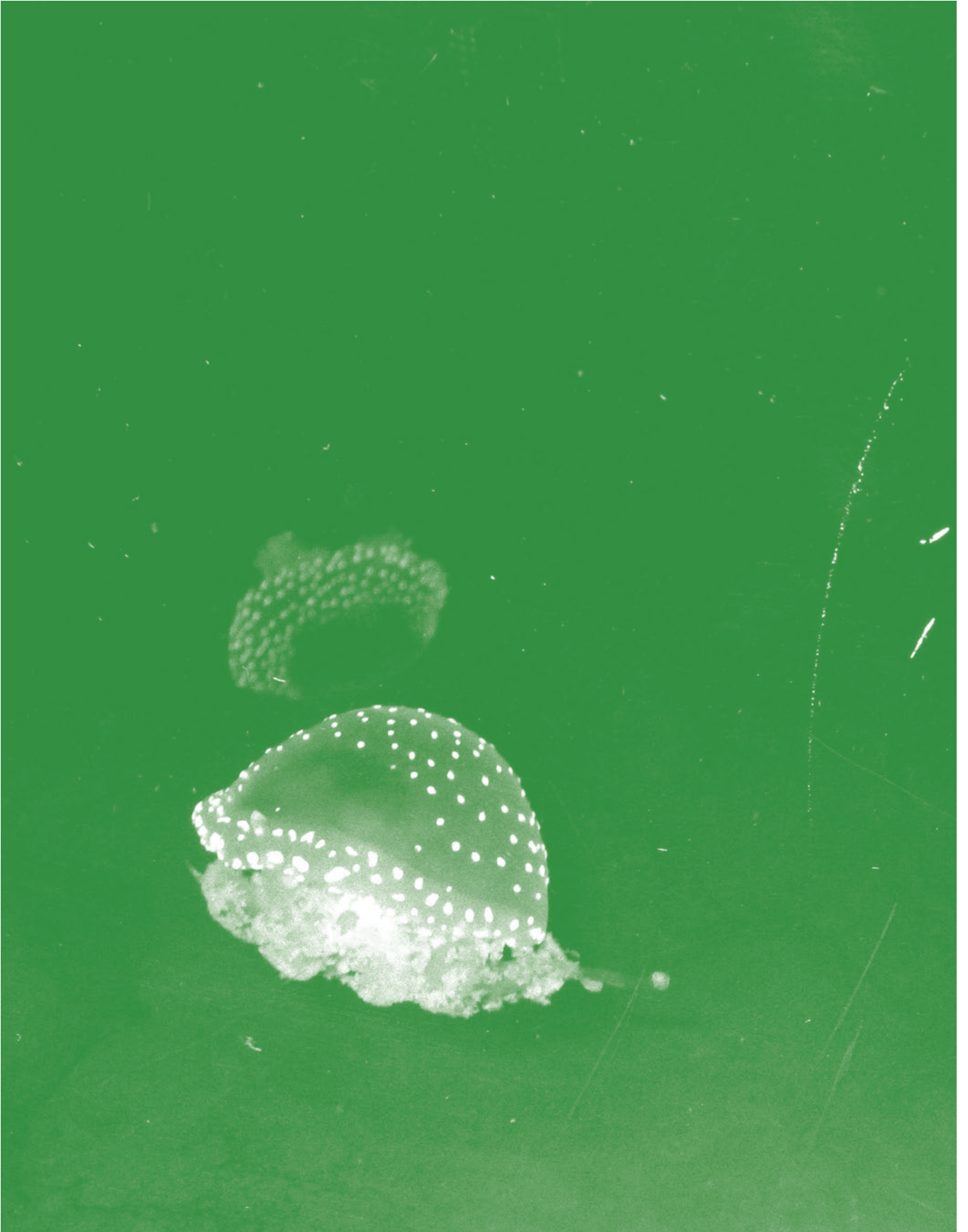
Die Lobby, hauptsächlich bestehend aus dem SS-Veteranenverband »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (Hiag), dem »Verband der Heimkehrer« (VdH) und der »Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.« schürte im Nachkriegsjahrzent den deutschen Opfermythos und agitierte dementsprechend gegen eine vermeintliche »Siegerjustiz« des Westens. Gleichzeitig wurde die in der Bevölkerung vorherrschende »Schlussstrichmentalität« auch von den Kirchen getragen, die durch den Einsatz für Kriegsgefangene und -verbrecher ihre gesellschaftliche Relevanz festigen wollten. Um die deutsche Wiederbewaffnung angesichts des aufziehenden Kalten Krieges zu beschleunigen, kamen die Westalliierten den Forderungen der ersten Bundesregierung nach umfassenden Amnestierungen nach, sodass bereits 1958 beinahe alle NS-Täter im In- und Ausland aus den Gefängnissen entlassen worden waren. In diesem politischen Klima wurden aus den letzten Kriegsverbrechern im Beamtendeutsch der 50er Jahre schnell »Kriegsverurteilte«, ein Begriff, der sich bis 1989 halten sollte.

Wirklich erschreckend ist die Art und Weise in der sich auch Gegner_innen und Verfolgte des NS-Regimes dem geschichtsrevisionistischen Zeitgeist anbiederten. Der ehemalige Widerstandskämpfer Willy Brandt setzte sich ab 1966 als Außenminister und ab 1969 als Kanzler intensiv für Kappler und die »Vier von Breda« ein, wobei dieses Engagement beispielsweise bei der PSI in Italien Irritationen auslöste. Trotzdem äußerte der damalige außenpolitische Berater des SPD-Parteivorstands, Alexander Kohn-Brandenburg, in einem Brief mit Bezug auf den Resistenza-Veteran Sandro Pertini seine Hoffnung, dass einmal »auch die gehässigsten Widerstandsleute« nachgeben müssten.

Diese beinahe absurd anmutende Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Haltungen zum Widerstand gegen den Faschismus ist aus heutiger Sicht nur schwer nachzuvollziehen. Entscheidend ist dabei laut Bohr der Wunsch der SPD, als »Volkspartei« auch ehemalige NSDAP-Mitglieder anzusprechen — aus einer Hoffnung auf gesellschaftliche »Versöhnung« und aus machtpolitischen Opportunismus heraus.

Während der Einsatz der Bundesregierung für die Freilassung der letzten Gefangenen Früchte zu tragen drohte, erledigten sich die Fälle teilweise von selbst. Lages wurde 1966 aus Gesundheitsgründen entlassen und starb 1971 in Braunlage, Kotala starb 1979 im Bredaer Gefängnis. Herbert Kappler hingegen gelang 1977 mit Hilfe seiner Frau, der Soltauer Heilpraktikerin Anneliese-Kappler Wenger, und finanzieller Unterstützung der »alten Kameraden« die spektakuläre Flucht aus einem römischen Militärkrankenhaus. Erst Anfang der 80er Jahre wurde die Gemeinnützigkeit der Hiag erstmals in Frage gestellt. Nach der Auflösung des Bundesverbands 1992 existieren einzelne regionale Gruppen der SS-Veteranen weiter, deren Hamburger Ableger bis 2005 weiterhin als gemeinnützig anerkannt war. In Anbetracht des staatlich geförderten Überlebens solcher Vereine muss die aktuelle Entscheidung des Berliner Finanzamts, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit zu entziehen, wie ein grausamer Scherz klingen.

Die unter Kohl wie selbstverständlich fortgesetzten Bemühungen um eine Entlassung der beiden letzten Gefangenen in Breda zeigen, dass die Kriegsverbrecherhilfe in den 80er Jahren längst zur Staatsräson geworden war. Fischer und aus der Fünften kamen 1989 frei, wenige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer. Die Studie zeigt dabei eindrücklich auf, dass die Freilassung der beiden Täter und die unerträgliche Straffreiheit tausender Anderer nur die Symptome einer Gesellschaft waren, die sich in großen Teilen nie zu ihrer Schuld bekennen wollte. Die Forderung nach einem »Schlusstrich« unter den Verbrechen der Deutschen im Nationalsozialismus, die von der AfD und anderen Akteuren der politischen Rechten wieder öffentlichkeitswirksam propagiert wird, war seit ihrer Gründung elementarer Bestandteil der BRD.



SÄULENGANG

ODER »IN MEINER BADEWANNE BIN ICH KAPITÄN«

Charlie
Cremer Jauregui

»Damit aus der Theorie keine Praxis wird, leistet man sich Kolumnisten, ohnmächtige Einzelne, Außenseiter, Stars«, schreibt Ulrike Meinhof 1969 über ihre Rolle als Kolumnistin in der *konkret*. Da sich die *HUch* hiermit eine leistet, sei vorweg gesagt: Diese Kolumne weigert sich, unpraktisch zu sein. Theoretisch ist sie dennoch. Dass das widersprüchlich ist, sei dahingestellt. Anstatt mich mit Ulrike Meinhofs Kolumnen, ein Jahrzehnt lang in der *konkret* veröffentlicht, auseinanderzusetzen, wie ursprünglich vorgehabt, verlor ich mich im gegenwärtigen Kolumnendickicht: Kolumnen gibt es heute in jeder Zeitung und sie erfreuen sich hoher Beliebtheit. Ich habe versucht sie zu zählen — es war ein aussichtsloses Unterfangen. Allein *Spiegel Online*, schnell durchgescrollt, nennt mir zehn verschiedene Kolumnist_innen, deren Namen als Kolumnentitel erhalten müssen, ob aus mangelnder Kreativität oder Personenkult bleibt ungeklärt. Im Gegensatz dazu druckt die *Süddeutsche Zeitung* seit 1946 *Das Streiflicht* als Kolumne auf ihrer Titelseite, anonym. Damit nicht genug: Das *SZ-Magazin* kennt keinen Anfang und kein Ende, *Vorgeknöpft*, *Der Lokvogel: Bahnfahrerkolumne*, *Der Fall meines Lebens*, *Hotel Europa*, *Getränkemarkt*, *Gute Frage*, *InstaKram* — *Stars im Netz*, *das Wortspiel in Ehren*, und Axel Hackes *Das Beste aus aller Welt*, inzwischen auch in Buchform erhältlich. Die FAZ versucht sich in pädagogischen Ratschlägen mit der Kolumne *Wie erkläre ich's meinem Kind?* Einfache Antworten auf knifflige Fragen, in der sie anlässlich des Mauerfalljubiläums Antikommunismus kinder- und wessifreundlich zusammenfasst. *Fraktur* — *Die Sprachglosse* verspricht »wahre Worte gegen hohle Phrasen« und *Nine to Five* — *Die Bürokolumne* erzählt Anekdoten aus dem »herrlich vollen« und »netten Arbeitsleben«. Im Politik- und Gesellschaftsteil der taz zähle ich zwanzig — Sportkolumnen und dergleichen außen vor gelassen. *Die Woche*, *Kuscheln in Ketten*, *Pflanzen essen*, *Internetexplorerin*, *Macht*, *Chinatown*, *Nach Geburt*, *Der rote Faden*, *Andropause*, *Habibitus*, *[b]ei aller Liebe*, das sind wirklich viele — und anlässlich noch weiterer Liebeserklärungen bleibt *Die eine Frage*: wozu all diese Kolumnen?

Die Kolumne erscheint als Ausdruck sich ewig neu erfindender, unerschöpflicher weil für die Produzent_innen gewinn- und für die Konsument_innen spaßbringender Kulturindustrie. Mit Produzentin ist hierbei jedoch nicht die um Mitternacht mit vier-eckigen Augen und 1,5 Liter Kaffee in den Venen hastig in ihre Tastatur schlagende Kolumnistin gemeint, der unter dem Zeitdruck der Zeitungsproduktion die Kreativität ausgeht und die atemlos ohnepunktundkomma ihr letztes Tinderdate irgendwie doch noch zu einem halbwegs verkaufbaren Amusement in Form gießt. Der Liebe zur Arbeit wegen. Mit Produzentin ist vielmehr die Eigentümerin der Zeitung gemeint, die den durch die Kolumnisten erschriebenen Mehrwert gewinnt und reinvestieren kann. Trotz alledem stellt sich die Frage: Ist da mehr, was diese dem lateinischen Wort *columna*, zu deutsch *Säule* entspringende Textform enthält?

Die Kolumne stützt die Seite einer Printausgabe, sie ergänzt am Rande die Titelzeile, sie bedeutet eine Druckspalte, die das Gewicht trägt, das Zeitungsname und Titelzeile der Seite aufgeladen haben. Wie eine tragende Säule eines Gebäudes. Oder jene eines Zeitungstempels. Freilich keines religiösen — aber pilgern sollen die Leser_innen dennoch. Täglich oder wöchentlich zum Zeitungskiosk, in Erwartung einer neuen meinungsbildenden Predigt, gebannt aufs Blatt. Wenn es heute nicht mehr der Zeitungskiosk ist, dann zumindest das digitale Zeitungsabonnement und die morgendliche Benachrichtigung auf dem Smartphone: News von deiner Lieblingskolumnistin. Insofern bindet die Kolumne Leser_innen, birgt sie die Hoffnung auf verlässlich zahlende Kundschaft, sprich: den Absatz der Zeitung.

Die Kolumnistin ist eine, die sich der Wahrheit verpflichtet sieht, manchmal, sich Ruhm und Ehre verspricht, oftmals. (Natürlich zähle ich zur zweiten Kategorie.) Als eine von wenigen journalistischen Formen ist die Kolumne eine, die ein Ich kennt, das erzählt. Die Kolumne bin Ich. Noch erstaunlicher: Ich darf witzig sein. Die dem journalistischen Verhaltenskodex eingeschriebene Nüchternheit — um der objektiven Berichterstattung willen — ist keine die zählt, für mich. Denn ich habe Meinung und diese will kund getan werden. Humor als eine Ausdrucksform des Trotzdem ist die Sprache, derer Ich mich bediene. Eine Meinung also, die sich nicht in der endlichen Aufzählung unendlicher Anti-ismen ergeht, sondern herausstellt, was sie meint, durch ironische Bedeutungsumkehr. Ironie als Mittel, welches die Unhaltbarkeit der Welt, die sie beschreibt, sprachlich greifbar macht. Beißend spöttisch, lies sarkastisch und bei großem Hunger auch polemisch. In keinem Fall aber zynisch. Zynismus als eine Haltung, die Widerstand und Menschenwürde in dieser Welt von vornherein als sinnlos verdammt, wird eben darum aus dieser Kolumne verbannt. Sie ergeht sich weder in der ausschließlichen Zitation menschenverachtender Weisheiten namhafter Politiker_innen oder durchschlagender *BILD*-Titel wie es *Gremlizas Express* (R.I.P.), die Sprachkolumne der konkret tat, noch setzt sie sich die »Pflege der Reinheit der deutschen Sprache« zum Ziel, wie 2003 dem Streiflicht der *SZ* mit dem entsprechenden Preis attestiert. »Kolumnen sind Luxusartikel, Kolumnisten sind Stars«, schreibt Ulrike Meinhof in der *konkret*. Als solche verdienen sie genauso wenig bis weniger als die 0815-Journalistin, aber wenigstens hat die Armut des Stars als sagenumwobene Prestige. Konkret: 100 Euro für 20 Arbeitsstunden (bis zur Setzung dieses Zeichens) macht 5 Euro Stundenlohn. Die *taz* zahlt weniger. Vom *Neuen Deutschland* ganz zu schweigen. Linke Meinungsmache ist unbezahlbar. Als Job unhaltbar. Ein Glück bin ich Studentin und schreibe in meiner Freizeit! Ein Glück darf ich schreiben was ich will, als Kolumnistin bin ich unabhängig von der Redaktion und wenn der folgende Satz noch steht, wurde meine Kolumne traditionsgetreu nicht von der Redaktion gestrichen: Ich will mehr!

ÜBER DAS KINO IN KOREA UND DEN KLASSENFEIND IM KELLER

Valentin Nikolaus
Schettler

Die sich fortsetzende Serie südkoreanischer Filmmeisterwerke, für die Bong Joon-hos *Parasite* nur das jüngste Beispiel darstellt, gibt Anlass zur Auseinandersetzung mit der Kinogeschichte des Landes.

Die Krise großer Studioproduktionen im zeitgenössischen Filmbetrieb hat sich inzwischen als so manifest erwiesen, dass sich jede weitere Beweisführung sogleich erübrigt. Ein Blick in die Programmhefte beliebiger Multiplex-Häuser ist hinreichend, um von ihr zu erfahren. Seit Jahren überschwemmt Hollywood den Markt mit Remakes und schnöden Comic-Verfilmungen, die bloß noch kopieren, was auch ursprünglich nicht sehr originell war. Auch in Deutschland, wo man das Schlechte immer schon ein bisschen schlechter noch zu machen verstand als andernorts, welkt die Filmindustrie seit Jahren karg und kümmerlich. Die staatliche Förderung, die hierzulande den maßgeblichen Einfluss auf die zu realisierenden Projekte nimmt, alimentiert vorzugsweise billige Blödfilme, die das Zementieren sozialer und sexueller Klischees mit dem wohlfeilen Verweis auf einen angeblichen Unterhaltungscharakter entschuldigen. Auch hier seien als hinreichende Belege die unvermeidlichen Schweiger- oder Schweighöfer-Produktionen genannt, die notorisch bundesdeutsche Leinwände traktieren.

Es ist längst kein Geheimtipp mehr, dass gutes Kino inzwischen besonders in Südkorea gemacht wird. Regelmäßig werden hier Meisterwerke hervorgebracht, wie man sie andernorts zusehends vermisst. Auch bei den Juror_innen europäischer Filmfestspiele ist diese Botschaft angekommen. Es hat jedoch schon länger keinen verdienteren als den diesjährigen Preisträger der Goldenen Palme von Cannes gegeben: *Parasite* von Bong Joon-ho bietet herrliches, spannendes, anspruchsvolles Kino – und zeigt, dass es wieder möglich ist, sowohl politisch als auch ästhetisch herauszufordern und damit kommerziellen Erfolg zu haben.¹ Das ist nicht überraschend und ist es gleichzeitig doch – stellt man die Bedingungen in Rechnung, unter denen in Korea viele Jahre lang Filme produziert wurden.

DAS KINO IN KOREA

Fragt man nach der Geschichte des Kinos an einem bestimmten Ort, ist es immer auch die Geschichte des Ortes selbst, die man zu hören bekommt. In Korea ist diese geprägt durch die Kolonialherrschaft Japans, durch Krieg, Zensur, politische Umbrüche. Während sich in Europa der Aufstieg des Kinos zum Massenmedium – nach der Vorstellung des ersten Kinematographen durch die Gebrüder Lumière im Jahr 1895 – in rasantem Tempo vollzog und besonders die kulturelle Landschaft der Zwischenkriegszeit prägte, sind bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs aus Korea nur rund 160 produzierte Filme nachzuweisen. Keiner von ihnen ist vollständig erhalten. Die japanische Zensurbehörde nahm maßgeblichen Einfluss auf die Projekte und verunmöglichte einen eigenständigen Filmbetrieb in der unterworfenen

Kolonie, bis die kaiserliche Regierung im Jahr 1942 koreanischsprachige Filme sogar vollständig verbieten ließ. Die Zeichen standen, wie auch andernorts, auf Propaganda für den Krieg anstatt auf Unterhaltungskultur. Das Ende des Weltkriegs und die koreanische Unabhängigkeit von der kolonialen Besatzung haben sich im Anschluss indes gleichermaßen ins Filmlexikon des Landes eingetragen: *Hoorah! For Freedom!* (1946) heißt der erste vollständig erhaltene Film aus Korea. Die historische Zäsur jedoch, die damit markiert ist, stellte nur eine vorübergehende Atempause bis zum sich anschließenden Krieg der Jahre 1950–1953 dar. Danach teilt sich die Geschichte des Kinos in Korea in zwei – wie auch diejenige des Landes.

Von der nordkoreanischen Filmproduktion ist wenig bekannt. 2004 veröffentlichte das ZDF-Magazin *Aspekte* eine Recherche, derzufolge viele Hollywood-Studios für ihre Zeichentrickproduktionen auf das SEK-Trickfilmstudio (Scientific and Educational Film Studio of Korea) zurückgreifen würden. Nordkorea ist damit einer der größten Trickfilmproduzenten der Welt. Der damalige Leiter des SEK Jon Chol Ho kommentierte das mit den stolzen Worten: »Wir können bis zu 7000 Minuten Animation im Jahr produzieren. Wir fertigen nach hohen Maßstäben und wir sind so gut wie Disney.«² Die dabei herrschenden Arbeitsbedingungen dürfte man sich vorstellen können. Während China aufgrund seines großen und noch weitgehend unausgeschöpften Potenzials als Absatzmarkt für Hollywood interessant ist, sind es in dessen »kommunistischem« Bruderland Nordkorea die billigen Löhne, für welche man die Diktatur trotz politischer Feindschaft schätzt. Wäre es nicht so traurig, müsste man über den *König der Löwen* aus den stalinistischen Grafikräumen lachen: Das muss also der Circle of Life sein. Fraglich bleibt nur, ob Elton John und Tim Rice auch an Straflager und Verschleppung dachten, möglicherweise so wie die Arbeitskollegen aus Nordkorea, als sie zu ihren Bildern texteten: »Some say eat or be eaten/ Some say live and let live/ But all are agreed as they join the stampede/ You should never take more than you give.«³

Im Süden sah die Lage nach Ende des Koreakriegs glücklicherweise anders aus. Die US-Streitkräfte verhinderten nicht nur einen Anschluss an den Norden, die amerikanische Konsumkultur sorgte auch für ein Erblühen der Film- und Unterhaltungsindustrie im unabhängigeren Süden. Auch Steuerbefreiungen und staatliche Subventionen verhalfen dem noch jungen Filmbetrieb auf die Beine. Neben Kurzweiligem entstanden in dieser Zeit auch Klassiker, in denen die gesellschaftlichen Hierarchien persifliert, man könnte fast sagen: vom Kopf auf die Füße gestellt wurden. So sorgte der 1960 erschiene *The Housemaid* von Kim Ki-young für einen veritablen Skandal: Auf einmal waren Küsse im Kino zu sehen, sexuelle Spannungen auf der Leinwand, Frauen in den entscheidenden Rollen. Die Filmkunst brachte Ordnung in Unordnung – sie war unangepasst und unbequem.

Künstlerischer Nonkonformismus wurde im Zuge der 1962 an die Macht kommenden Militärdiktatur unter Park Chung Hee jedoch wieder fragiler. Nun wurden national gestimmte Gesetze zur Reglementierung der Filmindustrie eingeführt. Neben der in der Diktatur obligatorischen Verschärfung der Zensurmaßnahmen war es fortan geschriebenes Gesetz, dass jede koreanische Produktionsgesellschaft mindestens 15 Filme pro Jahr veröffentlichen musste. Zahlreiche Unternehmen gingen daran ein. Darüber hinaus sollte der internationale Einfluss, insbesondere

der amerikanische, deutlich zurückgedrängt werden, indem auf zwei importierte nun mindestens eine koreanische Produktion zu kommen hatte. Diese Agenda wurde auch auf die landesweiten Lichtspielhäuser umgelegt, denen eine Quotierung vorgegeben wurde, derzufolge mindestens 40 Prozent der Spielzeit für koreanische Filme reserviert war. Das jedoch sollte sich noch als glücklicher Umstand erweisen.

Die politischen und wirtschaftlichen Umbrüche der Folgejahre – der Abschied von der Militärdiktatur und die zunehmende Demokratisierung – veränderten auch wieder den Kinobetrieb. Mit der Öffnung des Landes erreichte die westliche Unterhaltungskultur ein Wiederaufleben ihrer einstigen Beliebtheit, wodurch die landeseigenen Produktionen zunehmend ins Hintertreffen gerieten. Viele Filmschaffende flogen nun unterhalb des Radars des kommerziellen Kinobetriebs in Südkorea. Dort jedoch blieb mehr Raum für Experimente und Innovationen, für Subversives und Abseitiges. Auch die prekarierten Teile der Bevölkerung kamen nun im Film zu eigener Darstellung, soziale Fragen rückten stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Auch dank der noch immer geltenden Quotierung des ehemaligen Diktators Park Chung Hee, die den südkoreanischen Filmbetrieb überhaupt am Leben hielt, begann in den 90er Jahren der endgültige Aufstieg des südkoreanischen Kinos zur sogenannten »Korean New Wave« als einer der aufregendsten Strömungen im internationalen Filmgeschäft. Begünstigt wurde dieser Aufstieg jedoch auch durch investitionsfreudige Großunternehmen, die massentaugliche Idole für ihre Werbekampagnen benötigten – denn die ließen sich am besten im Rahmen einer erfolgreichen nationalen Populärkultur rekrutieren.

DER KLASSENFEIND IM KELLER

Spuren dieser Geschichte lassen sich auch in *Parasite* aufspüren, in dem das aufgeblühte Unternehmertum nun gemeinsam mit den Abgehängten auf die Bühne tritt, in dem die Feindschaft zum Norden thematisiert und eine reiche Bandbreite von Kino- und Literaturzitate aufgerufen wird. Der Film erzählt aus dem Leben der vierköpfigen Familie Kim, die in einer heruntergekommenen Kellerwohnung einer nicht näher benannten südkoreanischen Stadt lebt. Schon in ihrer Behausung findet ihr sozialer Status seine bildliche Übersetzung – die Familie lebt buchstäblich am unteren Rand: Ihre prekären Niedriglohnjobs lassen den Ausblick auf bessere Lebensverhältnisse nur so flüchtig zu wie die Sicht aus dem Kellerfenster denjenigen auf die Welt. Nichtsdestotrotz haben sie Strategien entwickelt, sich zu behaupten, sich bietende Gelegenheiten virtuos zu nutzen. Aus nichts wird etwas und aus etwas immer mehr: Es bedarf nicht mehr als einer kleinen Möglichkeit und die Familienmitglieder bringen sich der Reihe nach in Anstellung bei der reichen Familie Park.

Hier nimmt die Handlung Anleihen am Genre des Schelmenromans, der sich an der Grenze zwischen Abenteuer- und Gesellschaftsroman aufhält. Darin hält sich die dem prekarierten Teil der Gesellschaft angehörende Hauptfigur – zumeist unter Zuhilfenahme trickreicher Methoden und gegen das bürgerliche Recht – unter den Privilegierten auf. Oft geschieht der Eintritt in die Welt der feinen Leute durch den Beginn eines Angestelltenverhältnisses. Die darin eingetragene Ausbeutung der Arbeitskraft wird jedoch durch das Verhalten des Schelms verstellt, der die feine Gesellschaft nach allen Möglichkeiten ausnimmt, bestiehlt, übervorteilt: Er ist, mit anderen Worten, nicht nur als Kellner auf der Party, sondern bedient sich auch üppig am Buffet und trinkt den Wein leer. In *Parasite* ist das schon durch den Titel markiert, den die Handlung vieldeutig ausbuchstabiert und dabei das Rätsel ausgibt: Wer beutet hier eigentlich wen aus?

Möglich wird das auch durch die zuweilen lächerliche Naivität der Familie Park, in der sich das blinde Unverständnis herrschender Klassen gegenüber der Situation der Unterprivilegierten

ausdrückt – die im Film nicht nur durch die listenreich sich einnistende Familie Kim repräsentiert werden, sondern zudem durch die ehemalige, von den Kims verdrängte Hausangestellte mitsamt ihrem Mann, der das Haus der Parks allerdings nie verlassen hat. Bald folgt eine Sequenz, in der das Versteckspiel nur mit großer Mühe und noch größerem Glück aufrechterhalten werden kann. Die Familie entkommt der Enttarnung, durch welche das Weiterso mit dem Versteckspiel unter den Reichen sein unheilvolles Ende gefunden hätte. Das jedoch geschieht auf so aberwitzige, so unwahrscheinliche Weise, dass deutlich wird: Das eigentliche Unheil ist, dass es so weiter geht. Was im *König der Löwen* als zynisches Urteil über die Unveränderlichkeit der Verhältnisse und die als notwendig deklarierte Akzeptanz individuellen Leids – ins Motto vom Kreislauf des Lebens gebannt, in welchem nunmal die Löwen die Beute machen, die die anderen sind – wird in *Parasite* auf diese Weise satirisch überholt und bloßgestellt.

Der besagten Sequenz ging ein handgreiflicher Streit mit der geschassten Haushälterin voraus. Statt sich an dieser Stelle der Solidarität untereinander zu versichern und der wechselseitigen Knechtschaft die Befreiung aller vorzuziehen – soll heißen: den Griff nach der Notbremse zu wagen – wird hier die längst erledigte Konkurrenz zum prospektiven Störenfried erklärt, dem auch außerhalb beruflicher Rivalitäten zu Leibe zu rücken ist. Die Szenenfolge wird damit geradezu emblematisch für die Situation im Spätkapitalismus, der mit dem Feierabend aufgeräumt, die Arbeitsverhältnisse flexibilisiert und die Zumutungen verschärft hat. Im Unwetter, das dann hereinbricht, werden auch jene noch, die schon die zweite Natur beherrscht, auf die Zwänge der ersten Natur zurückgeworfen. Auch hier wird die gesellschaftliche Hierarchie bildhaft, sie wiederholt sich in der Topographie der Stadt: Um die Gegend der Reichen zu verlassen, nehmen die Figuren überflutete Treppen nach unten, bewegen sie sich von der Anhöhe wieder talwärts. Der Regen rinnt unaufhörlich, schwemmt die Menschen, die gewissermaßen unterhalb des Wasserstands der Wohlsituierten leben, auf die Straße. Als lautlose Stimme aus dem Off könnte man meinen, die Verse aus Bertolt Brechts *Lied vom Klassenfeind* zu hören, in dem es heißt: »Der Regen kann nicht nach aufwärts, weil er's plötzlich gut mit uns meint. Was er kann, das ist: er kann aufhör'n, nämlich dann, wenn die Sonne scheint.« Die Sonne, die auf den Regen folgt, scheint in *Parasite* durch die meterhohe Fensterfront ins Gesicht der reichen Yeon-Kyo, die ausgeruht lächelnd in den gepflegten Garten blickt. Sie freut sich über eine regenreiche Nacht. Aber abseits der Villen, die vielen Stufen hinab, sind die Wohnungen vollgelaufen, die Bezirke unbewohnbar geworden. Selbst wenn der Regen aufhört: Im Keller scheint die Sonne nicht – das Wasser aber bleibt.

1 In Südkorea haben zehn Millionen Menschen ein Ticket an der Kinokasse für den Film gelöst.

2 www.presseportal.de/pm/7840/571995.

3 Elton John/Tim Rice: *Circle of Life*. Walt Disney Records 1994.

PROLETARISCHER TOURISMUS

Joana Splieth

Ein Blick in die Geschichte der Arbeiter_innenbewegung reicht aus, um unsere Vorstellungen vom Reisen weit über die engen Grenzen des kommerziellen Tourismus hinaus zu erweitern.

»Egal wo Sie Ihren TUI Urlaub verbringen, das Urlaubsziel Ihrer Wahl hat viel zu bieten: Kultur, Land und Leute und die örtliche Kulinarik warten nur darauf, von Ihnen entdeckt zu werden!«¹ – Nicht nur in seinen Werbeslogans reproduziert der touristische Mythos koloniale Sichtweisen und Strukturen: Allein der Anspruch vieler Backpacker_innen, »andere Länder und sich selbst zu entdecken«, hängt mit Narrativen und Begehren zusammen, die frühere Kolonialherren mit ihren »Expeditionsreisen« verbanden. Auch ist es nichts Neues, dass viele Urlaubs-Praktiken den Verhaltensmustern der alten weißen Unterdrücker gleichen.

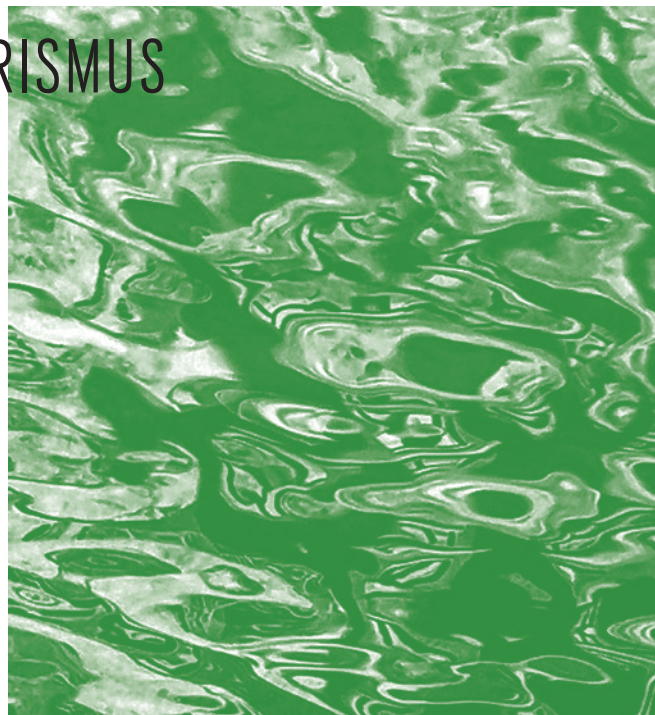
33

Die aktuelle Diskussion über Tourismus, ausgelöst durch die Debatte zur Klimakatastrophe, weist zudem auf weitere Probleme in der Sache hin: Tourismus ist umweltzerstörend. Flugzeuge und Kreuzfahrtschiffe pumpen Unmengen von CO₂ in die Umwelt und riesige touristische Bauprojekte werden meist ohne Rücksicht auf Flora und Fauna umgesetzt. Auch führt boomender Tourismus zu einer Konzentration ökonomischer Aktivität, die andere lokale Wirtschaftszweige absterben lässt. Verbunden mit steigenden Lebenshaltungskosten macht dies ganze Regionen vom Tourismus-Business abhängig und verändert sie grundlegend. Und so zeigt sich selbst bei dieser kurzen Kritik: Tourismus ist ein Problem. Er ist der Urlaubsstil einer reichen, meist weißen Klasse, die sich um den Globus bewegt und diesen dabei zerstört oder in jedem Fall verändert.

Es ist neben dieser richtigen und berechtigten Kritik jedoch auch wichtig, zu erkennen, dass Tourismus nicht einfach Tourismus ist. Er ist auch Urlaub oder Freizeit und folgt nicht zwingend einer kapitalistischen Verwertungslogik. Um also zu erfassen, wie er sich in all seiner Destruktivität entwickeln konnte, kann es helfen, die Potenziale seines progressiven Erbes zu beleuchten.

Reisen, Urlaub, Wanderfahrten, Kuraufenthalte und Ausflüge sind spätestens seit dem 19. Jahrhundert ein umkämpftes Anliegen und erkämpftes Anrecht von Proletarier_innen, wie beispielsweise Susan Barton in ihrem Buch über den Tourismus und die Organisationen der Arbeiterklasse hervorhebt.² Es sind Forderungen nach einem Achtstundentag, nach Ruhetagen, nach Bildung, Rente und Sozialismus, die im Zuge der aufkommenden Industrialisierung verstärkt formuliert werden.

Denn schon vor Entstehung der Formen des heutigen Massentourismus, schon vor den Landfahrten der Jugend und den Autoreisen ans Mittelmeer, ist es nicht allein die Bourgeoisie, die sich in Europa und um den Globus bewegt – was nicht nur Hans Magnus Enzensberger in seiner viel zitierten Tourismuskritik zu erwähnen vergisst.³ In diesen Analysen tritt die proletarische



Klasse in der ganzen Geschichte des Tourismus erst nach dem ersten Weltkrieg auf den Plan, als sie es schafft, sich den bezahlten Urlaub zu erkämpfen. Der Blick bleibt dabei allerdings oberflächlich, denn Reisen von Staatsmännern und Händlern – oder gar Bildungsreisen á la Goethe im Italien des 18. Jahrhunderts – sind nur der eine, privilegierte Teil der Geschichte des Tourismus. Auf der anderen Seite stehen eine sich formierende Klasse, die sich ein schönes Leben greifbar machen will, sowie Agitator_innen, die Reisen nutzen, um solidarische Netze zu spannen. Es gibt eine Seite des Tourismus, die mit Gemeinschaft, mit Klassenbewusstsein, mit Offenheit und internationaler Solidarität zu tun hat. Sie wurde von Proletarier_innen, Queers, Gesellen und Genossenschaften geprägt und hat ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert.

»Obwohl es schon immer Menschen gab, die reisten, ist die signifikante Eigenschaft des modernen Tourismus, die ihm mehr Bedeutung verleiht als bloß von zu Hause weg zu bleiben, dass er generell zur Vergnügung unternommen wird«, schreibt Barton. Häufig liest man die Erzählung, dass das Proletariat aufgrund der schlimmen ökonomischen Verhältnisse nur aus Not reist – auf der Flucht, vertrieben oder auf der Suche nach einem besseren Leben in einem anderen Teil der Welt. Hier soll nicht bestritten werden, dass dies unter Bedingungen der globalisierten Ausbeutung zumeist so ist – es gibt allerdings noch eine andere Seite des proletarischen Reisens, denn »man sollte nicht annehmen, dass arbeitende Menschen nie aus Vergnügen gereist wären«, stellt Barton klar. Historisch kann man zum Beispiel an das Wandergesellentum erinnern. Schon damals gab es gelernte, männliche Handwerker, die sich durch Europa bewegten und sich dabei auf ein Netzwerk von Meisterbetrieben und Werkstätten anderer, niedergelassener Gesellen verlassen konnten, das sie mit Kost und Unterkunft gegen Arbeit versorgte. Barton schreibt darüber, dass diese Art der Absicherung – in manchen Zünften besser als in anderen – in vielen Männern die Lust zum Reisen um des Reisens willen entfachte. Es ermöglichte ihnen ein Herumkommen außerhalb der Familie, deren Institution sie somit entfliehen oder deren Zwänge sie zumindest auf später im Leben verschieben konnten. Dabei entstanden Netzwerke von Arbeiter_innen, die sich Informationen über Arbeitsbedingungen, Bezahlung und mögliche Notbehelfe für konfliktreiche Zeiten zukommen ließen. Barton hebt weiter hervor, dass diese Struktur bei der Transformation der Handwerkszünfte in

Gewerkschaften durchaus hilfreich war und auch Patrick Eiden-Offe betont die Wichtigkeit dieser Bewegung und ihrer literarischen Werke, die für ihn einen romantischen Antikapitalismus verkörpern und Wegbereiter des Konzepts einer vereinten Arbeiterklasse waren.⁴

Zwei andere Bereiche der westlichen Gesellschaften des 18. und 19. Jahrhunderts, in denen das Reisen zunächst zweckgebunden unternommen, dabei aber auch für neue Bedeutungen frei wurde, und in denen sich Proletarier_innen bewegten, waren der Zirkus und die Schifffahrt. Bei allen drei Phänomenen kann man beobachten, dass Reisen oft an eine (Berufs-)Gemeinschaft gebunden war, die ein solidarisches Miteinander und eine außerfamiliäre oder außerstaatliche Absicherung versprach. Je nachdem waren diese einzelnen Netzwerke mehr oder weniger solidarisch oder auch inklusiv gegenüber weiblich gelesenen und Schwarzen Personen. Thomas C. Buchanan z.B. hebt in seinem Buch über Schwarze Arbeiter_innen auf Mississippi-Dampfern im 18. und 19. Jahrhundert hervor, dass das mit dieser Arbeit verbundene Reisen einen Anteil daran hatte, Communities zu etablieren, Geld und Wissen in diesen Communities zu verteilen, in Städten wie New Orleans oder St. Louis politisch gegen die Sklaverei zu arbeiten oder sich dort schlicht zur Vergnügung aufzuhalten. Dieses spezielle Netzwerk half, Widerstände auf Plantagen zu unterstützen und versklavten Personen im Konflikt zwischen Nord- und Südstaaten der Sklaverei zu entkommen.⁵

In Europa hatten sich bis 1840 weite Teile der etwas besser gestellten Proletarier_innen daran gewöhnt, Exkursionen mit dem Dampfschiff oder der Eisenbahn zu unternehmen — auch wenn es sich nur um kurze Trips handelte. So begannen sich in Großbritannien in der Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Proletarier_innen für Wochenendausflüge zu organisieren, wobei die ersten Vereine zur gemeinsamen Unternehmung von Reisen und Kongressen entstanden.

Ein Beispiel ist die 1851 in London stattfindende Weltausstellung: *A Great Exhibition of the Works of Industry of all Nations*. Proletarische Verbände hofften darauf, nicht nur die handwerklichen und intellektuellen Fähigkeiten der arbeitenden Bevölkerung präsentieren zu können, sondern auch deren Respektabilität und Verantwortungsbewusstsein. Was diesen Kongress ausmacht, ist die aufwendige und professionelle Organisation der Exkursionen. Vereine wie The Peoples Exhibition Club of Bolton arrangierten Schlafplätze für Genoss_innen bei Genoss_innen, Hin- und Rückfahrt mit dem Zug sowie Verpflegung. Aber auch Reiseorganisatoren wie Thomas Cook entdeckten, dass sich bei einem angemessenen Pauschalpreis und einer Masse an Arbeiter_innen durchaus Profit herauschlagen ließ. Und so begannen bei der Gelegenheit dieses Kongresses nicht nur genossenschaftliche Organisationen damit, ihren Mitgliedern zu kurzen Urlaube zu verhelfen. Auch der moderne Tourismus, wie wir ihn heute kennen, stützte sich bei seiner Etablierung auf die vernetzte Arbeiter_innenbewegung.

Denn der Massen-Tourismus war von Beginn an mit der proletarischen Klasse verflochten. Dass das Bewusstsein über diese Verflechtung nicht vergessen werden darf, rufen Organisationen der proletarischen Bewegung wie die Naturfreunde sich bereits Anfang des letzten Jahrhunderts in Erinnerung: »Niemand, auch auf unseren Wanderungen nicht, dürfen wir vergessen, daß um uns eine Welt des Alltags ist mit rauen, bitteren Kämpfen, das in der Gesellschaft der Menschen ein Kampf aller gegen alle herrscht, daß sich Klassen in schärfstem Gegensatz gegenüberstehen.«⁶ Die Falken und die Naturfreunde sind heute in Deutschland zwei der letzten Gruppen, die aus einer proletarischen touristischen Infrastruktur hervorgegangen sind.

Der moderne Massentourismus kann zwar ab und zu auch die Bedürfnisse nach Ruhe und Auszeit befriedigen — jedoch nicht

die nach Vernetzung, Gemeinschaft, Internationalismus und grundlegender Erholung. Es soll nicht bestritten werden, dass es diese Art vernetzend-solidarischen Reisens auch punktuell im Rahmen von Backpacking-Trips, Trampingurlauben, Airbnb-Reisen oder All-Inclusive-Urlauben gibt — allerdings wird sie fortwährend verdrängt und durch kapitalistische, koloniale und umweltzerstörende Verhaltensweisen und Strukturen ersetzt. Ein proletarischer Tourismus kann andere Formen der Solidarität außerhalb der Institution Familie ermöglichen; er wird von den Menschen für die Menschen organisiert und nicht für den Profit; er versucht — wie bei den Naturfreunden — sanft mit der Umwelt umzugehen; er birgt Möglichkeiten des Widerstands in sich, verbindet reisen mit Klassenkampf und zielt auf eine Welt, in der ein Urlaub vom Alltag nicht mehr notwendig ist.

1 Werbeanzeige auf der Internetseite von TUI, online unter: www.tui.com

2 Susan Barton: *Working-class organisations and popular tourism 1840–1970*, 2005.

3 Hans Magnus Enzensberger: *Vergebliche Brandung der Ferne. Eine Theorie des Tourismus*, in: Merkur Nr. 126, 1958

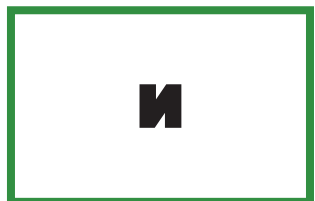
4 Patrick Eiden-Offe: *Die Poesie der Klasse – Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats*, 2017.

5 Thomas C. Buchanan: *Black life on the Mississippi – Slaves, Free Blacks and the Western Steamboat World*, 2004.

6 Albert Maurüber: *Die Touristik und der Klassenkampf*, in: *Der Naturfreund* Nr. 32, 1928.



ПРАВДА



35

ИЗВЕСТИЯ



RefRat

DER REFERENT_INNENRAT (REFRAT) VERTRITT DIE STUDENT_INNENSCHAFT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN (HU) UND ERLEDIGT DIEREN LAUFENDE GESCHÄFTE. ENTSPRECHEND IST ER AN DIE BESCHLÜSSE DES STUDENT_INNENPARLAMENTS (STUPA) GEBUNDEN. DER REFRAT GLIEDERT SICH NACH ARBEITSGEBIETEN IN SECHZEHN REFERATE, DARUNTER DAS REFERAT FÜR PUBLIKATION, WELCHES FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG DER HUCH ZUSTÄNDIG IST. PRO REFERAT GIBT ES EIN BIS ZWEI GLEICHBERECHTIGTE REFERENT_INNEN, DIE VOM STUPA GEWÄHLT WERDEN. NUR DIE SOGENANNTE AUTONOMEN REFERATE WERDEN VON BESTIMMTEN GRUPPEN GEWÄHLT UND ANSCHLIEßEND VOM STUPA BESTÄTIGT.

DIE BEZEICHNUNG »REFERENT_INNENRAT« GIBT ES NUR AN DER HU. AN DEN ANDEREN BERLINER HOCHSCHULEN IST VOM GESETZ HER DIE BEZEICHNUNG »ALLGEMEINER STUDENT_INNENAUSSCHUSS« (ASTA) VORGESCHRIEBEN, WESHALB DER OFFIZIELLE NAME DES REFRATS AUCH DEN ZUSATZ »GESETZLICH ASTA« TRÄGT. TROTZDEM GIBT ES SIGNIFIKANTE UNTERSCHIEDE ZU EINEM ASTA, DA DIE REFERATE DES REFRATS EINZELN GEWÄHLT WERDEN UND NICHT DURCH EINE »KOALITIONSGEBIUNG«. DAS HEIßT, DASS NACH STUPA-WÄHLEN KEIN NEUER REFRAT KONSTITUIERT WIRD WIE AN HOCHSCHULEN MIT EINEM ASTA.

DIESE BESONDERHEIT DES REFRATS IST MIT DESSEN ENTSTEHUNG NACH DER WENDE ZU ERKLÄREN. URSPRÜNGLICH HATTEN DIE STUDENT_INNEN IM JAHR 1989 IHRE INTERESSENVERTRETUNG IN EINEM STUDENT_INNENRAT (STURA) NEU ORGANISIERT, SO WIE ES AUCH ANDERE OSTDEUTSCHE HOCHSCHULEN TATEN (UND NOCH TUN). JEDOCH WURDE AUCH DER HU DAS (WEST-DEUTSCHE) BERLINER HOCHSCHULGESETZ ÜBERGESTÜLT. DIE STUDENTISCHEN VERTRETER_INNEN KONNTEN ZWAR NICHT DAS STURA-MODELL DURCHSETZEN, JEDOCH DEN KLASSISCHEN ASTA VERHINDERN. EINE ART KOMPROMISS BILDET DER REFRAT. DA DER BERLINER SENAT LANGE MIT DIESER IDEE HADERTE, WURDE DIE 1993 BESCHLOSSENE SATZUNG DER STUDENT_INNENSCHAFT ERST 2002 VON DER SENATSVERWALTUNG BESTÄTIGT.

FÜR WEITERE INFORMATIONEN ZU DEN EINZELNEN REFERATEN:
[WWW.REFRAT.DE | REFERAT.HTML](http://www.refrat.de/referat.html)

SSBS

Studentisches Sozialberatungssystem

EVP 1000 Stück 10,70 M

DAS STUDENTISCHE SOZIALBERATUNGSSYSTEM DES REFERENTLINNENRATS BIETET BERATUNGEN ZU DEN FOLGENDEN THEMEN AN:

- ALLGEMEINE RECHTSBERATUNG
- ALLGEMEINE SOZIALBERATUNG
- ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG (ad6)
- BAFÖG- UND STUDIENFINANZIERUNGSBERATUNG
- ARBEITSRECHTLICHE ANFANGSBERATUNG
- BEHINDERUNG / CHRONISCHE ERKRANKUNG -
ENTHINDERUNGSBERATUNG
- INTERNATIONALE STUDIERENDE
- STUDIERENDE MIT KIND(ERN)
- ÜBERFORDERUNG
- BERATUNG ZU LEHRE UND STUDIUM
- HOCHSCHUL- UND PRÜFUNGSRECHT
- STUDENTISCHE STUDIENFACHBERATUNGEN
- BERATUNG BEI SEXISTISCHEN BELÄSTIGUNGEN
UND ÜBERGRIFFEN

WENN IHR NICHT WISST, WELCHE BERATUNG PASSEN KÖNNTE,
KOMMT EINFACH ERST EINMAL IN DIE ALLGEMEINE
SOZIALBERATUNG!

FÜR WEITERE INFORMATIONEN: WWW.REFERAT.DE/BERATUNG

Semtix

DAS SEMESTERTICKETBÜRO UNTERSTÜTZT STUDIERENDE, DIE AUFGRUND DER SEMESTERTICKETGEBÜHR IN FINANZIELLE ENGPÄSSE GERATEN. MIT AUSFÜHRLICHEN INFORMATIONEN UND EINER RECHTSBERATUNG STEHT DAS SEMESTERTICKETBÜRO ZUR SEITE UND BERÄT STUDIERENDE, DIE EINEN ANTRAG AUF ZUSCHUSS ZUM SEMESTERTICKET STELLEN MÖCHTEN. IM FALLE EINES POSITIVEN BESCHEIDS KANN ENTWEDER EIN TEIL ODER DER GESAMTE BETRAG DER SEMESTERTICKETGEBÜHREN ERSTATTET WERDEN.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER: WWW.REFRAT.DE/SEMTIX



humboldt
universität
undogmatische
linke
studierende



39



**LESEN, WAS ANDERE
NICHT WISSEN WOLLEN**



konkret

Jeden Monat neu am Kiosk
konkret-magazin.de

IMPRESSUM

Huch #90

März 2020, Berlin

Auflage

2000 Exemplare

Herausgeber_innen

Thomas Zimmermann und Elio/Nora Hillermann
für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
(ges. AStA)

Redaktion

Elio/Nora Hillermann
Joana Splieth
Matthias Ubl
Thomas Zimmermann
(V.i.S.d.P.)

Anschrift

HUch – Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/huch

Abbildung Umschlag

Foto: © Pay Numrich
Umbruch-Bildarchiv
www.umbruch-bildarchiv.org

Abbildungen Innenteil

elio/nora amrel

Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin
www.schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH
www.hinkelstein-druck.de

40

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,
unter *Creative Commons License*.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

*Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion
und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen
studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.*

INHALT

Seite

| | | |
|----|---|---|
| 1 | Inside Studienstiftung | 1 |
| 3 | Viel Krach um nichts | |
| 5 | Leistungsprinzip und Heimatliebe | |
| 7 | Gelb sehen in grün | 2 |
| 11 | Die Klimakrise und ich | |
| 13 | Brücken in die Zukunft | |
| 15 | Haben wir einen Deal? | |
| 19 | Wie wenn nicht widersprüchlich? | |
| 21 | Die Geburt des Kapitalismus aus dem Geiste des »starken Mannes« | |
| 23 | Welche Freiheit für Hongkong? | |
| 27 | Schlussstrich unter'm Schlussstrich | |
| 30 | Säulengang oder »in meiner Badewanne bin ich Kapitän« | 3 |
| 31 | Kino in Korea und den Klassenfeind im Keller | |
| 33 | Proletarischer Tourismus | |
| 35 | | |

Rubrik

Anstalt

Aufsatz

Abspann

ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ

FINDET UNS AUF FACEBOOK UND TWITTER

...

HUCH-KRITISCHE-STUDIERENDENZEITSCHRIFT

MITARBEIT BEI DER HUCH:

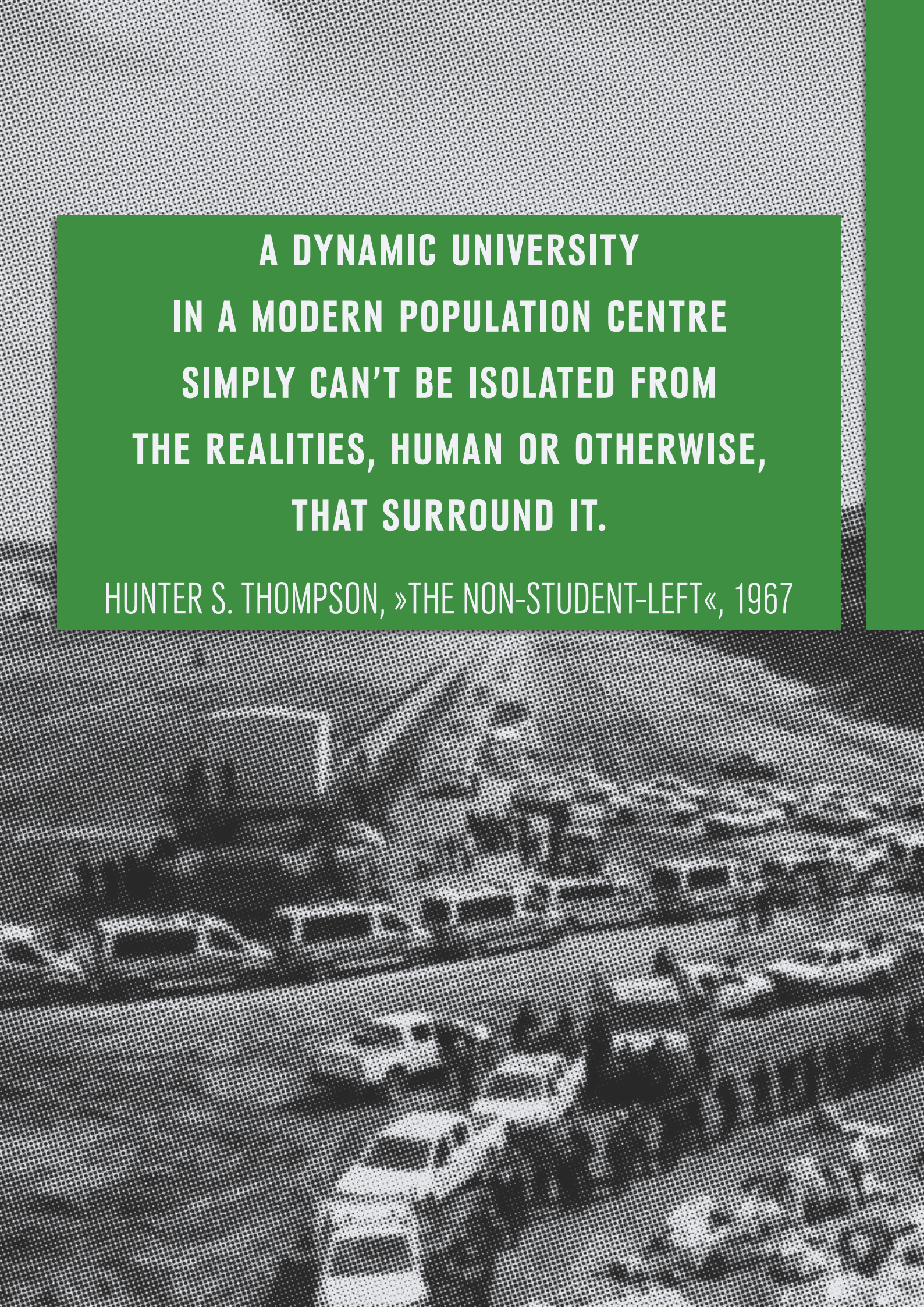
Als Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung versucht die *HUch* einen Raum zu schaffen, in dem selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Fragen gearbeitet werden kann.

Wenn ihr Lust und Zeit habt, diese Zeitschrift mitzugestalten oder Artikel für uns zu schreiben, kommt gerne einmal zu unseren Sprechzeiten im Refrat vorbei, schreibt uns eine Mail oder kontaktiert uns über Social Media.

UNSERE WEBSITE

...

REFRAT.DE/HUCH

An aerial, black and white halftone photograph of a city, likely New York City, showing a grid of streets and buildings. A large green rectangular box is overlaid on the upper portion of the image, containing white text. The text is a quote by Hunter S. Thompson from 1967, discussing the relationship between a university and its surrounding urban environment.

**A DYNAMIC UNIVERSITY
IN A MODERN POPULATION CENTRE
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967